

POLITIK & UNTERRICHT

1 – 2008



Volksrepublik China

Eine neue Weltmacht?

Inhalt

»Politik & Unterricht« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) herausgegeben.

HERAUSGEBER

Lothar Frick, Direktor

CHEFREDAKTEUR

Dr. Reinhold Weber
reinhold.weber@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Sylvia Rösch, sylvia.roesch@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-45; Fax: 0711/164099-77

REDAKTION

Simone Bub-Kalb, Studiendirektorin,
Staatl. Seminar für Didaktik und Lehrerbildung
(Gymnasien), Stuttgart
Judith Ernst-Schmidt, Oberstudienrätin,
Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule
für Elektrotechnik), Stuttgart
Ulrich Manz, Rektor der Schillerschule (Grund-
und Hauptschule mit Werkrealschule), Esslingen
Dipl.-Päd. Holger Meeh, Studienrat a. e. H.,
Pädagogische Hochschule Heidelberg
Horst Neumann, Ministerialrat,
Umweltministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Angelika Schober-Penz, Studienrätin,
Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule),
Kornwestheim

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm
www.bertron-schwarz.de

GESTALTUNG INNENTEIL

Medienstudio Christoph Lang, Rottenburg a. N.,
www.8421medien.de

VERLAG

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1,
78050 Villingen-Schwenningen
Anzeigen: Neckar-Verlag GmbH, Uwe Stockburger
Telefon: 07721/8987-71; Fax: -50
anzeigen@neckar-verlag.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.5.2005.

DRUCK

PFITZER Druck und Medien e. K., Benzstraße 39,
71272 Renningen

Politik & Unterricht erscheint vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: 3,00 EUR

Jahresbezugspreis: 12,00 EUR

Unregelmäßige Sonderhefte werden zusätzlich
mit je 3,00 EUR in Rechnung gestellt.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers und der
Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesendete
Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen
Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit
Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: picture-alliance/maxppp

Auflage dieses Heftes: 20.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 15. Januar 2008

ISSN 0344-3531

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autor dieses Heftes	2

Unterrichtsvorschläge **3–15**

Einleitung	3
Baustein A: Olympische Spiele – das »Reich der Mitte« präsentiert sich der Welt	10
Baustein B: China – eine wechselvolle Geschichte zwischen Demütigungen und Selbstständigkeit	11
Baustein C: Vorankommen um jeden Preis? – Wirtschaft, Wachstum, Umwelt	12
Baustein D: Weltmacht im Werden – politisches System und globales Agieren	14
Literaturhinweise	15

Texte und Materialien **17–55**

Baustein A: Olympische Spiele – das »Reich der Mitte« präsentiert sich der Welt	18
Baustein B: China – eine wechselvolle Geschichte zwischen Demütigungen und Selbstständigkeit	24
Baustein C: Vorankommen um jeden Preis? – Wirtschaft, Wachstum, Umwelt	30
Baustein D: Weltmacht im Werden – politisches System und globales Agieren	42

Einleitung und alle Bausteine: Prof. Dr. Ingo Juchler

Das komplette Heft finden Sie zum Downloaden als PDF-Datei unter
www.politikundunterricht.de/1_08/china.htm

THEMA IM FOLGEHEFT

Rechtsextremismus

Editorial

Wenn diesen Sommer in Peking die Olympischen Spiele eröffnet werden, wird die Welt auf China schauen – ein Land, das sich in den vergangenen Jahren wie nur wenige andere auf der Welt verändert hat und das auf dem Weg ist, zu einer Weltmacht zu werden. Die Olympischen Sommerspiele und das Interesse der Medien werden für zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer ein willkommener Anlass sein, im Unterricht das »Reich der Mitte« zu behandeln. Dabei wird auch deutlich werden, wie stark Baden-Württemberg inzwischen in vielerlei Hinsicht mit China verbunden ist. An dutzenden von Schulen im Land wird Chinesisch als Fremdsprache unterrichtet, annähernd 5.000 junge Chinesinnen und Chinesen studieren an einer Hochschule im Land – von den weitreichenden und intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und China ganz zu schweigen. Höchste Zeit also für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, in der Zeitschrift *Politik & Unterricht* ein Länderheft zur Volksrepublik China herauszugeben.

In einem ersten Impulsbaustein dienen die Olympischen Sommerspiele als »Eintrittskarte«, um sich über den Sport dem Land und seinen aktuellen Entwicklungen und Problemen zu nähern. In einem weiteren Baustein wird die wechselvolle Geschichte Chinas thematisiert. Ein dritter Baustein behandelt die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, das seit mehreren Jahren mit zweistelligen Wachstumsraten auf sich aufmerksam macht. Gleichermäßen geht es aber auch um die Kehrseite des Booms, um die massiven sozialen Probleme in China und um die immensen Umweltzerstörungen, die schon lange kein nationales Problem mehr sind, sondern

eine globale Bedrohung darstellen. Schließlich geht es in einer vierten Unterrichtseinheit um die Stärke nach innen und nach außen, die China demonstriert: innenpolitisch mit einer rigiden Menschenrechts- und Minderheitenpolitik, außenpolitisch hingegen vor allem als »Global Player« und auf dem afrikanischen Kontinent.

Ein solches Länderheft kann nicht allumfassend sein, aber es kann Impulse bieten und ausgewählte Materialien zur Verfügung stellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit diesem Heft den Lehrerinnen und Lehrern des Landes Tipps für die praktische Gestaltung des Unterrichts zur Hand geben, die es erlauben, sich intensiv mit China zu beschäftigen.



Lothar Frick
Direktor der LpB



Dr. Reinhold Weber
Chefredakteur

Neues Mitglied in der Redaktion von P&U: Simone Bub-Kalb



Im November 2007 hat die Landeszentrale für politische Bildung die Studiendirektorin Simone Bub-Kalb in die Redaktion von *Politik & Unterricht* berufen. Frau Bub-Kalb ist Fachleiterin für Gemeinschaftskunde/Wirtschaft am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien) Stuttgart und bildet dort zukünftige Lehrerinnen und Lehrer für Gemeinschaftskunde und Wirtschaft aus. Zugleich unterrichtet sie am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart.

Seit vielen Jahren arbeitet Simone Bub-Kalb verantwortlich an der Entwicklung der Bildungspläne und an der Formulierung der Bildungsstandards in Baden-Württemberg. Momentan setzt sie diese Arbeit als Standardexpertin am Landesinstitut für Schulentwicklung fort. Für die Fächer Gemeinschaftskunde und Wirtschaft gibt sie mehrere Schulbücher heraus und arbeitet dort auch als Autorin mit.

Mit der LpB war sie bislang vor allem durch die Didaktische Reihe verbunden, in der sie mehrere Aufsätze im Rahmen der Beutelsbacher Gespräche veröffentlichte. Ende des Jahres 2007 ist sie zudem als federführende Autorin einer Ausgabe von P&U mit dem Titel »Wirtschaft erfahren« hervorgetreten. Die Redaktion von P&U freut sich auf kompetente inhaltliche, didaktische und methodische Impulse für die politische Bildung in Baden-Württemberg und auf die Zusammenarbeit mit Frau Bub-Kalb.

Lothar Frick und Dr. Reinhold Weber

Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

»Ein Besuch in China gleicht einer Reise durch die Zeiten. Man erlebt das moderne China mit seinen rasch hochgezogenen Wohnsilos, seinen Fabriken und dem Smog der Millionenstädte, der oft das Atmen zur Qual werden lässt. In Betrieben wie den gern gezeigten Seidenspinnereien, Teppichknüpfereien und den Webereien hat man in den großen Sälen mit ihren Maschinen das 19. Jahrhundert greifbar vor sich. Oft nur wenige Kilometer außerhalb der Städte glaubt sich der Reisende ins Mittelalter versetzt ...« – so konnte man in der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 28. November 1985 lesen. Auch die »Stuttgarter Zeitung« meldete am 16. November 1985, China sei kaum wiederzuerkennen: »Seit Beginn der 80er Jahre hat sich in den Städten alles verändert. Blue Jeans verdrängen den einheitlichen Mao-Look. (...) Arbeiten die meisten Chinesen noch vor ein paar Jahren für den Kauf von Fahrrädern, Nähmaschinen, Armbanduhren und Radios, gilt das Interesse heute Farbfernsehern, Waschmaschinen, Kassettenrecordern und Kühlschränken.«

Auch nach einigen Jahren des Reformprogramms zur Modernisierung der Wirtschaft und nachdem der chinesischen Industrie im Oktober 1984 grünes Licht für mehr Marktwirtschaft gegeben und eine »Öffnung nach Westen« angestrebt wurde, wurde in Berichten zu »Chinas Sprung ins Jahr 2000« und zur rasanten wirtschaftlichen Entwicklung auf den weiterhin bestehenden Nachholbedarf des Landes verwiesen – etwa auf Engpässe in der Energieversorgung, auf den Fachkräftemangel, auf nach westlichem Standard überholte Produktionsmethoden.

Heute fließen nicht nur mehr Informationen aus dem »Reich der Mitte«, sondern längst haben immer mehr Produkte aus China Einzug in deutsche Haushalte gehalten. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist China mit einer Steigerung von 2,6 Prozent auf 6,7 Prozent am Warenfluss nach Deutschland zum drittgrößten Importeur aufgerückt. Spitzenreiter sind dabei mit 60 Prozent die Spielwaren, gefolgt von Elektronikgeräten mit fast 25 Prozent – im Vergleich zu vier Pro-

zent im Jahr 1996. Der Anteil an Bekleidung stieg von zwölf Prozent im Jahr 2000 auf 26 Prozent im Jahr 2006. Auch ist China wegen seiner aufstrebenden Wirtschaft zunehmend als Absatzmarkt für deutsche Produkte interessant. Gefragt sind nicht nur deutsche Autos und Maschinen, sondern auch moderne Technologie und notwendiges Fachwissen, vor allem im Hightechbereich und im Umweltschutzsektor.

Unsere Wahrnehmung von China ist dabei oft geprägt vom Bild des chinesischen Traums, rücksichtslos reicher zu werden, und einer Wirtschaftswelt, in der das Kopieren und der Diebstahl von Know-how ein Kavaliärsdelikt ist. Wie präsentiert sich nun China selbst angesichts der bevorstehenden Olympischen Spiele? Schon jetzt können wir in den Medien die immensen Vorbereitungen verfolgen. Grund genug, sich mit diesem fernen Land auch im Unterricht zu befassen, so dass die heranwachsende Generation mehr als das durch die Medien vermittelte Bild erfährt. Gerade im Zeitalter der globalen Verflechtungen ist es Aufgabe des Unterrichts, die vielfältigen Aspekte des Landes und die besondere Mentalität und Lebenshaltung der Menschen vor dem Hintergrund der historischen und politischen Entwicklung zu thematisieren, um die Schülerinnen und Schüler zu einer Einschätzung der Licht- und Schattenseiten des gigantischen wirtschaftlichen Aufschwungs zu befähigen. Es geht aber auch darum, die Rolle der internationalen technischen Hilfe gegen die Umweltzerstörung vor Ort und deren globale Folgen zu erkennen. Aufgrund seiner didaktischen Konzeption und der aktuellen Materialien kommt dabei das vorliegende Heft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg wie gerufen. Kurz vor der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele ist es ein Beitrag für die aktuelle und differenzierte Umsetzung des Themas China im Unterricht aller Schularten.

*Gernot Tauchmann
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg*



AUTOR DIESES HEFTES

Prof. Dr. Ingo Juchler lehrt an der Pädagogischen Hochschule Weingarten Politikwissenschaft und ihre Didaktik und ist Direktor des Zentrums für politisch-ökonomische und ethische Bildung. Seine Forschungsschwerpunkte sind neben der Didaktik der politischen Bildung die Bereiche Internationale Beziehungen, Demokratietheorie sowie Interkulturalität.

Volksrepublik China

Eine neue Weltmacht?

●●● EINLEITUNG

»Lasst China schlafen. Denn wenn China erwacht, wird die Welt erzittern.« Diese vor etwa zweihundert Jahren an seine Zeitgenossen gerichtete Mahnung Napoleon Bonapartes ist inzwischen zu einem geflügelten Wort geworden. Und dies nicht ohne Grund: Aus spezifisch deutscher Perspektive ist der Weckruf Bonapartes beispielsweise mit der aktuellen Feststellung von Volkswirtschaftlern zu verbinden, dass China kurz davor steht, Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt abzulösen. Es ist keine Frage des »Ob«, sondern nur noch des Zeitpunkts, wann dieser Wechsel eintreten wird. Diese Ablösung Deutschlands durch China als drittgrößte Volkswirtschaft ist denn lediglich das Symptom für die beispiellose wirtschaftliche und politische Entwicklung, die das asiatische Land in den zurückliegenden zwanzig Jahren vorgenommen hat. Eine Abflachung dieses Entwicklungstrends oder gar dessen Umkehrung ist in mittel- und langfristiger Perspektive nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Alle volkswirtschaftlichen und politischen Daten sprechen dafür, dass die

Volksrepublik im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts eine wirtschaftliche und politische Bedeutung erlangen wird, die derjenigen der Vereinigten Staaten gleichkommt.

Von dieser rasanten Entwicklung des »Reichs der Mitte« geht für den politisch interessierten westlichen Zeitgenossen mithin einerseits eine vereinnahmende Faszination aus, andererseits werden der enorme wirtschaftliche Aufstieg und das zunehmende politische Gewicht Chinas auch als Bedrohung empfunden. Vergegenwärtigt man sich allerdings die Historie, ist diese Entwicklung der Volksrepublik kaum verwunderlich. Über den bei weitem längsten Zeitraum der letzten 2.000 Jahre war China sowohl die größte Volkswirtschaft mit den meisten Einwohnern der Erde wie auch die fortgeschrittenste Zivilisation im Hinblick auf Technologie und Verwaltung: Buchdruck, Papier, Magnetkompass und Schießpulver stellen die vier großen Basiserfindungen dar, die in China entstanden sind. Während in Europa die Staatsdiener bis weit in das 18. Jahrhundert hinein aufgrund von Adelsprädikaten ausgewählt wurden, entwickelte sich im »Reich der Mitte« bereits im ersten Jahrhundert nach Christus (Han-Dynastie) eine professionelle Beamtenschaft, die ihre Kenntnisse und ihre Charakterbildung durch das Studium der klassischen konfuzianischen Schriften beweisen musste. Vor dem Hintergrund der Historie handelt es



Der chinesische Staatspräsident Mao Zedong am 7. Oktober 1968 während einer der zahlreichen Feiern zum 20. Gründungstag der Volksrepublik China (1. Oktober 1949). Mao Zedong wurde am 26. Dezember 1893 in Shaoshan in der Provinz Hunan geboren und ist am 9. September 1976 in Peking gestorben.

sich bei dem gegenwärtigen Entwicklungstrend Chinas zur wirtschaftlichen und politischen Weltmacht also weniger um einen verwunderlichen Aufstieg als vielmehr um die Rückkehr zu einer Stellung, welche die asiatische Großmacht in den letzten 250 Jahren lediglich vorübergehend aufgegeben hatte.

Zur historischen Entwicklung

Als Europa vom Imperium Romanum beherrscht wurde, stand diesem am anderen Ende Eurasiens zwischen 200 v. Chr. und 200 n. Chr. mit China unter der Han-Dynastie ein zweites Großreich gegenüber. Doch während Rom niederging, blieb die chinesische Zivilisation als allein führende bis ins 17. Jahrhundert bestehen. Aufgrund seiner unumstrittenen machtpolitischen Stellung verstand sich das chinesische Großreich denn auch schon dem eigenen Namen nach als »Reich der Mitte«. Der Grund für den darauf folgenden – vorübergehenden – Niedergang der Großmacht ist nicht im Einwirken fremder Mächte, sondern in der Bevölkerungsexplosion des Riesenreiches von der Mitte des 18. Jahrhunderts an zu suchen. Die Folge dieses starken Bevölkerungswachstums war, dass sich die Hektar-Erträge, die bereits weit über denen des damaligen Europas lagen, nicht im Tempo der Bevölkerungsvermehrung steigern ließen. Die Bauern hungerten, es kam zu Aufständen, die bis zur Taiping-Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts führten, der etwa 30 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

In dieses durch Überbevölkerung, Hungersnöte und Aufstände geschwächte China stießen zur gleichen Zeit die Engländer vor, um es für ihren Handel gewaltsam zu öffnen. Sukzessiv wurden bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts nahezu alle Hafenstädte des ehemaligen »Reichs der Mitte« von Europäern, Russen, Amerikanern und Japanern besetzt. Für die Chinesen stellte diese Zeit der Besetzung durch fremde Truppen ein Trauma des Sturzes in Armut und Schande dar, das sich tief im kollektiven Gedächtnis festgesetzt hat. Dies

trug seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zur Entwicklung eines stark ausgeprägten Nationalbewusstseins bei, das bis heute anfällig für politische Manipulationen ist. Zu denken ist hier etwa an Chinas Taiwan- und Tibet-Politik, aber auch die gelegentlichen verbalen Ausfälle chinesischer Politiker und kommunistischer Politikaktivisten gegenüber der einsitzigen Besatzungsmacht Japan.

Nachdem China auch mit amerikanischer Unterstützung 1945 den seit 1937 währenden offenen Krieg gegen die japanischen Invasoren für sich entscheiden konnte, kam es zum Machtkampf und Bürgerkrieg zwischen den von Chiang Kaishek geführten nationalchinesischen Truppen und den kommunistischen Streitkräften unter Mao Zedong. Chiang Kaishek musste schließlich 1949 nach Taiwan fliehen, wo er eine »Republik China« gründete, die bis heute Gegenstand politischer Spannungen mit der Volksrepublik China ist. Letztgenannte wurde von Mao Zedong am 1. Oktober 1949 ausgerufen. Damit begann in China die Ära der Herrschaft der Kommunistischen Partei, die bis heute anhält, wenn auch mit völlig veränderten Rahmenbedingungen.

Mao Zedong richtete Politik und Wirtschaft zunächst in Anlehnung an das Vorbild Sowjetunion aus. Unter anderem wurde eine umfassende Bodenreform bei Enteignung von Großgrundbesitzern durchgeführt. Im Jahre 1958 propagierte Mao den »Großen Sprung nach vorn«, der ein schnelles Wirtschaftswachstum herbeiführen und die kommunistische Gesellschaft vorbereiten sollte. Zugleich machte die Kommunistische Partei Chinas der Sowjetunion den Führungsanspruch in der sozialistischen Welt streitig. Doch scheiterte dieser Versuch der sprunghaften Steigerung der Industrieproduktion. Es kam zu einem drastischen Einbruch der gesamten Wirtschaftstätigkeit mit dramatischen Folgen für die Bevölkerung. Der »Große Sprung« führte in die Hungersnöte der »Drei bitteren Jahre« (1959 – 1961), denen zwischen zwanzig und dreißig Millionen Chinesen zum Opfer fielen.



Deng Xiaoping (1904 – 1997) im Jahr 1987 während des Kongresses der Kommunistischen Partei in Peking.

Ein weiterer Versuch Maos zur Revolutionierung der Gesellschaft stellte die »Große Proletarische Kulturrevolution« (1966–1976) dar. Gestützt auf die Armee und Millionen manipulierter Jugendlicher – den »Rotgardisten« – sollten die Ideale der Revolution vorgeblich hochgehalten werden, indem gemäßigte Parteiführer, kritische Intellektuelle, aber auch willkürlich politisch verdächtige Menschen verfolgt und misshandelt wurden. Tatsächlich ging es bei der »Kulturrevolution« um die Festigung von Maos Diktatur unter Ausschaltung politischer Rivalen in der Partei- und Staatsführung. Zwar konnte Mao hierdurch seine Position als Führer der chinesischen KP und des Staates bis zu seinem Tod im Jahre 1976 verteidigen, die Entwicklung Chinas nahm aber unter seinem Nachfolger eine gänzlich andere Wendung.

Von der sozialistischen Marktwirtschaft ...

Der nach Maos Tod in China eingeschlagene Reformkurs wurde maßgeblich von Deng Xiaoping geprägt. »Nach den Steinen tastend den Fluss überqueren« – dies war der bildliche Ausdruck, mit dem Deng seine Reform- und Öffnungspolitik von 1978 an zu umschreiben suchte. In dieser Beschreibung wird auch die Behutsamkeit augenfällig, die bei der nun sich entwickelnden sozialistischen Marktwirtschaft an den Tag gelegt wurde. Anfangs beschränkten sich die eingeleiteten Reformen auf die Landwirtschaft, Preisreformen und die Einführung finanzieller Anreizsysteme. Erst im Jahre 1992 erklärte Deng symbolkräftig während einer Reise in die fortschrittlichste und gegenüber Reformen aufgeschlossene Region im Süden als wirtschaftspolitisches Ziel Chinas, eine sozialistische Marktwirtschaft aufzubauen. Die damit angestoßene Entwicklung führt uns in die Gegenwart, in der sich die Volksrepublik als Wirtschaftsgigant mit machtpolitischen Ambitionen und geostrategischen Interessen darstellt.

... zur »Harmonischen Gesellschaft«

Es nimmt sich dabei fast wie eine Ironie der Geschichte aus, wenn sich die chinesische Führung für diese wirt-

schaftliche und politische Anstrengung an den Schriften des lange verfeimten Philosophen Konfuzius orientiert. Von der Kommunistischen Partei einstmals als »feudal« denunziert, wurden seine Tempel, Stelen und Statuen während der »Kulturrevolution« zerstört. Heute dagegen lehnt sich das von Staats- und Parteichef Hu Jintao propagierte Konzept einer »Harmonischen Gesellschaft« an die Lehre von Konfuzius an. Die Umsetzung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte in China steht jedoch auch bei der Orientierung der »Harmonischen Gesellschaft« an den Lehren des Konfuzius auf einem anderen Blatt. Die Verwirklichung der Menschenrechte in der Volksrepublik ist vielmehr eng verknüpft mit dem dortigen politischen System und damit auch mit der Diktatur der Kommunistischen Partei.

Staatsaufbau und Parteidiktatur: Das politische System Chinas

Der nach der Revolution 1949 in der Volksrepublik durch Mao geleitete Staatsaufbau erfolgte in wesentlichen Zügen nach dem Vorbild der Sowjetunion. Dieses politische System hat bis heute Bestand. Es zeichnet sich insbesondere durch die politische Führungsrolle bzw. Diktatur der Kommunistischen Partei aus, welche über die zentralen staatlichen Durchgriffsbefugnisse verfügt. Eine Trennung der staatlichen Gewalten in Exekutive, Legislative sowie Judikative und damit eine Machtbegrenzung, wie sie in westlichen politischen Systemen üblich ist, existiert in China nicht. Entsprechend heißt es in Artikel 1 der derzeit gültigen Verfassung der Volksrepublik von 1982: »Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht.«

Hinter der »demokratischen Diktatur des Volkes« verbirgt sich der Führungsanspruch der Kommunistischen Partei, die auch in der Präambel der Staatsverfassung hervorgehoben wird. Zwar existieren neben der Kommunistischen Partei (KP)



Jährlich wird in China der Geburtstag von Konfuzius gefeiert, hier der 2.558ste des Denkers, Philosophen und Erziehers im September 2007.

auch einige sogenannte »Demokratische Parteien«, doch stellen diese keine eigenständigen politischen Institutionen dar, sondern dienen der KP lediglich als beratende Organe und sind ihr völlig untergeordnet. Eine nüchterne und realistische Betrachtung des politischen Systems der Volksrepublik muss allerdings zu dem Schluss gelangen, dass im heutigen China wohl kaum – wie in der Staatsverfassung vorgegeben – von einem »Bündnis der Arbeiter und Bauern« im Rahmen der KP die Rede sein kann. Die von den Ahnherren der kommunistischen Ideologie, Karl Marx und Friedrich Engels, einst proklamierte »Diktatur des Proletariats«, welche dem Endziel des Kommunismus den Weg bereiten sollte, ist längst der nicht einmal kaschierten Diktatur des Konsums gewichen. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist im heutigen nominell kommunistischen China bei Weitem größer als in den westlichen kapitalistischen Staaten. Des Weiteren vertritt die Einparteiendiktatur der KP eine Auffassung bezüglich der Menschenrechte, die sich gleichfalls fundamental von westlichen Vorstellungen unterscheidet und in historischer Perspektive durchaus in der Tradition mit anderen kommunistischen Parteidiktaturen steht.

Menschenrechte

Eine traurige Demonstration des Charakters der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformen stellten die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 dar. Die Reformen im ökonomischen Bereich, die Abkehr von der Planwirtschaft zur sogenannten sozialistischen Marktwirtschaft, riefen bei vielen Menschen, die dem politischen System der Einparteiendiktatur kritisch gegenüberstanden, Hoffnungen auch auf politische Reformen hervor. Diese Sehnsucht nach größeren politischen Freiheiten ließ Begriffe wie »Menschenrechte« und »Demokratie« im Frühsommer 1989 zu politischen Losungen geraten, die von einer großen städtischen Protestbewegung propagiert wurden. Im Mittelpunkt der Proteste agierten Studenten in Peking, die gegen Inflation, Korruption und politische Amtswillkür demon-

strierten und dabei bis zu zwei Millionen Bürger mobilisieren konnten. Eine Führungsschicht von KP-Funktionären um Deng Xiaoping sah in der Protestbewegung den Beginn einer »konterrevolutionären Rebellion«, ließ aus verschiedenen Provinzen des Landes regierungstreue Truppen um Peking zusammenziehen und verhängte das Kriegsrecht. Unter dem Einsatz von Panzern wurde die studentische Protestbewegung schließlich am 4. Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz blutig niedergeschlagen, wobei die Schätzungen der Todesopfer dieses Einsatzes zwischen 500 und 1.500 Menschen schwanken. Die westliche Welt empörte sich zwar über das Massaker an den Pekinger Studenten, nachhaltige Sanktionen wurden jedoch aufgrund der Bedeutung der Volksrepublik als Wirtschaftspartner nicht vorgenommen. Mit der Niederschlagung der Oppositionsbewegung im Juni 1989 hatte die KP-Führung unmissverständlich deutlich gemacht, dass China zwar den Weg zur Marktwirtschaft eingeschlagen hat und dieser sogar Formen des Manchester-Kapitalismus annehmen kann, politische Reformen in Richtung einer demokratischen Staats- und Regierungsform jedoch abgelehnt und aufs Schärfste bekämpft werden.

Entsprechend ist es derzeit auch um die Menschenrechte in China bestellt, legt man westliche Maßstäbe an: So kam der UN-Sonderermittler für Folter, Manfred Nowak, im Dezember 2005 zu dem Schluss, dass in China Misshandlungen von Gefangenen und Folter unter Anwendung einer breiten Palette von Methoden weit verbreitet seien. Missbräuche seien besonders häufig auf dem Land festzustellen, in sogenannten Umerziehungslagern käme es zu systematischen Misshandlungen. Darüber hinaus ruft die in China nach wie vor praktizierte Todesstrafe regelmäßig Proteste in westlichen Staaten hervor, vor allem auch bei Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und Human Rights Watch. Kritik aus dem Westen hinsichtlich der mangelnden Durchsetzung der Menschenrechte kontert die chinesische Führung mit der Erklärung, dass man in der Volksrepublik



Händeschütteln für die Presse im September 2007 in Sydney bei einer internationalen Gipfelkonferenz: der chinesische Staatspräsident Hu Jintao und US-Präsident George W. Bush.

im Unterschied zu den Vorstellungen des Westens eine Definition von Menschenrechten vertrete, in der die Versorgung von 1,3 Milliarden Menschen mit dem Existenznotwendigen mehr wiege als individuelle bürgerliche Freiheiten.

Global Player

Ist die chinesische Führung nach innen auf den kompromisslosen Erhalt des politischen Status quo bedacht, so zeichnet sich ihre Außenpolitik gleichfalls durch das Ziel der Aufrechterhaltung von Stabilität aus. Außenpolitische Sicherheit als Voraussetzung für innenpolitische Entwicklung – dieses Ziel kann sich auf einen wachsenden Nationalismus, auf die ökonomische Leistungsfähigkeit sowie auf ein gesteigertes Selbstbewusstsein der Eliten stützen. Das klare übergeordnete Leitmotiv des Handelns der politischen Führung nach außen hin ist dabei langfristig die Rückkehr Chinas in den Kreis der internationalen Führungsmächte.

Die chinesische Führung richtet ihre Außenpolitik, ihre Bemühungen um regionale und globale Zusammenarbeit, insbesondere auch auf die angestrebte Kontinuität des ökonomischen Wachstums aus. Dies um so mehr, als die vormalige politische Legitimität, auf die sich die KP-Führung stützte – die marxistische Ideologie –, mehr und mehr zerbröckelt. Als Ersatz für diese Ideologie wird nun die Legitimität durch ökonomische Leistung gesucht, die den Menschen vor allem Konsummöglichkeiten verspricht. Eine elementare Voraussetzung für die Fortführung des seit nunmehr zwei Jahrzehnten währenden ökonomischen Wachstumskurses bildet die Zufuhr von Rohstoffen aller Art. Die chinesische Außenwirtschaftspolitik tritt denn auch konsequent auf den internationalen Rohstoffmärkten auf. China gerät damit wohl oder übel auch in Konkurrenz etwa zu den westlichen Industriestaaten. Dieses Konkurrenzverhältnis auf den internationalen Rohstoffmärkten hat auch zur Folge, dass China etwa in Afrika eine geostrategische Rohstoffpolitik betreibt, die ausschließlich auf die Bedürfnisse der chinesischen Wirtschaft ausgerichtet ist.

Während westliche Staaten eine wirtschaftliche Sanktionspolitik gegenüber Regierungen in Afrika betreiben, die sich schwerste Menschenrechtsverletzungen zuschulden kommen lassen, füllt China konsequent die dadurch entstehende Lücke aus und führt den Handel mit diesen Unrechtsregimen zum eigenen Vorteil, zum Nutzen der chinesischen Ökonomie, fort.

Wirtschaftliche Dynamik

Dreißig Jahre nach der vorsichtigen Öffnung der chinesischen Wirtschaft für marktwirtschaftliche Mechanismen kann die Volksrepublik auf eine atemberaubende und für westliche Beobachter vielfach beängstigende wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken. Diese Entwicklung unterscheidet sich fundamental von derjenigen der Anfangsjahre der Volksrepublik: Die von Mao eingeleitete kommunistische Planwirtschaft konnte den Bedarf der Bevölkerung kaum decken, es kam sogar zu Hungersnöten, insbesondere unter der Landbevölkerung. Nun ist China dabei, zur drittgrößten Volkswirtschaft der Erde aufzurücken. Die Volksrepublik erwirtschaftet schon seit geraumer Zeit enorme Leistungsüberschüsse und vor allem im Warenhandel übersteigen die Exporte die Importe deutlich. Im Jahr 2008 überholt China den lange Zeit unangefochtenen Exportweltmeister Deutschland. Bislang boomt Chinas Wirtschaft jährlich mit Wachstumsraten von über zehn Prozent. Damit ist die Volksrepublik im Begriff, zu einer der führenden Industrienationen der Welt aufzusteigen. Doch die wirtschaftliche Dynamik birgt auch Schattenseiten.

Arm und Reich

Die Erfolgsgeschichte des chinesischen Wirtschaftswunders kam keinesfalls – wie dies in einer vorgeblich »sozialistischen« Marktwirtschaft zumindest dem Anspruch nach zu vermuten wäre – der gesamten Bevölkerung zugute. Hauptnutznießer der wirtschaftlichen Dynamik sind die Bewohner der schnell wachsenden Küstenregion, die auch die Lokomotive des ökonomischen Wachstums bildet. Hingegen können



Chinas Wirtschaft boomt: Im März 2007 wurde der ARJ21 fertiggestellt. Das Passagierflugzeug ist das erste, das unter alleiniger chinesischer Regie gebaut wurde. Im Jahr 2009 soll der Flieger den Linienverkehr aufnehmen.

die Provinzen Zentralchinas kaum Anschluss an das Spitzenwachstum in der Küstenregion halten. Auch Westchina hinkt trotz erheblicher staatlicher Investitionen der wirtschaftlichen Entwicklung weit hinterher. Insgesamt leben rund 800 Millionen Menschen in der Volksrepublik auf dem Land. An ihnen gehen bislang die meisten Errungenschaften der Modernisierung vorbei.

Entsprechend gestaltet sich auch die Schere zwischen Arm und Reich: Die Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen den städtischen und den ländlichen Regionen der Volksrepublik China haben sich den letzten zwanzig Jahren in einer für die KP-Führung besorgniserregenden Weise entwickelt. Darüber hinaus stellt die Arbeitslosigkeit ein enormes wirtschaftliches Problem dar. Die städtische Arbeitslosigkeit wird auf etwa 8,5 Prozent geschätzt, auf dem Land ist sie bedeutend höher und dürfte in einigen ländlichen Gebieten sogar bei dreißig Prozent oder höher liegen. Die Arbeitslosigkeit ist wiederum mit einem weiteren wirtschaftlichen und sozialen Problem verknüpft, der Migration. Schätzungen zufolge bewegt sich die Zahl der Wanderarbeiter, die aus den chinesischen Binnenprovinzen kommend ein karges Einkommen in den Küstenprovinzen suchen, in der Größenordnung zwischen 120 und 200 Millionen. Zwar können sich die Wanderarbeiter nach einigen Jahren der Beschäftigung auf den Baustellen des Ostens nach ihrer Rückkehr in die Heimatprovinz ein bescheidenes Auskommen sichern. Die sozialen Probleme der Migration für die Großstädte der Küstenregion im Hinblick auf Unterkunft, Verpflegung und medizinische Versorgung der Wanderarbeiter sind jedoch enorm und weit von einer Lösung entfernt. Die Slums chinesischer Küstenstädte sind mit den Favelas in Brasilien durchaus zu vergleichen.

»Dicke Luft«

Die wirtschaftliche Dynamik der Volksrepublik zeigt eine weitere Schattenseite im Umweltbereich. Die enormen öko-

nomischen Wachstumsraten werden zu einem erheblichen Teil durch veraltete Industrieanlagen erreicht, die für die Umwelt des Landes schwerwiegende negative Auswirkungen zeitigen. Je vehementer sich China aus der Armut durch wirtschaftliche Aktivitäten zu befreien sucht und je stärker die Konsumbedürfnisse etwa der westlichen Staaten nach billigen Produkten aus der Volksrepublik steigen, desto höher wird der Preis, den die Welt für das chinesische Wirtschaftswunder zu entrichten hat. Die Umweltfolgekosten des zügellosen chinesischen Wirtschaftsbooms betreffen das Land selbst. Die Palette der Probleme reicht von verschmutztem und knappem Wasser über den Kahlschlag von Wäldern mit der Folge von Überschwemmungen, enormer Luftverschmutzung, Wüstenbildung bis hin zur Verseuchung des Bodens durch Industrieabfälle und Giftmüll. Da die Folgen dieser derzeit noch fast ungebremsten Umweltverschmutzung und -zerstörung nicht an geographischen Grenzen Halt machen, betrifft die Umweltproblematik der ökonomisch aufstrebenden Volksrepublik aber auch die gesamte Welt.

Zu dieser Gefährdung der Umwelt in globalem Maßstab tritt als Folge eines verantwortungslosen Geschäftsgebarens chinesischer Hersteller die Gefährdung von Verbraucherinnen und Verbrauchern durch verseuchte Produkte weltweit. An erster Stelle ist hier der Verkauf von in China hergestellten Spielwaren anzuführen, die etwa durch Blei verseucht sind oder so schlecht verarbeitet wurden, dass kleine Kinder Gefahr laufen, Teile davon zu verschlucken. Die mangelnde Produktqualität mancher chinesischer Exportgüter, die enorme Umweltverschmutzung sowie die zunehmenden sozialen Spannungen aufgrund der äußerst unterschiedlichen Einkommensverhältnisse bilden somit einige Facetten der Kehrseite des vielfach bestaunten chinesischen Wirtschaftswunders. Zu diesen negativen Begleiterscheinungen des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas tritt für die Industrieunternehmen etwa in den westlichen Staaten die von chinesischen Unternehmen ausgeübte Praxis der Produktpiraterie.



Der Jangtse ist Chinas Lebensader. Der Strom, der Millionen von Menschen mit Wasser versorgt, ist hochgradig verschmutzt. Verursacher Nummer eins sind Industrieabfälle.

Olympische Spiele 2008 – eine Frage der »nationalen Ehre«

Als am 13. Juli 2001 das Internationale Olympische Komitee die Olympischen Spiele 2008 nach Peking vergab, kamen auf dem symbolträchtigen Platz des Himmlischen Friedens eine halbe Million Menschen und feierten diese Entscheidung. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Durchführung der Spiele von chinesischen Politikern zu einer Frage der »nationalen Ehre« erklärt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk werde alles tun, um die Olympischen Spiele 2008 zu einem herausragenden Ereignis werden zu lassen, das im olympischen Geist den Weltfrieden fördern und die Freundschaft zwischen Völkern vertiefen werde. China, so der Pekinger Bürgermeister und Parteisekretär Liu Qi, sei ein Land mit langer Geschichte, und die Volksrepublik werde nun ein neues Kapitel der Geschichte der Olympischen Spiele aufschlagen.

Entsprechend wurden sogleich sehr umfangreiche Baumaßnahmen in die Wege geleitet. Die Olympischen Spiele 2008 sollen auch durch die Architektur der Sportanlagen der Welt verdeutlichen, dass China inzwischen wieder zu einer politischen und wirtschaftlichen Macht geworden ist und auf dem internationalen Parkett einen Platz in der vordersten Reihe für sich in Anspruch nimmt. Die Olympischen Spiele 2008 dienen denn auch der chinesischen KP-Führung insbesondere dazu, ihren Machtanspruch nach innen gegenüber jedweder Opposition wie auch nach außen hin als Weltmacht im Werden zu verdeutlichen. Die Spiele in Peking werden vom kommunistischen Regime unter Ausnutzung und weiterer Förderung des chinesischen Nationalbewusstseins im Namen der »nationalen Ehre« politisch instrumentalisiert.

Einen besonderen Beitrag für die »nationale Ehre« müssen die chinesischen Athleten entrichten, die an den Olympischen Spielen teilnehmen werden. Ihre Vorbereitung auf die Spiele wurde von staatlicher Seite systematisch betrieben und fand unter Anwendung von zum Teil brachialen Methoden statt. So quälen sich bereits vierjährige Kinder Tag für Tag in Sportinternaten, wo sie kaserniert leben und von ihren Trainern einem rücksichtslosen Drill unterzogen werden. Daneben werden den chinesischen Athleten für den Gewinn einer Medaille bei den Spielen überaus hohe finanzielle Anreize geboten. So zahlt etwa der Pekinger Bierkonzern Yanjing, einer der zehn Sponsoren der Spiele, für jede Goldmedaille, die Kanuten gewinnen, umgerechnet rund 100.000 Euro. Ein chinesischer Durchschnittsverdiener müsste für die gleiche Summe mehr als zehn Jahre arbeiten.

Hausgemachte Probleme – Smog in Peking

Die Verfehlungen Chinas im Bereich der Umweltpolitik werfen ihre Schatten auch auf die Olympischen Spiele. Im Zentrum der Kritik steht dabei die Luftverschmutzung in der Olympiastadt Peking. Nachdem der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Jacques Rogge, ein Jahr vor der Eröffnungsfeier die Luftqualität in der chinesischen Hauptstadt stark kritisiert und davor gewarnt hatte, dass einzelne Freiluftwettbewerbe möglicherweise gar verschoben werden müssten, reagierte die chinesische Regierung

mit drastischen Maßnahmen: Vier Tage lang durften nur Fahrzeuge entweder mit gerader oder mit ungerader Ziffer auf dem Autokennzeichen fahren, die jeweils andere Gruppe musste ihr Fahrzeug stehen lassen. Ob allerdings ein solches Teilfahrverbot die notwendigen Erfolge für die Luftqualität erzielen kann, wird angesichts der enormen Belastungen der Luft durch Industrieunternehmen sehr in Zweifel gezogen.

Im Zentrum der Kritik – die Menschenrechtspolitik des Regimes

Die Olympischen Spiele 2008 in der chinesischen Hauptstadt bilden insbesondere auch für Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und Human Rights Watch den Anlass, die Menschenrechtspolitik des kommunistischen Regimes zu thematisieren. Dabei wirken die Propagandaveranstaltungen der chinesischen Führung oftmals aufgesetzt und sind kaum dazu geeignet, von der Kritik der Menschenrechtsorganisationen abzulenken. So wurde etwa der symbolträchtige Platz des Himmlischen Friedens als Ort für eine große »Countdown-Party« ein Jahr vor Beginn der Spiele ausgewählt. Vom selben Platz aus, wo 1989 der friedliche Protest der Pekinger Studenten für mehr Demokratie von Panzern blutig niedergeschlagen worden war, wurden nun die Bilder eines vorgeblich modernen und fröhlichen China in die Welt verbreitet. Doch gerade diese Propagandabilder riefen erneut die Kritik beispielsweise von Nichtregierungsorganisationen an der chinesischen Menschenrechtspolitik hervor. Die Vorwürfe bezüglich der Menschenrechtssituation in China betreffen insbesondere die Verhängung und Durchführung der Todesstrafe (China ist das Land mit den meisten Hinrichtungen) u. a. auch für Delikte wie Steuerhinterziehung, Inhaftierungen ohne Anklage und die sogenannte »Umerziehung durch Arbeit«, Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger sowie die Einschränkung der Pressefreiheit.

Olympische Spiele 2008 – Chance für eine Öffnung der Volksrepublik?

Die Kritik unter anderem von Nichtregierungsorganisationen an der Menschenrechtspolitik der chinesischen Führung oder an deren wohlwollender Politik gegenüber Staaten wie Sudan, die sich schwerste Menschenrechtsverletzungen zuschulden kommen ließen, könnte allerdings vor dem Hintergrund der Abhaltung der Olympischen Spiele in Peking und der damit verbundenen Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auch dazu führen, dass sich die kommunistische Führung in diesen Fragen bewegt. Es gibt Anzeichen der Hoffnung, die für diese These sprechen. Ob sie allerdings tatsächlich zu einem nachhaltigen Politikwechsel in Fragen der Menschenrechte und damit zu einer Öffnung der Volksrepublik führen, bleibt abzuwarten.

●●● BAUSTEIN A

OLYMPISCHE SPIELE – DAS »REICH DER MITTE« PRÄSENTIERT SICH DER WELT

Die Vergabe der Olympischen Sommerspiele 2008 nach China bedeutet für die Volksrepublik nicht allein eine Herausforderung im Hinblick auf die Errichtung adäquater Wettkampfstätten und den logistisch reibungslosen Ablauf der Spiele. Die Abhaltung der Spiele stellt für das »Reich der Mitte« insbesondere auch eine Prestigeangelegenheit ersten Ranges dar. Die Augen der Weltöffentlichkeit werden für die Zeit der Spiele auf China gerichtet sein, und entsprechend sucht die KP-Führung das Land in einem möglichst vorteilhaften Licht zu präsentieren. Einmal mehr wird dabei die Haltung der kommunistischen Führung zu der Frage der Menschenrechte, zur Behandlung oppositioneller Gruppen und ethnischer Minderheiten im Land sowie bezüglich ihrer Außenpolitik gegenüber Staaten mit zweifelhafter rechtsstaatlicher Reputation wie etwa dem Sudan diskutiert werden. Darüber hinaus bietet dieser erste Baustein eine überblicksartige Einführung zur Thematik des Heftes.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Der Einstieg über zwei Fotos zu den Olympischen Spielen 2008 (A 1 und A 2) ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, einen lebensnahen Bezug zum Thema »Volksrepublik China – Weltmacht im Werden?« herzustellen. Neben der Thematisierung der Dimensionen dieser Spiele kann hier bereits ansatzweise eine gravierende politisch-gesellschaftliche Problematik im heutigen China angesprochen werden: Der Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen dem China als Hightech- und als Entwicklungsland. Hierzu kann auch die Karikatur A 11 herangezogen werden.

In den Texten A 3 und A 4 werden zwei Bereiche thematisiert, die für die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Entwicklung in China sowohl für die Volksrepublik selbst wie auch für das Ausland auch im Kontext der Olympischen Spiele von erheblicher Bedeutung sind. Zum einen geht es dabei um die gravierenden Umweltprobleme, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes einhergehen und die Rückwirkungen auf die Durchführung der Spiele zeitigen könnten. Im Weiteren wird die Haltung der KP-Führung zu den Menschenrechten im Kontext der Abhaltung der Olympischen Spiele thematisiert. Hier können die Schülerinnen und Schüler auch selbstständig zur Lage der Menschenrechte bei Menschenrechtsorganisationen recherchieren.

In der Grafik A 5 werden zentrale Daten vorgestellt, die für eine etwaige Entwicklung Chinas zur Weltmacht konstitutiv sind. Die grundlegenden Faktoren, die für den enormen wirtschaftlichen Fortschritt Chinas verantwortlich gemacht werden, können sodann in A 6 untersucht werden. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt gibt in A 7 Positionen zu bedenken, die nach seiner Auffassung von anderen Staaten gegenüber China als geboten erscheinen. Des Weiteren merkt Helmut Schmidt an, dass die Europäer gerade im Hinblick auf ihre Arbeitsmoral von den Chinesen einiges zu lernen haben könnten.

Die Karikatur A 8 greift das ökonomische Konkurrenzverhältnis zwischen Deutschland und China auf, das eine zentrale Problematik in verschiedenen Wirtschaftszweigen ausmacht. Die Schülerinnen und Schüler werden hier u. a. dazu angeregt werden, über ihre eigenen Konsumgewohnheiten zu reflektieren. Die in der Karikatur A 9 vorgestellte Thematik weist auf eine zentrale Problematik hin, der sich China angesichts der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in bestimmten Regionen des Landes und des gleichzeitigen Stillstandes jedweder Entwicklung insbesondere in ländlichen Regionen ausgesetzt sieht. Während die stark industrialisierten



Mit qualvollen Blicken absolvieren zwei fünfjährige Mädchen in der Kindersportschule im Xuhui Distrikt in Shanghai eine Übung an der Sprossenwand. Die Schule, aus der schon zahlreiche erfolgreiche chinesische Sportler hervorgingen, wählt jedes Jahr 150 Kinder im Alter von vier bis neun Jahren aus den örtlichen Kindergärten zur gezielten sportlichen Ausbildung aus.

Wirtschaftszonen es der Volksrepublik inzwischen ermöglichen, eigene Taikonauten in das Weltall zu senden, zeichnen sich andere Regionen noch durch die klassischen Malaisen von Entwicklungsländern aus. Das SPIEGEL-Titelblatt **A 10** ermöglicht die Thematisierung des Zusammenhanges von wirtschaftlicher Dynamik und politischem System. Der spezifische Charakter dieses Systems wird in der Karikatur **A 11** erörtert. Der Text **A 12** bietet abschließend einen Ausblick auf die internationalen politischen Bestrebungen Chinas und stellt diese wiederum in den Kontext der Durchführung der Olympischen Spiele.

●●● BAUSTEIN B

CHINA – EINE WECHSELVOLLE GESCHICHTE ZWISCHEN DEMÜTIGUNGEN UND SELBSTSTÄNDIGKEIT

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China erscheint westlichen Beobachtern oftmals als Ereignis, das Verwunderung hervorruft. Ordnet man allerdings den heutigen Aufstieg Chinas in den historischen Zusammenhang ein, so erscheint dieser weniger verwunderlich als vielmehr konsequent: Seit nunmehr rund 5.000 Jahren existiert in China eine Hochkultur, die lediglich im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch aufgrund des Einwirkens von Kolonialmächten einen Niedergang erfuhr. China steigt also heute nicht zur Weltmacht auf, das »Reich der Mitte« kehrt eher zu seinem einstigen Status zurück. Für westliche Beobachter nicht weniger erstaunlich ist dabei auch der Umstand, dass diese Rückkehr zur Stellung einer Weltmacht von einer enormen ökonomischen Dynamik getragen wird, das politische System sich jedoch noch durch die althergebrachte kommunistische Herrschaftsstruktur auszeichnet.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Als Einstieg in den **Baustein B** zur kulturellen, historischen und politischen Entwicklung der Volksrepublik sollen sich die Schülerinnen und Schüler mit der in Europa vorherrschenden Meinung über China auseinandersetzen (**B 1**). Dies soll auch zu einer Selbstreflektion ihrer eigenen Haltung zur chinesischen Geschichte und Kultur führen. In diesem Kontext sind auch die Texte zu behandeln, welche die Weltanschauung des chinesischen Lehrmeisters Konfuzius thematisieren (**B 2** und **B 3**). Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei eine der ältesten weltanschaulichen Traditionen Chinas und die wichtigsten konfuzianischen Tugenden kennen. Altbundeskanzler Helmut Schmidt hebt im Interview vor allem das Prinzip von der Erziehbarkeit des Menschen hervor. Die unbedingte Betonung der Bildung ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft des einzelnen Menschen war dabei im alten China bereits von besonderer Bedeutung und

stellt auch heute noch ein wesentliches Element der konfuzianischen Staatslehre dar, die derzeit in der Volksrepublik Anwendung findet. Die Schülerinnen und Schüler können bei ihrer Auseinandersetzung mit der chinesischen Staatslehre auch mögliche Konsequenzen für unsere hiesige Gesellschaft ableiten. Dies gilt vor allem für die Bedeutung, welche die Bildung der Menschen für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung ausmacht.

Im Folgenden wird die Geschichte Chinas als Kolonialgeschichte thematisiert (**B 4–B 6**). Die Schülerinnen und Schüler können sich bei ihrer Beschäftigung mit der Karte zunächst mit den geografischen Gegebenheiten des »Reichs der Mitte« auseinandersetzen, indem sie die unterschiedlichen kolonialen Einflussphären der europäischen Mächte in China ausmachen. Unter Einbeziehung des Textes von Wolfgang Hirn können anhand dieser historischen Karte des Weiteren auch die Ereignisse um die Opiumkriege insbesondere mit den Briten geografisch nachvollzogen werden. Die Opiumkriege stellen indessen auch ein besonderes Exempel für den Umgang der europäischen Kolonialmächte mit China dar. Anhand dieses Beispiels kann den Schülerinnen und Schülern verdeutlicht werden, worin die Demütigungen der Europäer gegenüber den Chinesen im 19. Jahrhundert bestanden. Sie können durch diese Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Chinas deshalb auch das Nationalbewusstsein und den Nationalstolz heute lebender Chinesen von einer anderen Warte aus betrachten und einschätzen. Darüber hinaus stellte die letztliche Niederlage der Chinesen in den Opiumkriegen die Voraussetzung für das weitere Fußfassen europäischer Kolonialmächte in China dar. Hiermit war die Grundlage für den Beginn dessen gelegt, was der China-Experte Oskar Weggel als »Jahrhundert der Demütigungen« für die Chinesen umschrieb. Den Schülerinnen und Schülern kann mithin mittels der Thematisierung der Opiumkriege ein Schlüsselkonflikt Chinas mit europäischen Kolonialmächten, insbesondere der britischen, verdeutlicht werden.

Durch die Karikatur auf dem Titelblatt der Satirezeitschrift »Der Wahre Jacob« aus dem Jahr 1900 mit dem Untertitel »Ein Spuk am hellen, lichten Tage« vermögen die Schülerinnen und Schüler einen Eindruck von der zeitgenössischen Kritik am Verhalten der europäischen Kolonialmächte gegenüber China zu erlangen (**B 5**). Sie können sich hier zunächst mit der Frage auseinandersetzen, welche der auf dem Titelblatt karikierten Personen jeweils welche europäische Nation repräsentiert. Des Weiteren können sie die Darstellungen mit der Karte (**B 4**) in Beziehung setzen und die karikierten Personen mit realen europäischen Nationen identifizieren, die ganz konkrete Gebiete in China unter ihrer Kontrolle und besetzt hielten. Abschließend können die Schülerinnen und Schüler dazu angeregt werden, Vermutungen darüber anzustellen, welche politische Aussage der Karikaturist des »Wahren Jacob« mit diesem Titelblatt zu seiner Zeit wohl zum Ausdruck bringen wollte.

Anlass zur Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte in China bietet sodann die sogenannte »Hunnen-

rede« von Kaiser Wilhelm II. aus dem Jahr 1900. Der Kaiser hielt diese Rede aus Anlass der Verabschiedung deutscher Truppen in Bremerhaven, die zur Niederschlagung des »Boxeraufstandes« nach China gesandt wurden. Die Rede des Kaisers zeichnet sich insbesondere durch die darin zum Ausdruck gebrachte Brutalität aus, die von den deutschen Truppen gegenüber den chinesischen Aufständischen ausgeübt werden sollte. Von Interesse ist hierbei der von Kaiser Wilhelm II. vorgenommene Verweis auf die Hunnen unter König Etzel. Im Nibelungenlied besiegten die Hunnen unter Etzel letztendlich die germanischen Burgunder, nachdem sich Letztgenannte – wie im Lied dargestellt – lange in einem heldenhaften Kampf dagegen gewehrt hatten. Kaiser Wilhelm II. kündigt nun in seiner Rede gewissermaßen Revanche für diese Demütigung der Burgunder an. Die deutschen Truppen sollen sich in China einen Ruf verschaffen, welcher die Chinesen dermaßen ängstigt, dass »es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen«.

Bei ihrer Beschäftigung mit dieser historischen Quelle können die Schülerinnen und Schüler zunächst auf das Menschenbild eingehen, das Kaiser Wilhelm II. zur Verabschiedung deutscher Truppen im Hinblick auf die chinesische Bevölkerung kundtat. Sie können dabei auch Mutmaßungen über die Auffassung des Kaisers von der Stellung der deutschen Kultur anstellen. Darüber hinaus sollte den Lernenden die Möglichkeit eröffnet werden, die »Hunnenrede« aus ihrer heutigen Perspektive zu beurteilen. Des Weiteren ermöglicht der Internetzugang des Deutschen Historischen Museums den Schülerinnen und Schülern, die Rolle der deutschen Kolonialmacht in China insbesondere zum »Boxeraufstand« und zu den Ereignissen in Tsingtau zu recherchieren.

Der in **B 7** vorgestellte Zeitstrahl enthält die wichtigsten Ereignisse und Begriffe der Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert. Er reicht von der Proklamation der Volksrepublik durch Mao Zedong auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 1. Oktober 1949 (**Foto c**) über zwei dunkle Episoden der kommunistischen Periode – dem sogenannten »Großen Sprung nach vorne« von 1958 bis 1961 (**Foto f**) und die »Kulturrevolution« von 1966 bis 1976 (**Foto d**) – hin zur einschneidenden Zäsur in der Phase der kommunistischen Herrschaft, dem Tod von Mao Zedong am 9. September 1976 (**Foto b**), der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik Chinas durch Deng Xiaoping 1978 (**Foto a**) und dessen Erklärung zum Ziel des Aufbaus einer sozialistischen Marktwirtschaft im Jahr 1992 (**Foto e**). Ziel der Beschäftigung mit dem Zeitstrahl ist die selbstständige Aufarbeitung der prägenden historischen Ereignisse in China unter dem System des Kommunismus und die eigenständige Abfassung entsprechender Texte. Zu diesem Arbeitsabschnitt gehört auch die Auseinandersetzung der Lernenden mit historischen Fotos und deren Zuordnung zu den geschichtlichen Ereignissen. Schließlich sollen die Schülerinnen und Schüler als Brücke von der Historie hin zur politisch-wirtschaftlichen Gegenwart Chinas durch ihre selbstständige Recherche diejenigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen benennen, die seit dem Tod Mao Zedongs in China eingetreten sind und für die Deng Xiaoping maßgeblich verantwortlich zeichnet.

Die gegenwärtige Ideologie der Kommunistischen Partei Chinas steht nicht mehr wie einstmalig unter Mao Zedong unter dem Signum der Diktatur des Proletariats und des Kampfs gegen die Bourgeoisie, sondern entsprechend der ökonomischen Reformpolitik seit Deng Xiaoping im Zeichen der »Harmonischen Gesellschaft«. Mit dieser Weltanschauung sucht die kommunistische Führung die seit der wirtschaftlichen Reform- und Öffnungspolitik eintretenden sozialen Konflikte in der Gesellschaft und deren zunehmende Differenzierung in den Griff zu bekommen und dabei gleichzeitig die eigene politische Machtstellung nicht zur Disposition zu stellen bzw. zu festigen. Auf der Grundlage des Textes von **B 8** sollen die Lernenden eine Beschreibung der Ideologie von der »Harmonischen Gesellschaft« in China vornehmen. In diesem Zusammenhang sollen sie herausarbeiten, wodurch sich die »Harmonie« im Verhältnis zu anderen Staaten auszeichnen soll. Weiterhin sollen die Schülerinnen und Schüler erkennen, welche politische Funktion der Weltanschauung von der »Harmonischen Gesellschaft« für die innenpolitische Entwicklung der Volksrepublik zugeschrieben wird.

Den Abschluss dieses Bausteins bildet eine Karikatur, auf welcher der chinesische Staatspräsident Hu Jintao im Monteursanzug zu sehen ist, wie er einem Auto, das als chinesisch durch die darauf aufgebrachten Sterne und das Nummernschild gekennzeichnet ist, einen neuen Motor einbaut (**B 9**). Im Unterschied zu dem bereits ausgebauten Motor mit dem Namen »Kommunismus« ist der neue Motor »Kapitalismus« wesentlich größer und wird augenscheinlich nicht in das Fahrzeug passen. Die Mimik Hu Jintaos verrät, dass dieser offensichtlich Gefallen an seiner Tätigkeit findet. Ob dieses Unterfangen erfolgreich sein wird, bleibt in der Karikatur wie in der realen Welt freilich offen.

●●● BAUSTEIN C

VORANKOMMEN UM JEDEN PREIS? – WIRTSCHAFT, WACHSTUM, UMWELT

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Zum Einstieg in den in **Baustein C** thematisierten Zusammenhang des chinesischen Wirtschaftswachstums mit dessen Folgen für Mensch und Umwelt wird den Schülerinnen und Schülern durch eine Gruppenarbeitsphase ermöglicht, sich anhand verschiedener visueller Eindrücke mit dieser Thematik auseinanderzusetzen (**C 1**). Sie sollen zu jedem Foto eine kurze Beschreibung verfassen und dabei die Fotos in einen größeren politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zusammenhang einordnen. Daraufhin sollen die Lernenden einzelne Fotos miteinander in Beziehung setzen und in einem kurzen Text die Begründung für ihre Auswahl darlegen. Die Schülerinnen und Schüler werden durch diese

selbstständige Auseinandersetzung mit der Thematik mit den verschiedenen Facetten der derzeitigen wirtschaftlichen Dynamik der Volksrepublik konfrontiert: Die Glas- und Stahlpaläste des Shanghaier Finanzdistrikts Pudong können auf diese Weise etwa mit den Umweltfolgen, die der rasante ökonomische Wachstum mit sich bringt, oder mit den Arbeitsbedingungen, unter denen dieses Wachstum erzeugt wird, ins Verhältnis gesetzt werden. Die Lernenden erkennen so den problembehafteten Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und damit einhergehendem Zuwachs an Wohlstand einerseits und den möglichen negativen Folgen dieses Wachstums für Mensch und Umwelt andererseits.

Im Weiteren wird die wirtschaftliche Dynamik Chinas anhand von Texten und Zahlenmaterial transparent gemacht. Die Schülerinnen und Schüler sollen bei ihrer Beschäftigung mit **C 2** und **C 3** zunächst die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik in den letzten beiden Jahrzehnten beschreiben. Dabei sollen insbesondere auch die Folgen für andere Staaten wie etwa die Mitglieder der Europäischen Union und die USA reflektiert werden. Die beiden Graphiken in **C 4** vertiefen diese Thematik. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich hier eigenständig mit den in diesem Kontext bedeutsamen Begriffen aus dem Bereich der Außenwirtschaft »Leistungsbilanz« und »Währungsreserven« auseinandersetzen. Darüber hinaus sind von den Lernenden die Folgen der Entwicklung der chinesischen Leistungsbilanz für andere Staaten zu bedenken. Im Mittelpunkt stehen hierbei die ökonomischen Konsequenzen, welche die Entwicklung des deutschen Außenhandels mit China möglicherweise für Deutschland zeitigen wird.

Dieser Themenbereich soll vermittelt der Beschäftigung mit der Aussage einer Karikatur abgeschlossen werden. Dabei wird die rigorose Einkaufspraxis der Volksrepublik auf den internationalen Rohstoffmärkten thematisiert. Die Lernenden können hier erkennen, dass die ökonomische Dynamik

Chinas eng mit den Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten gekoppelt ist und diese Dynamik mithin auch Rückwirkungen für die Verbraucher in anderen Staaten mit sich bringt. So besteht ein evidenter Zusammenhang zwischen dem chinesischen Bedarf an Rohstoffen, wie etwa Mineralöl, und der Preisentwicklung für dieses Produkt in anderen Staaten: Der auf der Karikatur dargestellte deutsche Verbraucher wird künftig zusehends tiefer in die Tasche greifen müssen, wenn er seinen Benzinkanister füllen möchte.

Eine für die chinesische KP-Führung brisante Problematik, die mit der wirtschaftlichen Dynamik in den industrialisierten Städten des Landes seit der Einführung der Marktwirtschaft einhergeht, stellen die enormen Einkommens- und Wohlstandsunterschiede zwischen Stadt und Land dar (**C 6** und **C 7**). Die in diesem Zusammenhang aufkommenden gesellschaftlichen Spannungen sind evident. Diese Problematik können sich die Lernenden weiterhin durch ihre Auseinandersetzung mit den Fotos in **C 8** vergegenwärtigen. Eine vertiefende Beschäftigung mit dem ökonomischen Stadt-Land-Gefälle ermöglicht darüber hinaus der Text in **C 9**. Die Schülerinnen und Schüler sollen zum Abschluss dieses Themenabschnitts selbstständig konstruktive Maßnahmen zur Behebung oder zumindest zur Eindämmung dieses Missstandes reflektieren und diese schriftlich darlegen.

Einen Ausdruck des ökonomischen Stadt-Land-Gefälles stellt das Millionenheer von Wanderarbeitern in China da, die in den Städten unter miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen ein kärgliches Auskommen suchen (**C 10**). Die in dem Text vorgestellte Lebenssituation der Wanderarbeiter ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, sich in deren Position hineinzusetzen und deren Motivation für die Arbeitssuche in den Städten zu reflektieren. Diese Beschäftigung soll mit dem selbstständigen Rechercheauftrag der Lernenden bei der Menschenrechtsorganisation amnesty international vertieft werden. Hierbei sollen sie vor allem auch auf die



Algenverschmutzung im Dianchi-See (auch Kunming-See genannt) in der Provinz Yunnan.

rechtliche Situation der Wanderarbeiter eingehen und die Konsequenzen benennen, die das Leben und Arbeiten in der Illegalität für die Wanderarbeiter mit sich bringt. Durch das Abfassen eines Briefes aus der Perspektive des Wanderarbeiters Bian Rubuos an seine Eltern, die auf dem Land wohnen, können sich die Schülerinnen und Schüler in Empathie üben und ein eigenständiges Produkt ihrer Beschäftigung mit dieser Problematik erarbeiten.

Das Verfassen einer Bildunterschrift für die in **C 11** dargestellten Fotos sowie einer erläuternden Bilderklärung ermöglicht einen visuellen Einstieg zur Kehrseite der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung im Hinblick auf deren Umweltauswirkungen. Der Bericht aus der Zeitschrift GEO (**C 13**) enthält in komprimierter Form die wichtigsten Auswirkungen des ökonomischen Booms in China für das dortige Ökosystem. Darüber hinaus können von den Lernenden auch die Konsequenzen dieser Entwicklung für die Chinesen selbst und für die Bevölkerung in anderen Ländern ausgemacht werden. Schließlich soll hier auch die bislang nicht greifende Strategie der chinesischen Führung im Hinblick auf die zunehmende Belastung der Umwelt erkannt und kritisch beurteilt werden.

Produktsicherheit chinesischer Erzeugnisse und Markenpiraterie chinesischer Unternehmen sind Themen des Bereichs Ökonomie, welche auch die deutschen Verbraucher und deutsche Unternehmen unmittelbar betreffen. Im Text zur »Ware Sicherheit« wird die Produktsicherheit chinesischer Erzeugnisse einführend behandelt, wobei sich die Lernenden insbesondere mit den Rahmenbedingungen der Herstellung von Waren in China auseinandersetzen können (**C 16**). Im Unterschied zu den heutigen Standards in westlichen Industrienationen gemahnen etwa die Arbeitsbedingungen in der von der Kommunistischen Partei gesteuerten Marktwirtschaft Chinas oftmals an den Manchester-Kapitalismus am Ende des 19. Jahrhunderts: Die Rechte der Arbeiter sind sehr begrenzt und die Arbeitssicherheit ist bisweilen sehr dürftig.

Den Schaden, welche die chinesische Markenpiraterie für Unternehmen der westlichen Industriestaaten mit sich bringt, können die Lernenden anhand der Graphik ermessen (**C 17**). Darüber hinaus bietet ihnen die angegebene Internetadresse die Möglichkeit, zu diesem Themenbereich selbstständig zu recherchieren. Schließlich sollen sich die Schülerinnen und Schüler mit den Auswirkungen der Markenpiraterie chinesischer Unternehmen auf deutsche Firmen auseinandersetzen. Hierzu dienen die Texte **C 18** und **C 20** sowie das Foto **C 19**. Anhand des Fallbeispiels eines baden-württembergischen Unternehmens werden die Folgen chinesischer Marken- und Produktfälschungen für andere Hersteller augenfällig. Durch die Abfassung eines Kommentars zur Problematik der Markenpiraterie sollen die Schülerinnen und Schüler abschließend dazu angeregt werden, sich ein eigenes Urteil über diese Praxis chinesischer Unternehmen zu bilden.

●●● BAUSTEIN D

WELTMACHT IM WERDEN – POLITISCHES SYSTEM UND GLOBALES AGIEREN

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

China ist seit dem 1. Oktober 1949 eine Volksrepublik und wird bis heute von der Kommunistischen Partei politisch geführt. Das Herrschafts- und Regierungssystem unterscheidet sich mithin fundamental von allen westlichen demokratischen Systemen. Ein Foto vom jährlich tagenden Volkskongress in Peking leitet **Baustein D** ein, in dem insbesondere politische Aspekte behandelt werden (**D 1**). »Parlament« wurde hier in Führungszeichen gesetzt, da es sich beim Volkskongress nicht um ein Parlament im demokratischen Sinne handelt, sondern um ein Scheinparlament: Die »Volksdelegierten« treten darin einmal jährlich für zwei Wochen zusammen und bestätigen dabei die KP-Führung, doch kann von einer demokratischen Legitimation dieser Delegierten durch das chinesische Volk keine Rede sein (**D 8**). Weiterhin wird zu Beginn dieses Bausteins mit einer Karikatur die Problematik der Einhaltung von Menschenrechten durch die chinesische Führung thematisiert (**D 2**). Die Schülerinnen und Schüler werden dabei mit dem Widerspruch von politischen Bekenntnissen zu den Menschenrechten einerseits und realem politischen Handeln andererseits konfrontiert.

Die Graphik **D 3** sowie der Text des Politikwissenschaftlers Sebastian Heilmann (**D 4**) legen die Charakteristika des politischen Systems der Volksrepublik dar. Die Lernenden können hier die wichtigsten Institutionen der politischen Kontrolle durch die Führung der Kommunistischen Partei erkennen und darlegen. Ein für die KP-Führung heikles Thema stellt der Umgang mit der eigenen Vergangenheit unter Mao Zedong dar. Zum einen forderte seine Diktatur etwa in der Zeit des »Großen Sprungs nach vorne« und während der »Kulturrevolution« Millionen von Opfern. Zum anderen pflegt die Kommunistische Partei die Gedanken Maos weiterhin als Staatsdoktrin und hält an seinem Mythos als weisem Staatsgründer fest, denn eine kritische Auseinandersetzung mit dessen Politik würde den eigenen Führungsanspruch der KP in Frage stellen. Gleichwohl ist von der maoistischen Version des Kommunismus auf wirtschaftlichem Gebiet sehr wenig erhalten geblieben: In China wird derzeit eine radikale Variante des Kapitalismus exerziert. Das politische und wirtschaftliche Handeln der KP-Führung ist nahezu frei von jedweder kommunistischen Ideologie und einzig an dem pragmatischen Ziel wirtschaftlichen Wachstums und Erfolgs orientiert (**D 6** und **D 7**). Diese Ausrichtung der KP-Führung wird gleichfalls in dem Text von Harald Maass thematisiert (**D 8**), wobei sich die Lernenden vor allem mit der Frage auseinandersetzen können, was unter der chinesischen Variante einer »ideologiefreien Entwicklungsdiktatur« zu verstehen ist. Darüber hinaus werden die Lernenden zum Abschluss dieses Themenbereichs zur eigenen Urteilsbildung bezüglich der Meinung des Autors aufgefordert.

Auf außenpolitischem Gebiet hat die Führung der Volksrepublik seit etwa 15 Jahren einen bemerkenswerten Wandel vollzogen. Er ist der fortschreitenden Verflechtung Chinas mit globalen Wirtschaftskreisläufen sowie der internationalen Isolierung nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens geschuldet (**D 9**). Das letztgenannte Ereignis wird mit seinen politischen Hintergründen in **D 11** vorgestellt. Die Schüler sollen anhand dieser Quelle die Ereignisse im Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens zusammenfassen und darüber hinaus Mutmaßungen über die Gründe anstellen, welche die Führung der Kommunistischen Partei dazu veranlasst haben könnten, die Proteste mit Gewalt zu unterdrücken. Die Verletzungen der Menschenrechte in China werden in der Folge anhand von Bild- und Textmaterial dargelegt. Den Lernenden kommt dabei unter anderem die Aufgabe zu, die auf den Fotos präsentierten Ereignisse (**D 10**) auf der Grundlage des Textmaterials (**D 11** und **D 12**) inhaltlich einzuordnen und kurze Texte als Bildunterschriften zu verfassen. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik kann anschließend aufgrund der Darstellungen von amnesty international vorgenommen werden (**D 12**). Eine bildhafte Vorstellung der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik erfolgt sodann in Gestalt der Karikatur (**D 13**).

Der Politikwissenschaftler Eberhard Sandschneider erachtet die Behandlung der Menschenrechte in China als Ausdruck einer spezifisch eigenständigen chinesischen Politik und beurteilt deshalb die Forderungen westlicher Politiker nach Einhaltung der Menschenrechte und Durchführung von politischen Reformen in der Volksrepublik als weltfremd (**D 14**). Die Lernenden sollen sich hier mit der vom Autor aufgeworfenen Problematik der »doppelten Standards« in der Frage der Menschenrechtspolitik auseinandersetzen. Abschließend sollen sie den Umgang mit den Menschenrechten in China diskutieren und dabei auch eigene Vorstellungen von der vom Westen gegenüber der Volksrepublik einzunehmenden politischen Haltung entwickeln.

Ein weiterer permanenter Konflikttherd zwischen der chinesischen KP-Führung und westlichen Regierungen stellt der Umgang Erstgenannter mit Tibet sowie mit ethnischen Minderheiten in der Volksrepublik dar. Die Lernenden sollen in diesem Kontext zunächst die Position der Führung der Kommunistischen Partei im Hinblick auf die staatliche Souveränität von Tibet erarbeiten (**D 15**) und die Geschichte Tibets in einem kurzen Bericht zusammenfassen. Darüber hinaus können sie erkennen, dass es dem Dalai Lama nicht mehr um die Erlangung der staatlichen Souveränität Tibets geht. Die politischen Spannungen in dem von muslimischen Uiguren bewohnten Autonomen Gebiet Xinjiang können als exemplarisch für den Umgang der chinesischen KP-Führung mit ethnischen Minderheiten behandelt werden (**D 16**). Darüber hinaus haben die Lernenden hier die Möglichkeit, selbstständig zu weiteren Konflikten mit anderen Minderheiten, zum Beispiel mit Katholiken, zu recherchieren.

Den Abschluss bildet die Politik Chinas im Hinblick auf die Beschaffung von Rohstoffen und Energieträgern zum Zwecke der Beibehaltung bzw. weiteren Entfaltung der wirtschaftlichen Dynamik des Landes. China tritt dabei zusehends als globaler Rivale auf (**D 17**) und sucht seine energiepolitischen Interessen konsequent und ohne politische oder menschenrechtliche Anschauung seiner Handelspartner durchzusetzen (**D 18** und **D 19**). In diesem Kontext wird deshalb auch die Frage aufgeworfen, ob China als neue Kolonialmacht bezeichnet werden kann (**D 20**). Von Afrikanern wird diese Entwicklung als besorgniserregend aufgefasst (**D 21**). Als Exempel für die skrupellose Handelspolitik Chinas kann von den Schülerinnen und Schülern die Politik der Volksrepublik gegenüber dem Unrechtsregime im Sudan erkannt werden (**D 22**). Hier wird den Lernenden abschließend die Möglichkeit geboten, sich ein eigenständiges Urteil über das energiepolitische Engagement Chinas in Afrika zu bilden.

LITERATURHINWEISE

Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China, 3. Aufl., Bonn 2007.

Fischer Weltatmanach 2007, Frankfurt/M. 2006.

Guidi, Chen/Chuntao, Wu: Blutige Buchprüfung. Untersuchung zur Lage der chinesischen Bauern, in: Lettre International, Nr. 66, 2004, S. 84–91.

Hebel, Jutta: Konturen einer neuen Arbeitsgesellschaft: Transformationsprozess in der VR China, in: Soziale Welt 56 (2005), Heft 1, S. 17–38.

Heilmann, Sebastian: Das politische System der VR China, 2. Aufl., Wiesbaden 2004.

Hirn, Wolfgang: Herausforderung China. Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert, Frankfurt/M. 2005.

Möller, Kay: Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949–2004. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.

Nachbar China. Helmut Schmidt im Gespräch mit Frank Sieren, Berlin 2006.

Sandschneider, Eberhard: Globale Rivalen. Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens, München 2007.

Schmidt, Helmut: Die Mächte der Zukunft. Gewinner und Verlierer der Welt von morgen, München 2004.

Seitz, Konrad: China im 21. Jahrhundert. Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, Frankfurt/M. 2000.

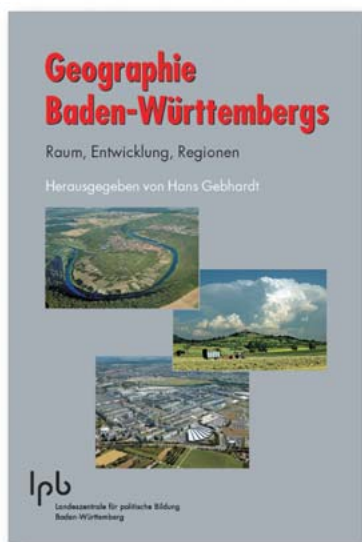
Volksrepublik China. Informationen zur politischen Bildung 289, Bonn 2005.

Wacker, Gudrun (Hrsg.): Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik? Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2006.

Hans Gebhardt (Hrsg.):

Geographie Baden-Württembergs. Raum, Entwicklung, Regionen.

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 36, Stuttgart 2008



Baden-Württemberg ist ein wirtschaftlich erfolgreiches und geographisch vielfältiges Land. Das Buch behandelt auf 372 Seiten mit 74 Abbildungen und 27 Tabellen den deutschen Südwesten im Kontext europäischer und deutscher Wachstumsregionen sowie in seinen äußeren und inneren Grenzen.

Als Leitmotiv zur Darstellung regionaler Vielfalt dienen naturräumliche Kontraste ebenso wie die Gegensätze zwischen Industrieräumen und Fremdenverkehrsgebieten, Großstadregionen und ländlichem Raum.

Zudem werden die aktuellen kulturgeographischen Probleme der wichtigsten Kulturlandschaften und Wirtschaftsregionen in Baden-Württemberg behandelt.

6.50 EUR (zzgl. Versandkosten)
per Fax 0711.16409977, über
marketing@lpb.bwl.de oder
Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

Gothard Breit/Detlef Eichner/Siegfried Frech/Kurt Lach/Peter Massing

Methodentraining für den Politikunterricht II

Didaktische Reihe, Schwalbach 2006, 239 Seiten



Professionalisierung im Politikunterricht hängt nicht nur von den zur Verfügung stehenden Methoden ab, sondern auch von der Qualität des Umgangs mit diesen Methoden. Hier knüpft der Band „Methodentraining für den Politikunterricht II“ an. Im Mittelpunkt stehen Arbeitstechniken, Sozialformen und Unterrichtsphasen. Konkrete Unterrichtsbeispiele ermöglichen das Selbststudium und Selbsttraining. Beispiele und praktische Erfahrungen aus dem Politikunterricht verdeutlichen typische, immer wieder auftretende Schwierigkeiten und Fehlerquellen. Des Weiteren werden Hinweise, Materialien und Checklisten angeboten.

Sie machen die Unterrichtsmethoden unmittelbar und mit geringem Aufwand für den Politikunterricht anwendbar.

Erhältlich gegen eine Schutzgebühr von **10.- EUR** (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711.164099-77, über
marketing@lpb.bwl.de oder
Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

Volksrepublik China

Eine neue Weltmacht?

Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler

1-2008

Baustein A Olympische Spiele – das »Reich der Mitte« präsentiert sich der Welt

A 1 – A 4	Olympische Spiele in China – Licht- und Schattenseiten	18
A 5 – A 9	Wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Erziehung	20
A 10 – A 11	Wirtschaftlicher Fortschritt, Demokratie und Menschenrechte	22
A 12	Chinesische Außenpolitik	23

Baustein B China – eine wechselvolle Geschichte zwischen Demütigungen und Selbstständigkeit

B 1 – B 3	Chinesische Kultur und Konfuzianismus	24
B 4 – B 6	Kolonialzeit – Zeit der Demütigungen	26
B 7 – B 9	Vom Klassenkampf zur »Harmonischen Gesellschaft«	28

Baustein C Vorankommen um jeden Preis? – Wirtschaft, Wachstum, Umwelt

C 1 – C 5	Chinesisches Wirtschaftswachstum – Fluch oder Segen?	30
C 6 – C 9	Stadt-Land-Gefälle	33
C 10 – C 15	Die Kehrseite des Wirtschaftsbooms	35
C 16 – C 20	Chinesische Produktsicherheit und Markenpiraterie	39

Baustein D Weltmacht im Werden – politisches System und globales Agieren

D 1 – D 8	Kommunismus auf Chinesisch	42
D 9 – D 14	Menschenrechte	46
D 15 – D 16	Tibet und Minderheitenpolitik	50
D 17 – D 22	Geostrategische Interessen	52

Hinweis: Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von Websites, auf die in diesem Heft verwiesen oder verlinkt wurde.

A • Olympische Spiele – das »Reich der Mitte« präsentiert sich der Welt

Materialien A 1–A 12

A 1 Olympische Gedanken



»Eine Welt – ein Traum« ist das Motto der Olympischen Spiele 2008 in Peking. Ein Arbeiter fährt mit seinem mit wiederverwertbarem Müll beladenen Fahrrad an einer Werbefläche für das Großereignis in Chinas Hauptstadt vorbei. Die Führung des Landes erhofft sich durch die Spiele eine deutliche Verbesserung ihres Ansehens im Ausland.

A 2 Spiele der Superlative



Das Foto zeigt die Baustelle des National-Stadions vor der Skyline von Peking, wo die Eröffnungs- und Schlussfeiern sowie die Leichtathletikwettbewerbe stattfinden. Das Stadion fasst über 90.000 Zuschauer und ist eines der größten und modernsten der Welt. Dabei ist es nur eines von zahlreichen Mega-Bauprojekten in der Stadt, mit denen das »Reich der Mitte« der Welt seine Leistungsfähigkeit zeigen will.

A 3 Sommerspiele im Smog?



picture-alliance/dpa

Wirksam gegen Verkehrsabgase? – Radfahrer in Peking benutzen Mundschutz.

Die Pekingern durften am Freitag zur Abwechslung einmal tief durchatmen. Fast die Hälfte aller Autos in der chinesischen Hauptstadt ist vorübergehend von den Straßen verbannt worden. Die Regierung will testen, ob damit während der Olympischen Sommerspiele im kommenden Jahr die Luft-

qualität verbessert werden kann. Kürzlich hatte sich Jacques Rogge, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, über den Dauersmog in Peking beschwert. Falls die Luft nicht besser werde, müsse überlegt werden, einzelne Freiluftwettbewerbe, wie etwa Radrennen, zu verschieben, hatte Rogge gewarnt.

So drastisch, wie es nur eine Diktatur vermag, reagierte die chinesische Regierung nun auf die Drohung des Olympiazaren. Nur Autos mit ungeraden Endziffern auf dem Nummernschild durften am Freitag fahren. Am Samstag dann werden nur Autos mit geraden Endziffern auf die Straße gelassen. Vier Tage lang soll das abwechselnd so gehen. Gleichzeitig soll an 27 Messstationen die Luftqualität gemessen werden. Rund 1,3 Millionen der drei Millionen Pekinger Autos mussten am Freitag geparkt bleiben. Die Fahrer, die nicht vom Verbot betroffen waren, freuten sich über den relativ zügigen Verkehr. »Es fließt heute ein bisschen besser als sonst. Aber wie sich wegen der paar Tage die Luft verbessern soll, ist mir schleierhaft«, sagte Herr Dai, Fahrer eines Audis mit Pekinger Kennzeichen J-R 7799.

Süddeutsche Zeitung vom 18. August 2007 (Henrik Bork)

A 4 Und die Menschenrechte?

Schon im Vorfeld der Olympischen Spiele sind die Augen der Welt auf China gerichtet. Was werden die Menschen zu sehen bekommen? Sind Fortschritte zur Verbesserung der Menschenrechte erkennbar? Tatsächlich sind in einigen Bereichen positive Entwicklungen zu beobachten. So wurde ausländischen Journalisten eine größere Freiheit in der Berichterstattung eingeräumt. Auch Reformen für die Beschränkung der Todesstrafe sowie eine größere Transparenz der Anwendung wurden in die Wege geleitet. In ihrem jüngsten China-Bericht stellt amnesty international jedoch fest, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in zentralen Bereichen bisher ausgeblieben sind:

► Die Todesstrafe wird weiterhin verhängt, u. a. für Delikte wie Steuerhinterziehung. Nationale Statistiken hierzu werden nicht offengelegt. Familien und Anwälte erhalten weder Zugang zu den Angeklagten noch Informationen über deren Situation. Inhaftierungen ohne Anklage und die Strafe der »Umerziehung durch Arbeit« wurden nicht abgeschafft,

sondern nehmen im Zug der »Säuberung« der Olympiastadt Peking zu.

► Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger haben sich in vielen Landesteilen verstärkt.

► Die Pressefreiheit chinesischer Autoren ist weiterhin stark eingeschränkt. Journalisten werden willkürlich entlassen oder inhaftiert. Medien werden verboten und zahlreiche Internetseiten gesperrt.

»Die Spiele werden als Vorwand genutzt, um im Namen der Sicherheit verstärkt gegen Menschenrechtsverteidiger und Journalisten vorzugehen«, sagt Dirk Pleiter, ai-China-Experte. Die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in China sind ein Angriff auf die Kernprinzipien der Olympischen Charta – in der auch die Menschenwürde und der Respekt für universelle ethische Prinzipien fest verankert sind.

amnesty international, 8. August 2007 (www2.amnesty.de)

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 1–A 4

► Vergleiche die beiden Fotos A 1 und A 2. Welcher Gegensatz kommt darin zum Ausdruck?

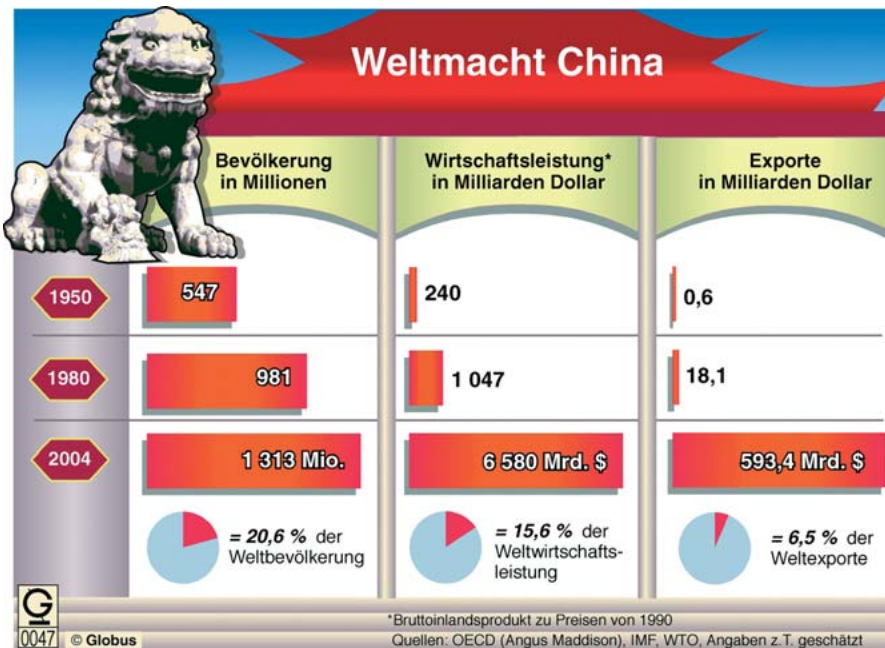
► Informiere Dich im Internet über die Olympischen Sommerspiele in China. Wo finden die Wettkämpfe statt? Welche neuen Wettkampfstätten wurden hierzu errichtet?

► Beschreibe die Gefährdung der Olympischen Spiele, wie sie in A 3 zum Ausdruck kommt.

► Stellen die Olympischen Spiele in China einen Anlass dar, die Menschenrechtssituation im Land zu verbessern?

► Recherchiere bei der Menschenrechtsorganisation amnesty international die Lage der Menschenrechte in China.

A 5 Ein wirtschaftlicher Global Player



Seit Beginn des Reformprozesses vor mehr als 20 Jahren hat die chinesische Wirtschaft eine atemberaubende Entwicklung durchgemacht. Die gesamtwirtschaftliche Leistung (das Bruttoinlandsprodukt) ist heute um ein Vielfaches größer. Die Wirtschaftsstrukturen haben sich einschneidend verändert. Aus dem Agrarstaat wurde ein Industriestaat. Die Öffnung Chinas nach außen wird an den rasant steigenden Exporten deutlich. Und noch eines unterstreicht Chinas wirtschaftliche Bedeutung: Über die Hälfte großer international tätiger Unternehmen kürte China zum attraktivsten Wirtschaftsstandort der Gegenwart.

A 6 Bildung und Erziehung – in China hohe Werte

Die chinesische Werteskala ist für eine sich allmählich herausbildende materialistische Industrie- und Handelsgesellschaft bestens geeignet: Mut zum Risiko, Ehrgeiz, Unternehmungslust, Streben nach Wohlstand, Aufbau sozialer und beruflicher Netzwerke. Dazu kommt noch die Bedeutung der Familie. (...)

Zum Erbe des Konfuzianismus gehört, dass in allen Ländern mit chinesischer Kulturtradition Bildung und Erziehung an erster Stelle stehen. Die Familien sind bereit, große Opfer zu bringen, um ihren Kindern bestmögliche Ausbildungen zu geben. Die Zahl der Analphabeten ist ähnlich gering und die Quote beim Schulbesuch ähnlich hoch wie in den entwickelten Ländern. Die hohe Wertschätzung von Bildung und

Erziehung wirkt als starker Motor des Fortschritts. Wie alle ostasiatischen Länder strebt China für seine Gesellschaft ein Höchstmaß an Kenntnissen, Fähigkeiten und Bildung an. Es ist auf dem Wege, zu einem der führenden Länder in Naturwissenschaft und Technik zu werden. In fünf bis zehn Jahren werden chinesische Ingenieure und Naturwissenschaftler eine dominierende Rolle in der Welt spielen.

Jean-François Susbielle: China – USA. Der programmierte Krieg, Propyläen, Berlin 2007, S. 100 f.

A 7 Von China lernen?

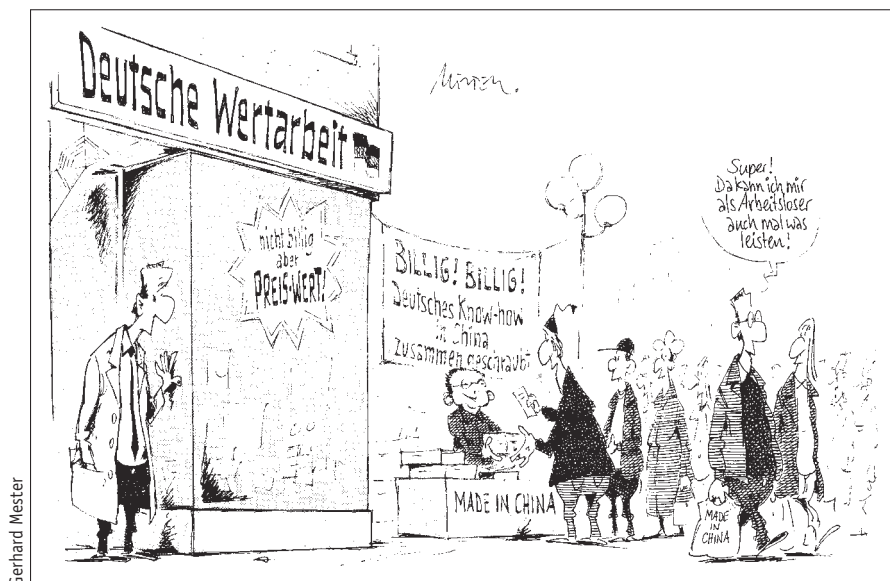
Im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts wird die Volksrepublik eine Bedeutung erlangen, die derjenigen der USA gleichkommt. Es wäre unklug, in den unmittelbar vor uns liegenden Jahrzehnten diese wachsende weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutung des riesigen Entwicklungslandes zu unterschätzen. Gegenüber China sind Respekt, Zusammenarbeit und Austausch geboten. Die meisten europäischen Staaten haben das eher und besser verstanden als etwa Japan und die USA; sie sollten sich – auch im Falle chinesisch-amerikanischer Streitigkeiten und Konflikte – von ihrer positiven Haltung nicht abbringen lassen.

Dabei ist es abwegig anzunehmen, die Chinesen wären allein der nehmende und die fortgeschrittenen Industriestaaten der gebende Teil. Weil Intelligenz, Lernfähigkeit und Erfin-

dungsgabe der Chinesen denjenigen der Europäer gleichwertig sind, ihre Arbeitsmoral aber überlegen ist, werden wir, wie sich schon bald herausstellen wird, von China auch einiges zu lernen haben. In Abstufung mag das auch für andere Nationen in Ostasien und für Indien gelten. Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Diplomatie, der Wirtschaft und der Wissenschaft ist kein großzügig gewährtes Entgegenkommen oder gar eine Gnade der Europäer, sondern liegt in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse. Das gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit Russland.

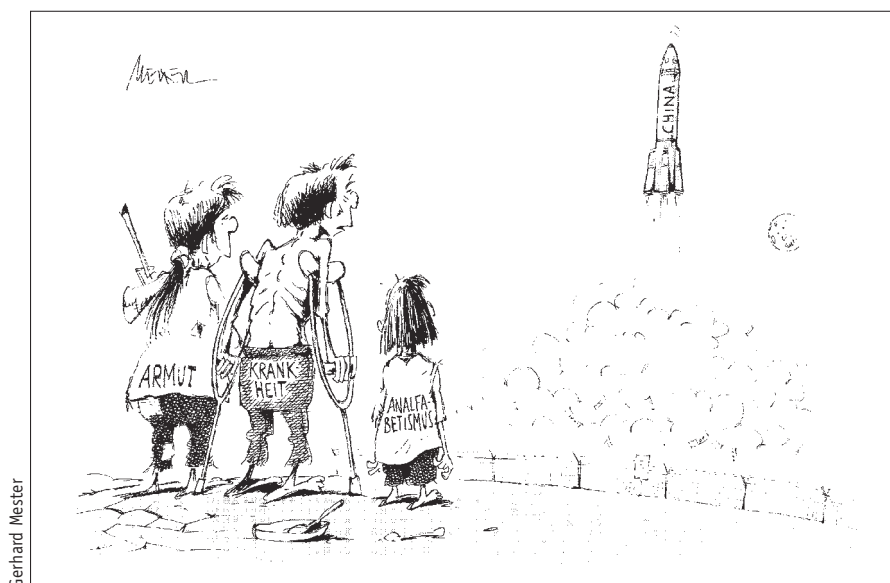
Helmut Schmidt: Die Mächte der Zukunft – Gewinner und Verlierer in der Welt von Morgen, Goldmann, München 2004, S. 229 f.

A 8 Ein wirtschaftlicher Konkurrent?



Gerhard Mester

A 9 Ein Land der Gegensätze



Gerhard Mester

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 5–A 9

- ▶ Beschreibe anhand der Grafik in A 5 die weltwirtschaftliche Stellung Chinas.
- ▶ Beschreibe die Faktoren, die für den enormen wirtschaftlichen Fortschritt Chinas verantwortlich gemacht werden (A 6).
- ▶ Lege die Haltung dar, die nach Auffassung von Altbundeskanzler Helmut Schmidt von anderen Staaten gegenüber China geboten erscheint.
- ▶ Weshalb könnten wir, so Helmut Schmidt, schon in Bälde von China zu lernen haben?
- ▶ Erläutere das wirtschaftliche Konkurrenzverhältnis, das in der Karikatur A 8 zum Ausdruck kommt. Weshalb kauft niemand bei dem Händler für »deutsche Wertarbeit«? Freut sich der Arbeitslose im eigenen Interesse zu Recht über die Möglichkeit des Einkaufs billiger Produkte aus China?
- ▶ Fasse die Gegensätze, die in der Karikatur A 9 vorgestellt werden, mit eigenen Worten zusammen.

A 10 Wirtschaftlicher Fortschritt durch Kommunismus?



Lege in eigenen Worten dar, was auf dem Titelblatt mit den Worten »rasanter Aufstieg« wohl gemeint ist. Beachte hierbei vor allem auch die obere Hälfte des SPIEGEL-Titelblattes.

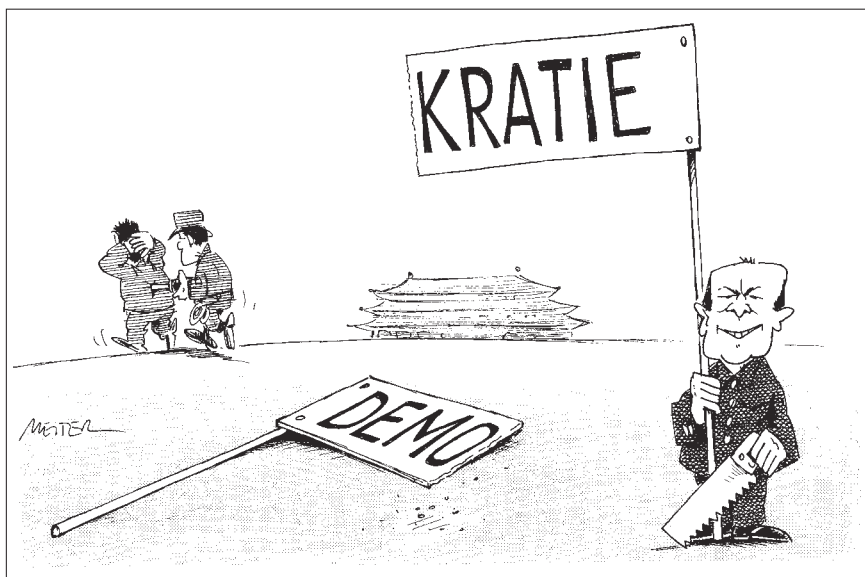
Untersuche die untere Hälfte des Titelblattes. Achte dabei insbesondere auch auf die Kleidung der Menschen. Welche Berufsgruppen und welche Bevölkerungsteile repräsentiert sie?

Lege dar, was mit dem unteren Bild ursprünglich politisch zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Erläutere den Ausdruck »Rot-China«.

Stelle die untere und die obere Hälfte des SPIEGEL-Titelblattes miteinander in Beziehung. Formuliere die politische Aussage, die das Titelblatt nahelegen soll.

A 11 »Volksherrschaft« auf Chinesisch



Gerhard Mester

A 12 Unter Beobachtung



picture-alliance/dpa

Einheiten der chinesischen Armee bereiten sich auf den UN-Einsatz in Darfur vor.

Jahrelang hat die chinesische Regierung das Regime in Sudan in Schutz genommen. Um sich das Wohlwollen des Öllieferanten zu sichern, sperrte sich Peking im UN-Sicherheitsrat gegen Sanktionen und gegen wirklich einsatzfähige Friedenstruppen. Dann meldete sich Hollywood, kritisierte Pekings Politik und sprach von Olympiaboykott. Der Regisseur Steven Spielberg, der sich als Berater für die Eröffnungsfeier laden ließ, sah sich in die Nähe Leni Riefenstahls gerückt. Protestbriefe wurden nach Peking geschickt. Und siehe da: Was diplomatischer Druck nicht schaffte, bewirkte die Kampagne der Stars. Peking ernannte einen Sonderbeauftragten für Darfur und stimmte der großen Friedensmission zu.

Noch hat die Staatengemeinschaft kaum realisiert, was dies bedeutet: Sie hat derzeit einen Hebel in der Hand, um China zu bewegen. Für einen Erfolg der Olympischen Spiele ist die chinesische Führung bereit, Zugeständnisse zu machen. Nichts soll die Ausstrahlungskraft ihrer Spiele schmälern, alles soll zu Chinas Ansehen beitragen. China will sich nicht nur als modernes und mächtiges, sondern auch als zivilisiertes und verantwortungsbewusstes Land darstellen, das seine internationalen Pflichten ernst nimmt und im Innern zumindest »auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen« ist.

Im Jahr vor der Eröffnung der Peking Spiele im August 2008 steht China im Scheinwerferlicht. Der von der Führung herbeigesehnte olympische Glanz wird aber nicht nur die Sonnenseiten Wirtschaftswachstum, Modernisierung und Fortschritt anstrahlen, sondern auch dunkle Seiten ausleuchten. War man im Ausland in den vergangenen Jahren geneigt, China mehr unter wirtschaftlichen Aspekten zu betrachten, so rücken jetzt all die Themen wieder in den Vordergrund, von denen die Regierung hoffte, sie seien vergessen oder wenigstens in den Hintergrund getreten.

In der Außenpolitik Chinas ist das die Nähe zu Paria-Staaten wie Sudan, Nordkorea und Myanmar. Seine Haltung zu Iran und seine Afrikapolitik werfen Fragen auf. Chinas Umweltverschmutzung und deren Beitrag zur Erderwärmung werden stärker thematisiert. In der Innenpolitik sind Einparteiendiktatur, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Unterdrückung in Tibet, Beschränkung der Religionsfreiheit, Verletzung von Menschenrechten und Kontrolle von Presse und Internet die einschlägigen Themen. Auch an die Niederschlagung der Studentenbewegung von 1989 wird wieder erinnert werden.

Die Weltöffentlichkeit möchte Spiele in einem Land sehen, das sich an internationale Normen hält und seine Bevölkerung anständig behandelt. Diese Spiele bieten die seltene Gelegenheit, China zu Wohlverhalten zu motivieren. An vorolympische Versprechen kann erinnert, der olympische Geist beschworen werden. Nur so können die Spiele jene »Kraft zum Guten« entwickeln, von der das IOC so gern spricht.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. August 2007
(Petra Kolonko)*

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 11–A 12

- ▶ Beschreibe die Karikatur **A 11** und überlege, wer die dargestellten Personen sein könnten.
- ▶ Recherchiere die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs »Demokratie«. Weshalb liegt die abgesägte Hälfte des Begriffs am Boden? Weshalb wird die andere Hälfte von dem Mann mit der Säge emporgehalten?
- ▶ Formuliere die politische Aussage, die durch die Karikatur zum Ausdruck gebracht werden soll.
- ▶ Recherchiere zur politischen Situation und zur Lage der Menschenrechte im Sudan (**A 12**).
- ▶ Lege dar, welche Bedeutung die Olympischen Spiele für China selbst haben.
- ▶ Wie möchte sich das »Reich der Mitte« vor der Weltöffentlichkeit präsentieren?
- ▶ Beschreibe die Möglichkeiten, die sich durch die Olympischen Spiele für die politische Entwicklung in China und dessen Außenpolitik aufgrund des öffentlichen internationalen Drucks ergeben.

B • China – eine wechselvolle Geschichte zwischen Demütigungen und Selbstständigkeit

Materialien B 1–B 9

B 1 China – das »Reich der Mitte«



ulstern bild – KPA

Das »Reich der Mitte« auf einer historischen Karte koreanischen Ursprungs.

Ignoranz und Bewunderung, Überheblichkeit und Angstgefühle – das China-Bild des Westens schwankte in den vergangenen Jahrhunderten extrem. Ein Grund für dieses diffuse Bild ist die Fremdartigkeit des Landes. Kaum einer war je dort, kaum einer versteht die Sprache, kaum jemand ist mit der Geschichte des Landes und seiner Kultur vertraut.

Es gibt Dinge, von denen wir glauben, sie sicher zu wissen – zum Beispiel, dass Johannes Gutenberg den Buchdruck erfunden habe und Christoph Kolumbus der größte Seefahrer aller Zeiten gewesen sei. Die wahren Erfinder des Buchdrucks aber sind die Chinesen (die bereits im 9. Jahrhundert n. Chr. so weit waren) und der bedeutendste Seefahrer wohl aber ein Chinese namens Zheng He, der ein paar Jahrzehnte vor Kolumbus mit einer deutlich eindrucksvolleren Flotte über die Weltmeere segelte.

Diese weit verbreiteten Irrtümer sind symptomatisch für unser einseitiges Geschichtsbild. Im Geschichtsunterricht dozierten die Lehrer zwar stundenlang über das Altertum, in dem aber nur die dominierenden Ägypter, Griechen sowie Römer lebten und herrschten. Dass es im fernen Osten zur selben Zeit eine andere Hochkultur gab, wird verschwiegen – nicht aus Absicht, eher aus Ignoranz. Wenn die Asiaten mal im Geschichtsunterricht vorkamen, dann nur in Form barbarischer Mongolenstämme unter Führung des berühmten Dschingis-Khan-Clans, der es anno 1241 bis nach Mitteleuropa schaffte, dann urplötzlich wieder abdrehte und Europa verschonte.

Wer weiß denn schon, dass China die älteste und einzige Hochkultur ist, die in den vergangenen Jahrhunderten nicht unterging oder zu einem unbedeutenden Staat zusammenschrankte wie Ägypten oder Griechenland? Rund 5.000 Jahre – die Gelehrten streiten über die exakte Dauer – besteht inzwischen die chinesische Kultur. Das muss man wissen, wenn man den Stolz und manchmal auch den überbordenden Nationalismus der Chinesen verstehen will. Man sollte auch wissen, dass fast alle westlichen Mächte und Japan das Land über hundert Jahre gedemütigt und in seinem kollektiven Stolz tief verletzt haben. Nur so lassen sich viele außenpolitische Ressentiments der Chinesen von heute erklären. Und man sollte wissen, dass China vor ein paar Jahrhunderten die technologisch fortschrittlichste Nation der Welt war. Dann kann man verstehen, dass das heutige China den Willen und das Zeug dazu hat, diesen Status von einst wieder zu erreichen.

Wolfgang Him: Herausforderung China. Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2005, S. 14 f.

B 2 Chinesischer Lehrmeister



Historische Darstellung von Konfuzius (551–479 v. Chr.).

Der Konfuzianismus ist eine der ältesten weltanschaulichen Traditionen Chinas. Er lehrt an erster Stelle die Achtung vor den alten Menschen und den Vorfahren, die Achtung der Kinder gegenüber ihren Eltern – dies ist überhaupt die höchste Tugend –, aber auch die Achtung vor den Menschen im Allgemeinen, Höflichkeit, Moral, Gehorsam gegenüber dem Staat.

Sein Begründer, der 551 v. Chr. geborene Philosoph Konfuzius, predigte die soziale Harmonie unter den Menschen, betonte den Wert von Studium und Kenntnissen von Ehrlichkeit und Großherzigkeit. Er empfahl die Herrscher aufgrund ihrer Leistungen auszusuchen und verlangte von diesen, ihr Amt mit Pflichteifer und Tugendhaftigkeit auszuüben.

Jean-François Susbielle: China – USA. Der programmierte Krieg, Propyläen, Berlin 2007, S. 100 f.

B 3 Konfuzianismus – die chinesische Staatslehre

Aus einem Interview mit Altbundeskanzler Helmut Schmidt:

Was macht den Konfuzianismus aus?

An der Spitze steht wohl das Bewusstsein von der Notwendigkeit von Harmonie anstelle von Konfrontation. In europäisches Aufklärungsdeutsch übertragen heißt das: Bereitschaft zum Kompromiss. Ein anderes, wichtiges Prinzip ist die Überzeugung von der Erziehbarkeit des Menschen. Ein weiteres Element ist der Respekt für Hierarchie; der passt wunderbar in die heutige chinesische Landschaft. Dass Hierarchien keine kommunistische, sondern eine konfuzianische Erfindung sind, ist vielen Chinesen nicht bewusst. Im Marxismus gibt es eigentlich keinen Respekt vor Hierarchie, im Gegenteil: Wenn es im sowjetischen Kommunismus Respekt vor Hierarchie gab, dann war es in Wahrheit Untertanengehorsam – mit Knute und Maschinenpistole erzwungen. Natürlich hat es in China über Jahrtausende immer auch Untertanengehorsam gegeben.

Sie haben sich, seit Sie sich für China interessieren, eingehend mit dem Konfuzianismus beschäftigt. Worin

liegt für Sie die besondere Stärke dieser fast zwei Jahrtausende alten Tradition?

Etwa vor 2.100 Jahren wurde der Konfuzianismus als Staatslehre eingeführt. Sein Kern ist das zentrale Prüfungssystem, das allerdings erst in der Sung-Zeit, also etwa 960 n. Chr., verbindlich wurde. Es bestand aus einer Vielzahl von Rangklassen, in die man aufsteigen konnte, und galt im Grunde ununterbrochen bis Anfang des 20. Jahrhunderts. Noch heute klingt das System in den zentralen Prüfungen zur Aufnahme in die Universität nach. Die besondere Stärke des Konfuzianismus liegt für mich darin, dass die unbedingte Betonung von Bildung, Ausbildung und Prüfung ohne Rücksicht auf Herkunft des einzelnen Menschen funktioniert hat, das heißt man musste nicht in eine Klasse oder Kaste hineingeboren werden, um Mandarin oder hoher Beamter werden zu können.

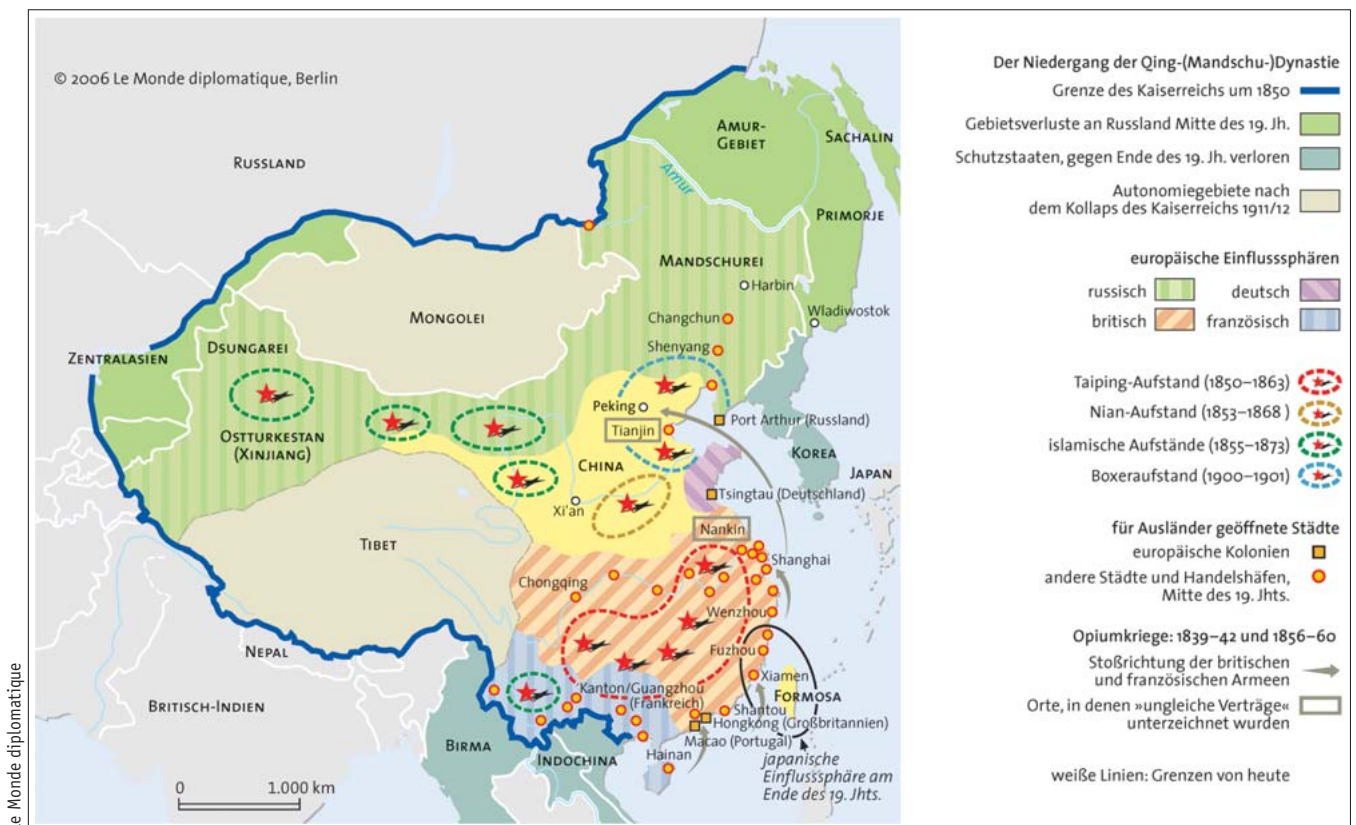
Helmut Schmidt: Nachbar China – Helmut Schmidt im Gespräch mit Frank Sieren, Ullstein, Berlin 2006, S. 257 f.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 1–B 3

- ▶ Lege die in Europa vorherrschende Meinung dar, wie sie gegenüber China verbreitet besteht. Wie verhält es sich tatsächlich mit der chinesischen Geschichte und Kultur (B 1)?
- ▶ Fasse die Weltanschauung des chinesischen Lehrmeisters Konfuzius zusammen (B 2).
- ▶ Stelle die Prinzipien des Konfuzianismus vor, die nach Auffassung von Altbundeskanzler Helmut Schmidt von besonderer Bedeutung sind (B 3).

- ▶ Beschreibe die Bedeutung, welche die Weltanschauung des Konfuzius für die Entwicklung der Gesellschaft in China haben kann. Welche Konsequenzen lassen sich hieraus für die Entwicklung unserer eigenen Gesellschaft möglicherweise ableiten?

B 4 Das 19. Jahrhundert in China: Das Jahrhundert der Demütigungen



Ihr habt Tee, wir haben Opium. Es war ein seltsames Tauschgeschäft, das die Engländer den Chinesen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts anboten. Die Engländer wollten unbedingt Tee in China kaufen, waren aber noch nicht bereit, in Silber und indischer Baumwolle zu zahlen, sondern mit Opium, das die britische Kolonialverwaltung in Indien anbauen ließ. Einige Jahre machten die Chinesen diesen Tauschhandel mit. Doch der Konsum der Droge breitete sich immer mehr aus und machte den Außenhandel und Teile der Bevölkerung abhängig. China musste immer größere Mengen seines Silbers für das Opium hergeben. Rund sechs Millionen Chinesen rauchten in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts Opium und wurden süchtig. 1838 beschloss die chinesische Regierung, diesem Treiben nicht länger zuzuschauen und startete eine Anti-Opium-Kampagne.

Geleitet wurde sie von Lin Zexu, einem der erfahrensten Beamten des Reiches. Er reiste nach Guangzhou, dem Zentrum des Opiumhandels, ließ britische Händler verhaften und zwang sie im Juni 1839 zur Herausgabe ihrer Opiumvorräte. Widerwillig gaben die Händler nach. Demonstrativ ließ Lin 20.000 Kisten Opium verbrennen – eine ungeheure Provokation für die Engländer und der Startschuss zum ersten Opiumkrieg: Die Briten – damals auf dem Höhepunkt ihrer imperialen Macht – schickten eine Seestreitmacht mit 4.000 Soldaten nach Fernost. Sie erreichte im Juni 1840 Guangzhou. Es kam zu Gefechten entlang der chinesischen Küste bis vor die Tore Beijings. Das chinesische Militär hatte den überlegenen Briten wenig entgegenzusetzen und musste kapitulieren.

Ende August 1842 wurde der Friedensvertrag von Nanjing unterschrieben – »die wichtigste vertragliche Regelung in der modernen Geschichte Chinas«, wie Jonatan Spence in seinem Meisterwerk »Chinas Weg in die Moderne« urteilt. China musste fünf Häfen (Guangzhou, Xiamen, Fuzhou, Ningbo und Shanghai) für die Briten öffnen. Außerdem bekam Großbritannien die kleine Insel Hongkong. Mit dem Vertrag von Nanjing begann für China ein »Jahrhundert der Demütigungen«, wie es der Hamburger China-Experte Oskar Weggel bezeichnete.

Über hundert Jahre bis zum Ende des Chinesisch-Japanischen Krieges 1945 musste sich das einst so stolze China immer wieder fremden Mächten beugen. Im Gefolge des verlorenen Opiumkrieges und der deutlich gewordenen militärischen Schwäche Chinas setzten sich auch die anderen Europäer, die Amerikaner und die Japaner an Chinas Küste fest. Selbst die Deutschen mischten phasenweise mit und nahmen Anfang des 20. Jahrhunderts die Hafenstadt Qingdao ein.

Wolfgang Hirn: Herausforderung China. Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2005, S. 24 f.

B 5 Beute auswärtiger Mächte



picture-alliance/akg-images

»Ein Spuk am hellen, lichten Tage«: Eine Karikatur auf dem Titelblatt der Satirezeitschrift »Der Wahre Jacob« aus dem Jahr 1900. Thematisiert wird das Eingreifen der europäischen Mächte in China.

Beschreibe die Karikatur auf dem Titelblatt des »Wahren Jacob«. Gehe dabei insbesondere auf die dort dargestellten Personen ein. Welche Nation repräsentieren die Personen jeweils?

Ziehe die Karte zu den Besatzungsmächten im China des 19. Jahrhunderts heran (B 4). In welcher Weise lässt sich die Karikatur im »Wahren Jacob« mit den Darstellungen auf der Karte in Beziehung setzen?

Führe im Einzelnen an, welche europäische Nation jeweils welches Gebiet in China unter ihrer Kontrolle und besetzt hielt.

Formuliere die politische Aussage, die der Karikaturist des »Wahren Jacob« mit diesem Titelblatt wohl zum Ausdruck bringen wollte.

B 6 Die »Hunnenrede« Kaiser Wilhelms II. (1900)

Die sogenannte Hunnenrede hielt Wilhelm II. am 27. Juli 1900 in Bremerhaven. Anlass war die Verabschiedung deutscher Truppen zur Niederschlagung des »Boxeraufstandes« im Kaiserreich China.

»Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen. Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung

und Märchen gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!«

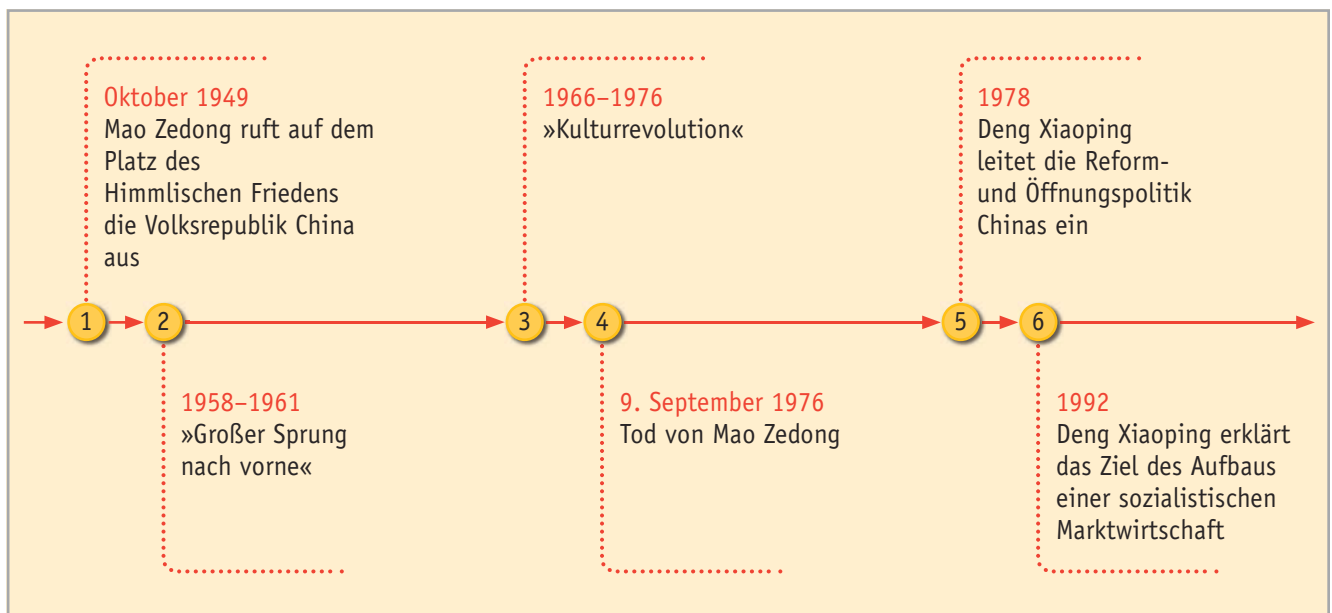
Dieses Zitat wurde im Ersten Weltkrieg häufig als Bestätigung für das als barbarisch geltende Verhalten der Deutschen herangezogen. In Großbritannien prägte die Rede den Begriff »the huns« für die Deutschen.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 4–B 6

- ▶ Weshalb kann man vom 19. Jahrhundert für China als vom Jahrhundert der Demütigungen sprechen?
- ▶ Bildet Gruppen und recherchiert zum Boxeraufstand und zu den Ereignissen in Tsingtau (z. B. unter www.dhm.de/ausstellungen/tsingtau/). Fasst Eure Ergebnisse zusammen und präsentiert sie in der Klasse.

- ▶ Beschreibe das Menschenbild, das Kaiser Wilhelm II. zur Verabschiedung deutscher Truppen im Hinblick auf die chinesische Bevölkerung kundtut. Welche Auffassung von der Stellung der eigenen deutschen Kultur kommt dabei zum Ausdruck (B 6)?

B 7 Von Mao zu Deng



ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 7

- Recherchiert die auf dem Zeitstrahl dargestellten historischen Ereignisse und verfasst hierzu jeweils einen kurzen Text.
- Ordnet die Fotos den jeweiligen Ereignissen zu und begründet Eure Entscheidung.
- Benennt die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die seit dem Tod Mao Zedongs in China eingetreten sind und für die Deng Xiaoping maßgeblich verantwortlich zeichnet.

B 8 Die »Harmonische Gesellschaft«

Ihren Höhepunkt erreichte die diesjährige Galashow im chinesischen Staatsfernsehen zum 1. Mai erst am Schluss: Da fuhr ein rotes Schiff namens »Harmonie« auf die Bühne an der Baustelle des Pekinger Olympiastadions, und ein vielstimmiger Chor aus Wanderarbeitern und Vertretern der nationalen Minderheiten sang gemeinsam: »Das Wort »Harmonie« sitzt tief in unseren Herzen.« Es verbinde Himmel und Erde, verbreite sich auf der ganzen Welt und schaffe China ein neues Zuhause. Damit war die Vorrangstellung, die das Motto von der »Harmonischen Gesellschaft« (Hexie Shehui) seit dem Amtsantritt des Staatspräsidenten Hu Jintao im propagandistischen Sprachgebrauch innehat, wieder einmal eindrucksvoll unterstrichen. (...)

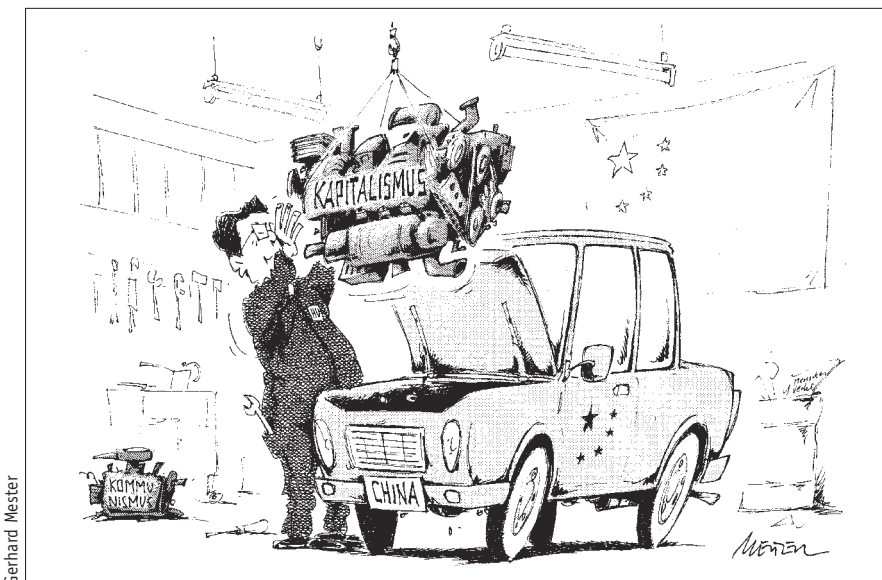
Man würde diesen ideologischen Sprachgebrauch gründlich unterschätzen, würde man ihn bloß für eine Marketingparole halten, mit dem die Regierung ihre Politik mehr oder minder geschickt verkauft. Er ist zugleich eine Interpretation und neue Grundlegung dieser Politik, unter dessen Schirm sich durchaus verschiedene Zwecke versammeln. Innenpolitisch beschreibt er nicht nur die angestrebten Sozialreformen, sondern vor allem die Erhaltung der »Stabilität«, also die Kontrolle der Öffentlichkeit. Außenpolitisch bedeutet das

von chinesischen Diplomaten ins Spiel gebrachte Stichwort »harmonische Weltordnung« neben friedlichem Interessenausgleich die Verteidigung der Multipolarität, also die Ablehnung jeder »Einmischung in innere Angelegenheiten«, etwa, was Menschenrechte betrifft.

Doch hinter diesem vermeintlichen Mischmasch steckt ein gemeinsamer Nenner. Es ist die Frage, wie mit der Vielfalt umzugehen sei, die für das kommunistische China etwas Neues ist, wie Differenz und Status quo unter einen Hut zu bringen sind. Deng Xiaoping hatte die Genossen noch frohgemut ermuntern können, keine Angst vor immer weiteren marktwirtschaftlichen Öffnungen zu haben, solange sie dabei die politische Macht in der Hand behielten. Doch Hu Jintao hat wiederholt die Sorge geäußert, dass die Ausdifferenzierung, wenn man sie sich selbst überlässt, am Ende auch für die politische Macht ein Problem sein kann.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Mai 2007
(Mark Siemons)*

B 9 Der »kleine Motor« hat ausgedient ...



ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 8–B 9

- ▶ Beschreibe, was mit der Ideologie von der »harmonischen Gesellschaft« (B 8) in China gemeint ist.
- ▶ Wodurch soll sich die »Harmonie« nach außen hin auszeichnen?
- ▶ Führe die politische Funktion aus, die der Weltanschauung von der »harmonischen Gesellschaft« für die innenpolitische Entwicklung der Volksrepublik China zugeschrieben wird.
- ▶ Lege dar, auf welchen Wechsel der Karikaturist in B 9 anspielt. Wodurch unterscheiden sich die beiden Motoren?
- ▶ Gelingt nach Auffassung des Karikaturisten der Umbau?

C • Vorankommen um jeden Preis? – Wirtschaft, Wachstum, Umwelt

Materialien C 1–C 20

C 1 China: Impressionen



ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 1

- ▶ Bildet Gruppen von drei Schülerinnen bzw. Schülern. Jede Gruppe wählt ein Foto aus. Betrachtet das Foto unter folgenden Aspekten: Was ist auf dem Foto dargestellt? Was fällt Euch spontan dazu ein?
- ▶ Formuliert zu jedem Foto eine kurze Beschreibung und einen Titel. Ordnet dabei die Fotos in einen größeren politi-

schen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zusammenhang ein.

- ▶ Setzt einzelne Fotos miteinander in Beziehung und begründet in einem kurzen Text Eure Auswahl.

C 2 China, die USA und die EU im Vergleich

	China (2005)	USA (2005)	EU 27 (2005)
Fläche	9.572.419 qkm	9.809.155 qkm	4.330.402 qkm
Bevölkerung	1.311,9 Mio.	296,4 Mio.	492,9 Mio.
Bevölkerungsdichte	137 Einw./qkm	30 Einw./qkm	114 Einw./qkm
Bevölkerungswachstum	0,6 %	1,0 %	0,4 %
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	ca. 2.234 Mrd. US \$	ca. 12.417 Mrd. US \$	ca. 13.150 Mrd. US \$
realer Zuwachs (2004/05)	10,2 %	3,2 %	3,0 %
BIP pro Kopf	ca. 1.700 US \$	ca. 44.800 US \$	ca. 29.500 US \$
Anteil BIP			
Landwirtschaft	13,0 %	1,3 %	2,0 %
Industrie	48,0 %	22,0 %	26,3 %
Dienstleistungen	40,0 %	77,0 %	71,6 %
Anteil Erwerbstätige			
Landwirtschaft	44,0 %	1,6 %	6,0 %
Industrie	18,0 %	21,0 %	25,1 %
Dienstleistungen	16,0 %	78,0 %	68,8 %
Import (2006)	ca. 792 Mrd. US \$	ca. 1.920 Mrd. US \$	ca. 1.410 Mrd. US \$
Export (2006)	ca. 969 Mrd. US \$	ca. 1.037 Mrd. US \$	ca. 1.260 Mrd. US \$

C 3 Made in China

Der schnelle Aufstieg Chinas zur Wirtschaftssupermacht ist vielen unheimlich: Den Industriestaaten des Westens, weil sie um ihre Arbeitsplätze fürchten, den Politikern, weil sich die Kräfteverhältnisse auf dem Globus verschieben – und nicht zuletzt den Ökonomen, weil sie vor einem Rätsel stehen. Ihre Theorien nämlich beruhen auf der Erkenntnis, dass allein die Kräfte des Markts die Wirtschaft vorantreiben. Der Staat hat nur dafür zu sorgen, dass der Wettbewerb funktioniert und niemand seine Marktmacht unzulässig missbraucht. Der Fall des Eisernen Vorhangs dient ihnen als Beweis für diese These: Die Planwirtschaft in den Ostblockländern hatte versagt, sie hatte statt Wohlstand Armut geschaffen und industrielle Wüsten hinterlassen. Doch China blüht. Mit einer Mischung aus Planwirtschaft und entfesseltem Kapitalismus, wie sie in keinem Lehrbuch steht, rollt das Land die Weltmärkte auf und erzielt Jahr für Jahr zweistellige Wachstumsraten.

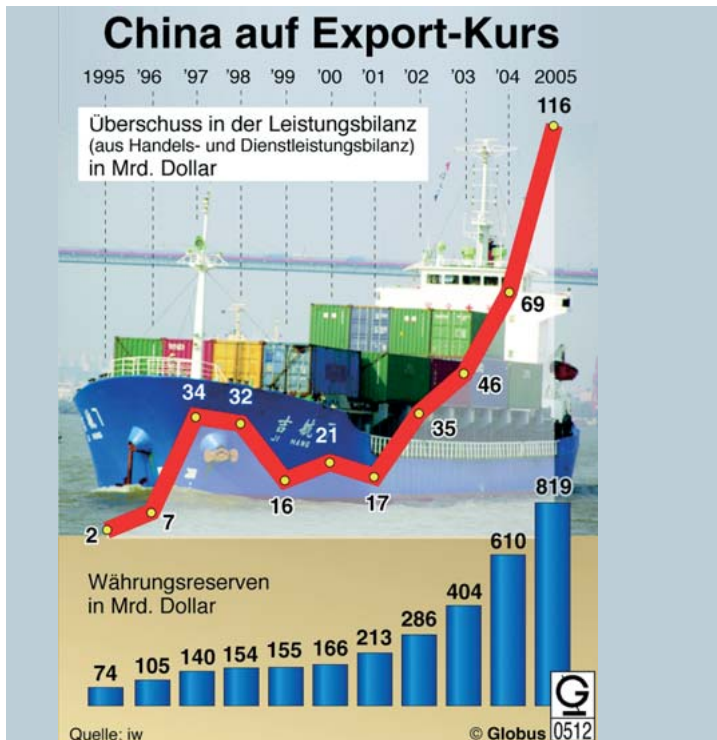
Hu und seiner roten Vorstandsriege scheint einfach alles zu gelingen: Über eine Billion US-Dollar an Devisenreserven haben sie mit ihrer riesigen Billigfabrik bereits angehäuft. Über das Schicksal der wichtigsten Währung der Welt wird damit theoretisch nicht mehr allein von der kapitalistischen

Supermacht Amerika entschieden, sondern auch von der kommunistischen Volksrepublik China.

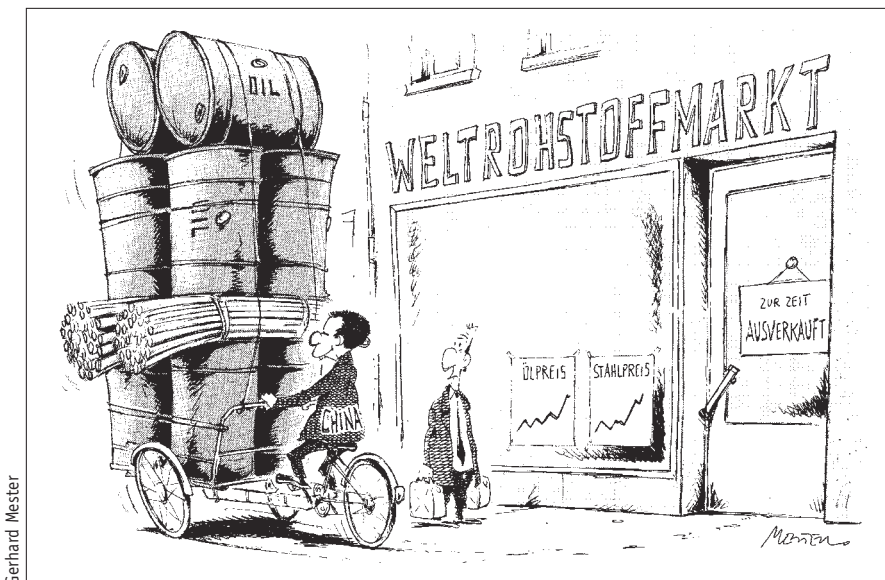
Im Jahr 2005 überholte sie wie nebenbei mal so eben Frankreich und Großbritannien und sprang auf Platz vier der größten Volkswirtschaften. Denn die roten Bosse kamen endlich einmal dazu, ihre Statistik zu vervollständigen: Vor lauter Wachstum hatten sie vergessen, einen großen Teil ihres riesigen Dienstleistungssektors mitzuberechnen. »Noch nie«, staunt der US-Sinologe Roderick MacFarquhar, »ist so viel Wohlstand von so vielen Menschen in so kurzer Zeit geschaffen worden.« Und wenn China weiter so wächst, wird es schon in zwei Jahren Deutschland von Platz drei verdrängen und irgendwann womöglich auch die USA. Schon 2005 war China zweitgrößter Lieferant der USA, (...) und die Strategen in Peking planen weiter. Sie wollen die Welt nicht nur mit Billigwaren wie T-Shirts und DVD-Playern beglücken, sondern verstärkt auch mit Hightech.

Der SPIEGEL vom 15. Januar 2007 (Andreas Lorenz und Wieland Wagner)

C 4 Wirtschaftspartner China



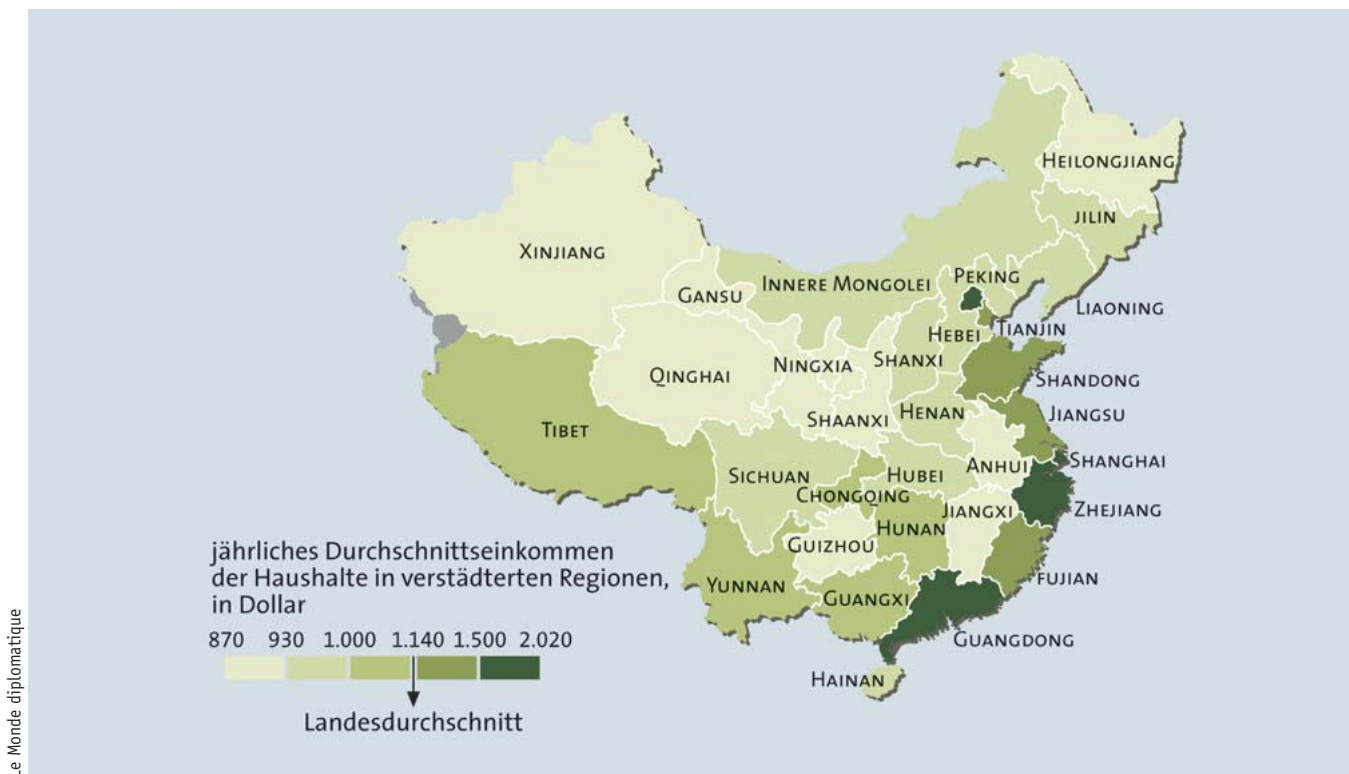
C 5 Auf globaler Einkaufstour



ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 2 – C 5

- ▶ Beschreibe die wirtschaftliche Entwicklung Chinas in den letzten beiden Jahrzehnten (C 4). Welche Auswirkungen zeitigt diese für andere Staaten?
- ▶ Definiere die Begriffe »Leistungsbilanz« und »Währungsreserven« (C 4).
- ▶ Welche Auswirkungen hat die Entwicklung der Leistungsbilanz für China und für andere Staaten?
- ▶ Lege den deutschen Außenhandel mit China dar. Welche ökonomischen Konsequenzen ergeben sich daraus möglicherweise für Deutschland?
- ▶ Fasse die in der Karikatur zum Ausdruck gebrachte Auffassung zusammen. Welche Auswirkungen könnte die darin vorgestellte Entwicklung für Deutschland haben?

C 6 Einkommensunterschiede



C 7 An Mao denken

Heute ist China weder sozialistisch noch Marktwirtschaft. Doch das Land wird in wenigen Monaten an Deutschland vorbeiziehen und zur drittgrößten Volkswirtschaft der Erde aufrücken. Alles begann mit Deng Xiaoping, dem großen Wirtschaftsreformer, und es gibt viele Formeln und Zitate von ihm, die heute nicht nur den Chinesen ein Begriff sind. Doch Deng irrte. »Einige werden schneller reich werden als andere«, lautet einer seiner berühmtesten Sätze.

Deng ging davon aus, dass mittelfristig alle Bevölkerungsgruppen am wachsenden Wohlstand teilhaben werden. Doch eine Studie der asiatischen Entwicklungsbank kam gerade zu einem gegenteiligen Ergebnis: Außer in Nepal wächst die wirtschaftliche Ungleichheit in keinem anderen asiatischen Land schneller als in China. Denn die sprunghaft ansteigenden Investitionen konzentrieren sich vor allem auf die boomenden Küstenstädte im Zentrum. Und dort verbessern sich auch Ausbildungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung und Wohnsituation der Menschen.

Im weiten chinesischen Hinterland hat sich für die Menschen jedoch nicht viel verändert. Dafür sind neue Probleme hinzugekommen: Seit dem Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation WTO konkurrieren chinesische Gemüsebauern jetzt mit den Agrarfabriken aus den USA und Australien. Auch die chinesische Regierung hat das Problem erkannt – man spricht in Peking heute häufiger über die gesellschaftliche Harmonie und die Entwicklung Westchinas. Doch passiert ist bisher zu wenig.

Chinas größtes Problem liegt im Hinterland und in der wachsenden Benachteiligung der Menschen. 700 Millionen Bauern sind enttäuscht. Die Zahl der gewalttätigen Aufstände wächst schneller als die Wirtschaftsleistung. Maos Revolution war erfolgreich, weil er wusste, dass China nur mit Unterstützung der Landbevölkerung regiert werden kann. Wenn Chinas Kommunistische Partei an der Macht bleiben will, sollte sie an Mao denken – und weniger an Deng Xiaoping.

*Süddeutsche Zeitung vom 11. August 2007
(Janis Vougioukas)*

C 8 Stadt und Land



picture-alliance/maxppp



picture-alliance/maxppp



picture-alliance/akg-images



picture-alliance/dpa

C 9 Soziale Unruhen: Die Lunte glimmt

Die Verlierer der Reformen melden sich in den letzten Jahren immer mehr zu Wort. Soziale Unruhen und Proteste steigen in China seit Jahren sprunghaft an. Im Jahre 1992 wurden 8.700 Zwischenfälle gemeldet. Sieben Jahre später waren es 32.000. Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit meldete 58.000 Zwischenfälle 2003, die wiederum auf 74.000 im Jahre 2004 und auf 87.000 im Jahre 2005 anstiegen. Erfahrungsgemäß muss man davon ausgehen, dass solche Zahlen inoffiziell noch deutlich höher sein dürften.

Man darf nicht vergessen: Hierbei handelt es sich um Protestaktionen, die manchmal nur zwei oder drei Bauern umfassen, die ihrer Unzufriedenheit über Entscheidungen lokaler Kader lautstark Luft machen. Entsprechend kritisiert der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao illegale

Enteignungen von Land und unangemessene Entschädigungen als wesentliche Anlässe für den Unmut der Bauern. In der ländlichen Stabilität liege der »Schlüssel für nationale Erneuerung und langfristige Stabilität«. In Südchina haben die Zwischenfälle mittlerweile schon beträchtliche Ausmaße angenommen – in einem Fall eröffnete die Polizei sogar Feuer auf verärgerte Dorfbewohner. Drei Menschen starben. Solche Fälle häufen sich. Und diejenigen, die überlebten, werden sich kaum durch Einzelmaßnahmen zufriedenstellen lassen.

Eberhard Sandschneider: Globale Rivalen. Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens, Hanser Verlag, München 2007, S. 85

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 6–C 9

- ▶ Erläutere die Konsequenzen, welche die Einführung der Marktwirtschaft in China für die Entwicklung der Gesellschaft hat (C 7). Welche Gefahr erwächst hieraus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?
- ▶ Setze die Fotos miteinander in Beziehung. Welche Rückschlüsse lassen sich daraus ziehen?

- ▶ Beschreibe die Konsequenzen von Chinas wirtschaftlichem Aufschwung für die dortige Landbevölkerung.
- ▶ Überlege und formuliere Maßnahmen, durch die künftig soziale Unruhen verhindert werden könnten.

C 10 Schuften für einen Hungerlohn



picture-alliance/dpa

Wanderarbeiter in Peking: Zu dritt teilen sich diese Männer ein Zimmer.



picture-alliance/dpa

Wanderarbeiter beim körperlich anstrengenden Kohlen-schaufeln in Peking.

Helden sehen anders aus. Die Militäruniform alt und abgerissen. Die Schuhe dreckig. Das Haar strähnig und verstaubt. Und doch – die Auszeichnung zum Modellarbeiter, dem Adelstitel des sozialistischen Chinas, hätte sich Bian Rubuo, 21, verdient. Täglich zwölf, 13 Stunden arbeitet er auf dem Bau. Hämmert, klopft, stemmt und schleppt. Hangelt sich an wackeligen Bambusgerüsten rauf und runter. Schläft mit zehn, zwölf Männern im Saal eines heruntergekommenen Wohnheims. Ein paar Klos, ein Wasserhahn, keine Duscmöglichkeiten. »Freie Tage gibt es nicht. Ich bekomme Kost und Logis und einmal im Monat meinen Lohn, 100 Renminbi.«

Das sind umgerechnet 10 Euro und auch in Peking nicht viel mehr als ein Taschengeld. So viel kostet ein Abendessen für zwei Personen in einem besseren Restaurant. Bian Rubuo befindet sich damit am unteren Ende der Lohnskala: Junge Wanderarbeiter verdienen in Peking um die 20 Renminbi pro Tag, ältere und erfahrene je nach Tätigkeit um einiges mehr. Doch immerhin macht Bian Rubuo Bares und hat monatlich so viel Geld wie einige der ärmsten Bauernfamilien im ganzen Jahr – sie leben von Subsistenzwirtschaft. »In meiner Familie sind wir 13«, erzählt Bian Rubuo, der aus dem Dorf Xijiang in der Provinz Henan stammt. Alle lebten sie

dort von einer Parzelle von einem Quadratkilometer. Weizen, Mais und Sorghum. »Als ich 20 wurde«, sagt Rubuo, »habe ich mich entschlossen, in die Stadt zu gehen.«

Seit den Achtzigern strömen die Wanderarbeiter in Chinas Städte. Sie sind Teil einer umfassenderen Urbanisierung. Derzeit leben nur 20 bis 30 Prozent der Chinesen in den Städten, in wenigen Jahren werden es 50 Prozent sein. Die meisten der Wanderarbeiter sind Männer, doch auch Frauen und ganze Familien machen sich auf den Weg in die Städte. Sie sind Teil des Erfolgsrezeptes der chinesischen Wirtschaft: Billige und anspruchslose Arbeitskräfte.

Im Bausektor sind von insgesamt 38 Millionen Beschäftigten 30 Millionen Wanderarbeiter. Doch sie sehen wenig von den Segnungen des chinesischen Wirtschaftswunders. Ihr Lohn ist niedrig, die Arbeitszeiten richten sich selten nach gesetzlichen Standards. Oft ist ihre Arbeit gefährlich, soziale Absicherung meist nicht vorhanden: Wer einen Unfall hat, hat Pech gehabt. Auch Bian Rubuo weiß nicht genau, ob sein Chef eine Krankenversicherung für ihn abgeschlossen hat.

*Süddeutsche Zeitung vom 18. Dezember 2004
(Angela Köckritz)*

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 10

- ▶ Lege die Motivation von Wanderarbeitern in China dar, in den Städten Arbeit zu suchen.
- ▶ Recherchiere die Arbeits- und Lebenssituation von Wanderarbeitern in China bei der Menschenrechtsorganisation amnesty international (www2.amnesty.de).
- ▶ Gehe dabei auch auf die rechtliche Situation der Wanderarbeiter ein. Welche Konsequenzen hat es für sie, wenn sie illegal arbeiten und illegal in der Stadt leben müssen?
- ▶ Verfasse einen Brief aus der Perspektive Bian Rubuos an seine Eltern, die auf dem Land wohnen. Gehe dabei insbesondere auf seine Situation bei der Arbeit und auf seine Wohnsituation ein.

C 11 Die Kehrseite des Booms



picture-alliance/dpa



picture-alliance/dpa



picture-alliance/dpa



picture-alliance/dpa

C 12 Umweltprobleme in China



C 13 Wird China am Aufstieg ersticken?



picture-alliance/dpa

Kraftwerk in der Inneren Mongolei in China.

Sein rasanter Aufstieg zur drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt in nur drei Jahrzehnten hat China in großen Teilen verwüstet. 23 Prozent der 1,3 Milliarden Chinesen besitzen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser; nur ein Prozent der 560 Millionen Stadtbewohner atmet Luft, die nach den Grenzwerten der Europäischen Union verträglich ist. 20 der 30 Städte mit der höchsten Luftverpestung weltweit liegen nach Auskunft der Weltbank in China. Und die Vergiftung der Luft macht – wie auch sollte sie? – nicht an den Landesgrenzen halt: Nach einer Prognose der internationalen Energieagentur wird China Ende 2007 die USA als größten Produzenten jener Treibhausgase abgelöst haben, die für die Klimaerwärmung verantwortlich gemacht werden.

Und all das, obwohl Premierminister Wen Jiabao und Parteichef Hu Jintao, im Amt seit 2002, den Schutz der Umwelt zur Chefsache erhoben haben. Und jeder Gouverneur, jeder Bürgermeister, so heißt es, soll fortan nicht nur über den ökonomischen, sondern auch über den ökologischen Fortschritt Rechenschaft ablegen. Sein Land, behauptete Wen Jiabao beim Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel im August 2007, werde »nicht den Fehler wiederholen, erst zu verschmutzen und dann zu sanieren«. Es hat diesen Fehler längst begangen. Und anders als die Gesellschaften in Europa, den USA und Japan, die sich dem Umweltschutz zuwenden konnten, nachdem sie es zu Wohlstand gebracht hatten, droht China an den Nebenwirkungen der Industrialisierung zu ersticken, noch bevor es einen vergleichbaren Lebensstandard nur annähernd erreicht hat.

Nicht die Sonderwirtschaftszonen, nicht das blühende Shanghai oder das für die Olympischen Spiele 2008 präparierte Beijing sind der Gradmesser für Chinas allgemeinen Zustand, sondern eben eine Provinzstadt wie Wuhai ist es. Mit Wirkung allerdings bis Beijing. (...)

Wegen des ungebremsen Ausbaus seiner Schwerindustrie mit veralteten Anlagen verbraucht China mittlerweile dreimal so viel Energie in Relation zur Wirtschaftsleistung wie der Rest der Welt – und fast achtmal so viel wie Deutschland.

Besonders die Auswirkungen der Kohle-Bonanza mitsamt ihren Emissionen an Kohlen-, Schwefel- und Stickstoffdioxid, selbst Quecksilber, auf Gesundheit und Umwelt sind verheerend. (...)

Als krebserregender Feinstaub erreichen die kontaminierten Partikel nach rund einer Woche sogar die USA. Forscher dort haben gemessen, dass an manchen Tagen ein Viertel der Verunreinigungen in der Luft über Los Angeles aus China stammt. Saurer Regen, den Schwefelemissionen und Asche aus chinesischen Kraftwerken verursachen, geht auch in Japan und Korea nieder. Und in China selbst verseucht er fast ein Viertel des gesamten Landes.

Gemäß den Normen der Europäischen Union sind mehr als 40 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft schädlich für die Gesundheit. In Beijing liegt die Belastung bei durchschnittlich 140 Mikrogramm. Krankheiten wie Lungenkrebs und Herz-Kreislauf-Beschwerden haben in China deshalb massiv zugenommen. Nach gemeinsamen Berechnungen von Weltbank und dem chinesischen Umwelt- sowie dem chinesischen Gesundheitsministerium sterben jährlich rund 650.000 Chinesen »vorzeitig« an den Folgen der Luftverschmutzung und weitere 60.000 an verunreinigtem Wasser. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt die Zahl der »Umwelt«-Toten sogar auf etwa 750.000 pro Jahr. Diese Zahlen haben die chinesischen Auftraggeber der Erhebungen aufgeschreckt. Nur in die falsche Richtung. Im Juni 2007 setzten sie bei der Weltbank die Streichung der Todesstatistik durch. Als Grund für die Zensur nennen Wissenschaftler, die an den Studien teilgenommen haben, aber anonym bleiben wollen, »dass die Zahlen soziale Unruhen auslösen könnten«.

Eine realistische Befürchtung: Denn immer häufiger kommt es im Land zu Protesten. Es sind viele kleine Brandherde, welche die politische Stabilität im Land gefährden. Und die sich zu einem Flächenbrand ausweiten könnten – mit einer ähnlichen Kraft wie der Protest der Studenten gegen Korruption und Vetternwirtschaft auf dem Tiananmen-Platz im Jahre 1989. Heikel für das Regime ist das Aufbegehren gegen die Umweltverschmutzung besonders deshalb, weil Chinas kommunistische Partei ihre Diktatur nicht mehr ideologisch legitimiert, sondern über ein Wirtschaftswachstum, das beruhigen soll. Das chinesische Volk, so analysieren Politikwissenschaftler die Situation, wird so lange auf Mitsprache verzichten, wie seine Regierung das Versprechen einhalten kann, der Wohlstand werde weiter wachsen. Bricht der Aufschwung ab, und sei es durch Umweltschutzauflagen, muss die Partei die Aufstände all jener befürchten, die bislang zu kurz gekommen sind, allen voran der vermutlich 200 Millionen Wanderarbeiter, die zwischen ihren Dörfern und Industriezentren wie Shenzhen, Shanghai oder Wuhai pendeln. Gegen deren potenzielle Verzweigung setzt die Partei den Wirtschaftsboom und heizt ihn an: Mit billiger Energie.

GEO vom November 2007, S. 120–138 (Tilman Wörtz)

C 14 Made in China – Umweltverschmutzung weltweit

Je energischer sich das 1,3-Milliarden-Volk mit Hilfe oftmals heillos veralteter Industrieanlagen aus der Armut zu befreien sucht, je mehr Verbraucher es in allen Ländern mit billigen Waren versorgt, desto höher wird der Preis, den die Welt für das chinesische Wirtschaftswunder zu entrichten hat. Die Chinesen zerstören längst nicht mehr nur ihre eigene Umwelt. Global wie der Handel sind inzwischen auch die Schäden an der Natur.

Die Zusammenhänge sind nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Was zum Beispiel hat die Ausbreitung der Wüste in der Inneren Mongolei mit diesen heimeligen Kaschmirpullovern zu tun, die Kunden in Berlin oder Boston zu Schleuderpreisen kaufen? Jahrelang ließen hier chinesische Züchter Millionen Ziegen das Gras mitsamt den Wurzeln ausrupfen. Ohne Gras hält der Boden aber nicht, Erde und Sand fliegen davon, um die ganze Erde herum, und die Wüste breitet sich aus. Seit Anfang der 80er Jahre schrumpfte Chinas Grasland jedes Jahr um rund 15.000 qkm – eine Fläche so groß wie Schleswig-Holstein. (...) Feiner Sand aus China weht bis nach Europa und Kalifornien. Er ist mit Asche- und

Schadstoffpartikeln aus den rauchenden Industriegebieten in der Inneren Mongolei angereichert, wo sich zahllose Fabriken, Chemie- und Kraftwerke aneinanderreihen.

Am Gelben Fluss in Shizuishan in der Region Ningxia, am Rande der Inneren Mongolei, lässt sich das Ausmaß der Verschmutzung besonders markant erkennen. Grauschwarze Luftschichten verdunkeln die Sonne, schaffen eine Stimmung wie in einem Katastrophenfilm. Zwei Kraftwerke pumpen Aschereste in einen künstlichen See, der nur durch einen schmalen Damm vom Fluss getrennt ist. Der Wind weht die Aschepartikel in die Höhe, und dann beginnen sie ihre Reise um den Erdball. Nicht nur Sand, Staub und Asche pustet die Weltfabrik China in die Atmosphäre. Inzwischen emittieren die Fabriken und Kraftwerke mehr Schwefeldioxid (SO₂) und Kohlendioxid (CO₂) als Europa, obwohl die chinesische Wirtschaft erst ein Bruchteil der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der alten Industrieländer erbringt.

*Der SPIEGEL vom 22. Januar 2007
(Andreas Lorenz und Wieland Wagner)*

C 15 Das Riesenreich entdeckt den Umweltschutz

Nach mehr als zwei Jahrzehnten blinden und verschwenderischen Wachstums will die chinesische Führung in Peking den Schutz der natürlichen Ressourcen und ihren sparsamen Verbrauch zum alles entscheidenden Kriterium machen. Umweltfreundliches Handeln müsse »zur zweiten Natur jedes Unternehmens, jedes Dorfes, jeder Organisation und jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft werden«, so Regierungschef Wen Jiabao. Vor den Türen der Großen Halle des Volkes pfeift ein ungewöhnlich eisiger Wind über den Platz des Himmlischen Friedens. Der schwerste Schneesturm, den Nordwestchina seit mehr als einem halben Jahrhundert im März erlebt hat, fegt über die Region hinweg und unterbricht die Strom- und Wasserversorgung für Millionen. Experten warnen, dass der weltweite Klimawandel noch ganz andere Wetterextreme bringen wird. China selbst drohen heftige Regenfälle, schlimme Taifune, Dürre, Sandstürme und Wüstenbildung.

Wenn der weltweite Kampf gegen die Erderwärmung überhaupt Erfolg haben soll, müsse die viertgrößte Wirtschafts-

macht mitmachen, argumentieren westliche Experten und Politiker. Doch von den Verpflichtungen im Kyoto-Protokoll ist China als Entwicklungsland ausgenommen. Beharrlich lehnt China heute eine Begrenzung seiner Treibhausgase ab, weil es eine Verlangsamung seiner Entwicklung befürchtet. Zuerst seien die entwickelten Länder am Zuge, wird argumentiert. (...)

Doch schon aus Eigeninteresse räumt Chinas Regierungschef der Drosselung des Energieverbrauchs und dem Umweltschutz jetzt höchste Priorität ein. Die Umweltschäden in China sind mit schätzungsweise zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes so groß wie Chinas Wirtschaft jedes Jahr wächst. Die Luft in den Städten lässt sich nur schwer atmen. Das Wasser vieler Flüsse lässt sich nicht trinken. Viele Menschen erkranken an Krebs. In der Produktion wird in China dreimal so viel Energie wie im Weltdurchschnitt verbraucht.

dpa vom 5. März 2007

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 11–C 15

- ▶ Verfasse für die Fotos jeweils eine Bildunterschrift sowie eine erläuternde Bilderklärung (C 11).
- ▶ Fasse die wichtigsten Auswirkungen der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung für die Umwelt zusammen (C 13).
- ▶ Welche Konsequenzen hat diese Entwicklung für die Chinesen selbst und für die Bevölkerung in anderen Ländern?

- ▶ Führe Beispiele für die weltweiten Auswirkungen der chinesischen Umweltverschmutzung an (C 14).
- ▶ Erläutere die Konsequenzen, welche die chinesische Führung aus der zunehmenden Belastung der Umwelt zieht.
- ▶ Beurteile die Haltung der KP-Führung im Hinblick auf die Umweltbelastungen durch die wirtschaftliche Entwicklung.

C 16 Die Ware Sicherheit



picture-alliance/dpa
Spielzeugproduktion in China.

Gift im Tierfutter, schädliche Zusätze in der Zahnpasta, Bleifarbe in Spielzeugautos – Produkte aus China scheinen es in sich zu haben. Mattel, der größte Spielzeughersteller der Welt, hat allein in diesem Monat 20 Millionen Stück gefährlicher oder giftiger Spielwaren aus der Volksrepublik zurückgerufen. Jetzt fordern Verbraucherschützer in Brüssel, Berlin und Washington bessere Kontrollen und mehr Sicherheit für die Konsumenten importierter Waren. Aber wie sicher kann die Ware werden? Und wer sorgt eigentlich für Sicherheit? (...)

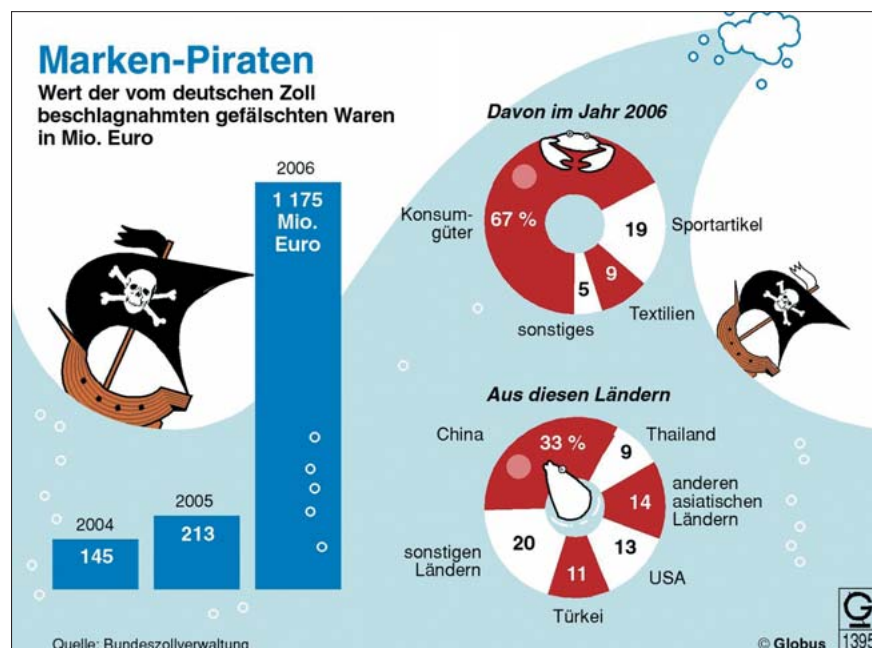
Dabei ist China ein besonderer Fall, schon allein wegen der schieren Größe und des ökonomischen Gewichts der Volksrepublik. Achtzig Prozent allen Spielzeugs in den USA kommen heute aus China. Dabei sind die Umgangsformen in

dem von der Kommunistischen Partei gesteuerten Kapitalismus besonders rau, die Rechte der Arbeiter sind begrenzt, die Arbeitssicherheit ist dürftig. Es ist daher sicher nicht abwegig zu vermuten, dass in diesem Klima die Durchsetzung strenger Produktstandards schwieriger ist als anderswo. Zumal Qualitätssicherung Geld kostet, was deren Vermeidung sehr attraktiv macht. Nach Informationen, die Mattel veröffentlichte, hat ein Zulieferer des Spielzeugherstellers in China ganz bewusst die billigere, bleihaltige Farbe verwendet, obwohl ihm teurere, ungiftige zur Verfügung gestanden hätte.

Doch wo auch immer etwas passiert sein mag, die Verantwortung gegenüber den Verbrauchern trägt in jedem Fall das Unternehmen, das die Waren verkauft. Mattel hat mit seiner Rückrufaktion die Verantwortung wahrgenommen. Das stärkste Disziplinierungsinstrument ist dabei der Wettbewerb. Den Verdacht, unsicheres Spielzeug zu verkaufen, kann ein Unternehmen nicht lange auf sich sitzen lassen. Es läuft sonst schnell Gefahr, vom Markt zu verschwinden. Auch für die Behörden in China dürfte der Fall Mattel heilsam sein. Die Verantwortlichen werden selbst ermessen können, was es bedeutet, wenn sich die Gleichung »chinesische Produktion bedeutet gefährliche Produktion« in den Köpfen von Millionen Verbrauchern weltweit festsetzt. China kann in die angestrebte Rolle als Wirtschaftssupermacht nur hineinwachsen, wenn seine Produkte auch in der Qualität wettbewerbsfähig werden. Hier trägt die Regierung in Peking die Verantwortung.

Süddeutsche Zeitung vom 18. August 2007 (Nikolaus Piper)

C 17 Fälschungen



Sie sind Piraten, doch entern sie keine Schiffe auf den sieben Weltmeeren – ihre Beute sind Marken und Produkte. Sie segeln unter falscher Flagge – statt der gewohnten Qualität, die sich mit einem Markennamen verbindet, überschwemmen sie unter dem bekannten Label den Markt mit billigen, meist qualitativ minderwertigen Kopien. Waren es am Anfang noch überwiegend Textilien und CDs (»Raubkopien«), so sind es jetzt zunehmend Konsumgüter, auf die es die kriminellen Fälscher abgesehen haben. Der deutsche Zoll stellte im Jahr 2006 Waren im Wert von rund 1,2 Milliarden Euro sicher – fast das Sechsfache des Vorjahreswertes. Ein Drittel der Fälschungen stammte aus China.

C 18 Im Schattenreich der Mitte

Alles wird in China gefälscht, und die Situation ist schlimmer, als man sie sich in Deutschland meist vorstellt. Vor einem Jahr wurde ein besonders dreister Fall bekannt: Da hatten Chinas Markenpiraten gleich eine ganze Firma geklont. Achtzehn Fabriken und Lagerhäuser wurden geschlossen, die alle unter dem Logo NEC auftraten, in Wirklichkeit jedoch nichts mit dem japanischen Elektronikhersteller zu tun hatten.

Es ging um weit mehr als nachgemachte Computerausrüstung. Eine ganze Firma mit Verkaufnetzwerk, Forschungsabteilungen, Fabrikgebäuden und offiziellen Büroniederlassungen war da entstanden und gab vor, Teil des NEC-Konzerns zu sein. In Japan bemerkte man den Schwindel durch Zufall, weil sich immer mehr Kunden meldeten und nach NEC-Produkten fragten, die in der Konzernzentrale gar nicht bekannt waren. Mehr als 50 verschiedene Produkte hatten die Fälscher unter dem Markennamen NEC hergestellt, darunter DVD-Player, Batterien, Mikrofone und MP3-Rekorder – insgesamt von überraschend guter Qualität, wie selbst NEC-Manager zugaben.

Auch deutsche Firmen klagen regelmäßig über den Schaden durch chinesische Marken- und Produktfälscher, egal ob es sich um Zahnräder, Deoroller, Medikamente, Ketten Sägen oder Autohersteller handelt. Doch der Eindruck, der in Deutschland entstanden ist, ist falsch: Zwar gibt es viele Produktfälscher in China. Aber es ist keineswegs so, dass die ganze Volksrepublik vereint daran arbeitet, deutsche Qualitätsmarken nachzubauen. Tatsächlich schadet die Kultur des Kopierens vor allem den Chinesen selbst. Hunderttausende sterben direkt oder indirekt an den Folgen von Plagiaten, vor allem durch gefälschte oder wirkungslose Medikamente und

verunreinigte Lebensmittel. Auch der wirtschaftliche Schaden ist immens. Nach Angaben der Pekinger Behörde zum Schutz des Geistigen Eigentums verfügen nur 0,03 Prozent der chinesischen Unternehmen über eine eigene Technologie oder Urheberrechte. 99 Prozent der Firmen haben noch nie ein Patent beantragt. Und fast zwei Drittel verfügen nicht über ein eingetragenes Markenzeichen. Denn aus Sicht vieler chinesischer Firmen lohnen sich Investitionen in Forschung, Entwicklung und Marketing nicht: Jedes erfolgreiche Produkt wird ohnehin sofort gefälscht, denn chinesische Markenfirmen trifft es ebenso wie ausländische. So bleibt Chinas Wirtschaft auf ewig der Billigheimer.

Zum Teil liegt das an einem fehlenden Bewusstsein für den Unterschied zwischen Original und Fälschung. Gesetze zum Schutz von Urheberrechten und Patenten gibt es längst. Nur die Umsetzung funktioniert nicht. Das hat auch die chinesische Regierung erkannt, die den Produktpiraten bereits den Kampf angekündigt hat. Der Westen reagiert verärgert, weil tatsächliche Verbesserungen ausbleiben. (...)

Die Mehrheit der Bevölkerung in China ist arm. Würden falsche Adidas-Turnschuhe und die raubkopierten Hollywood-DVDs für umgerechnet 60 Cent plötzlich vom Markt verschwinden – weite Bevölkerungsteile wären vom Konsum ausgeschlossen. Vor allem in Südchina geht es auch um Arbeitsplätze, denn dort leben ganze Wirtschaftsregionen von der Produktfälschung im industriellen Stil.

*Süddeutsche Zeitung vom 28. August 2007
(Janis Vougioukas)*

C 19 Original und Fälschung



Motorsäge »MS 380«
Original: ANDREAS STIHL AG & Co. KG, Waiblingen
Plagiat: SWOOL Power Machinery Co. Ltd., Quzhou, Zhejiang, VR China
 (www.plagiarius.com)

Aktion Plagiarius e. V.

C 20 Nachmachen unerwünscht!

Stephan Koziol ist Inhaber der Firma Koziol in Erbach, die vor allem Geschenkartikel herstellt.

Der Welthandel boomt – und noch mehr offenbar die Produktpiraterie. Woran liegt das?

Das liegt daran, dass wir zum Beispiel in Deutschland bei der Anwendung der Gesetze noch weit weg sind von dem, was man machen könnte. Wenn wir in Frankreich einen erwischen, dann bezahlt der die Differenz zwischen dem Originalpreis und der billigen Chinakopie. In Deutschland werden drei Prozent Lizenzanalogie fällig. Das wäre so, als wenn man beim Schwarzfahren erwischt würde und nicht etwa 40 Euro zahlt, sondern nur die Karte nachlöst. Das schreckt keinen ab und führt dazu, dass sich ganze Branchen oder Konzerne wie Tchibo darauf aufgebaut haben, vorhandenes Wissen auszubeuten von mittelständischen Unternehmen.

Ist das nicht zu kurz gesprungen? Der beste Schutz vor solchen Piraten ist doch wohl, noch schneller und noch innovativer zu werden, oder?

Das ist richtig. Ein Plagiat ist die ehrlichste Form der Anerkennung. Wenn wir nicht mehr kopiert werden würden, dann würden wir wahrscheinlich etwas falsch machen. Aber wir leben auch davon, dass man eine Wissensarbeit, die man geleistet hat, um zu einem Produkt zu kommen, nachher auch wieder zurückbezahlt bekommt. Wenn man eine Arznei hat, hat man auch acht oder zehn Jahre Zeit, um das Patent zu nutzen. Es ist auch für uns wichtig, Schutz zu genießen.

Stichwort Arznei, Stichwort Bremsscheiben beim Auto: Muss man nicht differenzieren etwa gegenüber einem nachgemachten Eierbecher aus Kunststoff?

Wir haben hier mehrere Hundert Mitarbeiter, die mit ihren Familien von dieser Leistung leben müssen. Die investieren Wissen und Arbeit. Da sehe ich überhaupt keinen Unterschied zu einer Arznei.

Was können Sie konkret gegen diese Auswüchse tun, wenn Sie sagen, das mit den Gesetzen und Behörden funktioniert nicht so?

Es funktioniert schon, aber es ist eine Auslegungssache. Es ist schwierig und immer teurer, darum zu kämpfen, dass die Rechte auch durchgesetzt werden. Wir müssen Markenentwicklung und Auftritt im Markt für den Kunden noch stärker

so gestalten, dass er weiß, mit dem Original kauft er einen Mehrwert.

Welche Auswirkungen haben die Plagiate für Koziol?

Wir hätten doppelt so viele Mitarbeiter (derzeit 170; die Red.), wenn wir das Plagiatproblem nicht hätten. Es raubt uns immer wieder die Möglichkeit, mit einer guten Idee das nötige Geld zu verdienen, um damit die nächste gute Idee zu bezahlen.

Umgekehrt gefragt: Was wenden Sie pro Jahr auf, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen?

Zum einen investieren wir in Entwicklung, und das sind sicher 15 bis 20 Prozent des Umsatzes – auch für den Auftritt im Markt. Zum anderen haben wir allein an Musterschutzkosten international fast 200.000 Euro im Jahr.

Seit 30 Jahren gibt es nun schon den Plagiarius als Preis für Gedankenarmut, der an besonders dreiste Fälscher vergeben wird. Hat dies bislang irgendetwas genutzt?

Das hat viel genutzt in der öffentlichen Wahrnehmung, ist ein wichtiger Beitrag, dass es für Händler und Endverbraucher klarer wird, es gibt ein Original und eine Fälschung.

Wird der Piratenjäger Koziol bei alldem langsam müde?

Wir werden nicht müde, wir werden raffinierter, erfahrener. Und wir haben uns zusammengeschlossen mit anderen Unternehmen. Wir besuchen mit denen und dem Zoll die Messestände, um vor dem Messestart schwarze Schafe zu eliminieren. Man muss sich einfach einen Namen erarbeiten, mit dem man Angst und Schrecken verbreitet. Beispiel: Wir haben eine Kopie im Internet entdeckt und versucht diese bei dem Unternehmen zu bestellen. Die Antwort war nein, weil es in Europa eine Firma Koziol gibt, da können wir leider nicht hinliefern, hieß es. Das ist prima.

Sind Sie also von der Markenstärke schon da, wo Sie hin müssen?

Die Bekanntheit bei der Fan-Community, die ist da. Die wollen auch nur das Original. Aber unsere Produkte – intelligent gemacht – reizen nun mal dazu, kopiert zu werden. Nicht einmal Adidas, IBM oder Mercedes können sich so umfassend schützen, dass da nichts passiert. Und das können wir auch nicht.

Odenwälder Echo vom 10. Februar 2007 (Achim Preu)

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 16–C 20

- ▶ Lege dar, weshalb die Durchsetzung strenger Produktstandards in China besonders schwierig ist (C 16).
- ▶ Wie reagieren die Hersteller von Waren aus China auf die jüngsten Skandale um minderwertige und gefährliche Produkte?
- ▶ Beschreibe das Phänomen der Markenpiraterie. Informiere Dich hierzu auch bei www.plagiarius.com.

- ▶ Fasse die Reaktion von deutschen Firmen auf die chinesischen Marken- und Produktfälschungen zusammen.
- ▶ Welche Auswirkungen haben die Produktfälschungen für deutsche Hersteller?
- ▶ Verfasse einen Kommentar zur Problematik der Markenpiraterie.

D • Weltmacht im Werden – politisches System und globales Agieren

Materialien D 1–D 22

D 1 Das chinesische »Parlament«



Tagung des Chinesischen Volkskongresses im März 2007 in Peking.

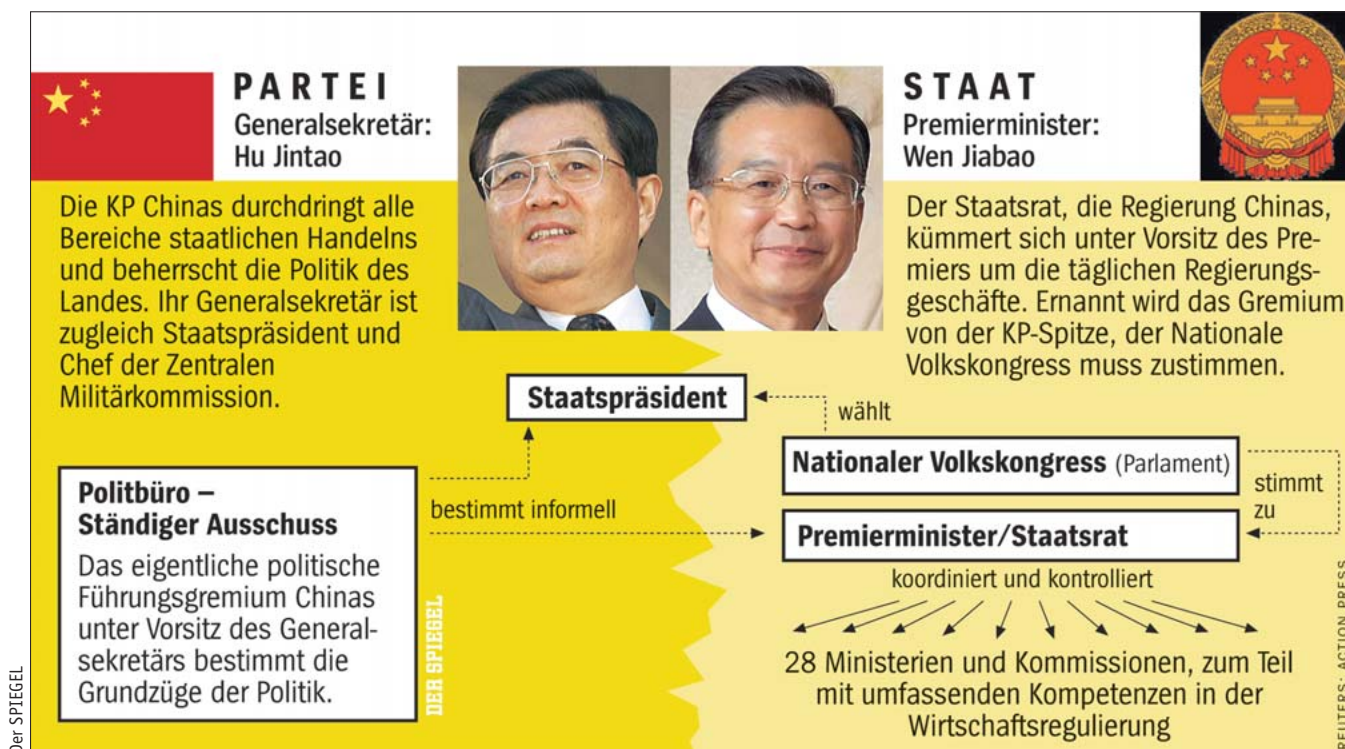
picture-alliance/dpa

D 2 Menschenrechte leicht genommen



Gerhard Mester

D 3 Das Regierungssystem der VR China



D 4 Charakteristika des politischen Systems

Die Volksrepublik China lässt sich ohne Einschränkung als Einparteiensystem kennzeichnen. Zwar existieren acht sogenannte Demokratische Parteien, die als Organe der »Einheitsfront« der Kommunistischen Partei Chinas untergeordnet sind. Es handelt sich jedoch nicht um im politischen Wettbewerb stehende Parteien, sondern lediglich um von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) kontrollierte Konsultativorgane. Die Führungskader der KPCh sitzen an allen wichtigen Schalthebeln der chinesischen Politik. Von Lenin (1870–1924), dem Begründer des kommunistischen Parteistaates im frühen Sowjetrußland, übernahmen die chinesischen Kommunisten die organisatorischen Prinzipien der Kaderpartei und der Führungsrolle der Partei in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Die wichtigsten Institutionen politischer Kontrolle, die im Kern auf Lenin zurückgehen und sich auch in der VR China finden, sind:

► die zentralisierte Hierarchie von Parteiorganen mit strikten Unterordnungsverhältnissen in allen Bereichen von Politik, Verwaltung, Polizei, Justiz, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft;

► die von der KPCh kontrollierte Rekrutierung und Beaufsichtigung von Führungskräften (»Kader«-System) nicht nur in staatlichen Organen, sondern auch in Wirtschaftsunternehmen und gesellschaftlichen Organisationen;

► Kampagnen zur ideologischen Indoktrinierung und Bekämpfung politischer Abweichungen innerhalb der Partei

sowie ein striktes Verbot der Bildung von innerparteilichen Gruppierungen;

► Massenpropaganda (parteilienkte, selektive Informationsvermittlung) gegenüber der Bevölkerung und Lenkung der öffentlichen Meinung mit Hilfe politisch kontrollierter Medien.

Sebastian Heilmann: Charakteristika des politischen Systems, in: Informationen zur politischen Bildung (Heft 289), hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005, S. 25.

D 5 Mythos Mao

Millionen sind unter dem harschen Regime Mao Zedongs verhungert. Millionen wurden gedemütigt, gefoltert oder gar umgebracht – und dennoch ist für viele Chinesen der Diktator Mao ein genialer Feldherr und weiser Staatsgründer, der dem abgestiegenen Großreich China zu neuer Würde verholfen hat. Maos Gedanken sind weiterhin Staatsdoktrin, sein politisches Erbe ist in der Verfassung festgeschrieben. Um ihre unangefochtene Herrschaft auch heute noch zu rechtfertigen, hält die KP mit allen Kräften am geschönten Bild der Vaterfigur des modernen China fest. Von der Blutspur Maos will die KP nichts wissen. Eine Diskussion über die Sünden der Vergangenheit könnte ihren Führungsanspruch in Frage stellen. Seit Maos Tod verhindert die Partei daher eine öffentliche Abrechnung mit ihrem Idol. Wirtschaftsreformer Deng Xiaoping prägte stattdessen Anfang der 80er

Jahre eine ebenso schlichte wie groteske Formel: »Mao war zu 70 Prozent gut und zu 30 Prozent schlecht.« Der 70/30-Trick erlaubt es den Erben, sich von den größten Verbrechen Maos abzusetzen, aber sich weiterhin in seinem Licht zu sonnen. Deng damals: »Jede Beurteilung bewertet nicht nur die Einzelperson und ihre Taten. Sie ist untrennbar von unserer Geschichte. Wer den Gründer des neuen China anschwärzt, schwärzt auch unsere Partei und unseren Staat an.« (...)

Mit Argusaugen wacht die KP darüber, dass der Mao-Mythos nicht gefährdet wird. Nur selten lässt sie neue wissenschaftliche Erkenntnisse veröffentlichen.

Der SPIEGEL vom 1. Oktober 2005 (Andreas Lorenz)

D 6 Kommunismus und Kapitalismus – ein Gegensatz?

Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao (beide Jahrgang 1942) haben nichts gemein mit dem verbreiteten Bild von finsternen Apparatschik-Typen. Sie können lächeln, kleiden sich, reden und handeln wie Manager. Sie leiten und lenken die China AG, das größte Unternehmen der Welt. Und das nicht schlecht, wie ihnen der amerikanische Wirtschaftsprofessor Lester Thurow bestätigt: »China hat eine effektive Regierung, die Strategien entwerfen und Entscheidungen treffen und durchsetzen kann.«

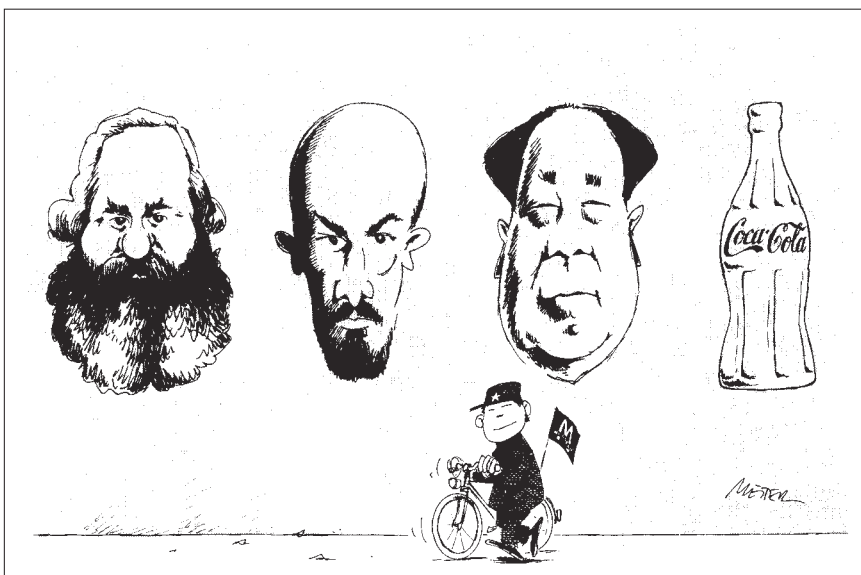
Inzwischen handeln Chinas Regierungsbosse nahezu ideologiefrei. Sie huldigen einem Pragmatismus, der sich vor allem an einem Ziel orientiert – einem hohen Wirtschaftswachstum. Ideologisches Vokabular benutzen sie nur noch in Sonntagsreden und auf Parteikongressen. So klingt es seltsam weltfremd, wenn sie in der Großen Halle des Volkes

pflichtschuldig ihre Lobpreisungen des Marxismus-Leninismus vortragen, während draußen in den Konsumtempeln der pure Kapitalismus tobt.

Chinas derzeitige Führung wird die Volksrepublik sicher nicht mehr zur Diktatur des Proletariats, dem Endstadium des Kommunismus, führen. Sie hat ganz andere Ambitionen. Sie will die Weltmacht von einst zu dem machen, was sie ihrer Meinung nach einzig und allein sein sollte: Eine Weltmacht von heute – spätestens aber morgen.

Wolfgang Hirn: Herausforderung China. Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2005, S. 30

D 7 Der Wandel des Kommunismus in China



Gerhard Mester

D 8 Fehler im System

picture-alliance/dpa

Delegierte des Chinesischen Volkskongresses in Peking.

Das Bild von der wirtschaftlichen Großmacht ist nur ein Teil der chinesischen Wirklichkeit. Der andere findet in diesen Tagen in der Großen Halle des Volkes in Peking statt, einem altsozialistischen Prachtbau mit Marmorsäulen und roten Fahnen auf dem Dach. Für zwei Wochen tagt dort der Volkskongress – Chinas Scheinparlament. (...) Der Volkskongress ist eine Bühne: Die Teilnehmer, die sich »Volksdelegierte« nennen dürfen, gaukeln dem Volk vor, dass es in China so etwas wie Demokratie oder politische Partizipation gäbe. Am Ende des Tages setzen sich alle in ihre schwarzen Audis und lassen sich in die Luxushotels der Stadt fahren.

Der Volkskongress ist das jährlich sichtbare Zeichen des politischen Stillstands in China. Seit Mao 1954 den Kongress zum ersten Mal einberief, angeblich um den Volkswillen der Chinesen zu berücksichtigen, hat sich am Ablauf und Procedere nichts geändert. Im Gegenteil: Während in den 80er Jahren auf dem Volkskongress zum Teil echte politische Debatten und Richtungsdiskussionen durchgeführt wurden, ist die Tagung heute nur noch ein politisches Schauspiel. Alle Entscheidungen und Abstimmungsergebnisse sind bereits vorher von den KP-Mächtigen festgelegt worden. Was das Volk und die ausländischen Beobachter zu sehen bekommen,

sind inszenierte und von oben gesteuerte Scheindebatten. Zum guten Ton gehört auch etwas Selbstkritik. In seinem Rechenschaftsbericht bemängelte Premier Wen Jiabao »Bürokratismus und Formalismus« sowie die wachsende Korruption der Kader. Genau das hatte auch schon sein Vorgänger kritisiert, ohne dass sich etwas verändert hat.

Mit Sozialismus hat das schon lange nichts mehr zu tun. China ist eine ideologiefreie Entwicklungsdiktatur, angeführt von einer kleinen Elite von KP-Mächtigen. Diese Regierungskader sind in der Regel gut ausgebildet und lassen sich professionell beraten. Das Problem ist auch nicht, dass die Regierung eine falsche Politik verfolgt. Peking könnte vermutlich kaum eine bessere Finanz- und Industriepolitik fahren. Der Fehler liegt im System. Chinas Gesellschaft ist längst zu vielschichtig, als dass man sie wie einst von oben regieren könnte. Weil die KP bis heute allmächtig und allein regiert, muss sie die Interessen aller vertreten. Die Interessen der 200 Millionen Wanderarbeiter, die ohne soziale Absicherung für Niedriglöhne in den Fabriken schufteten, ebenso wie jene der Industriebosse, die immer rücksichtsloser die Ressourcen des Landes ausbeuten und die Natur zerstören. Die Interessen der Stadtbewohner, die unter Abgasen und hohen Schulgebühren leiden, und der Bauern, denen lokale Behörden das Land wegnehmen.

Diese Interessen zu bündeln und abzuwägen ist unmöglich. Die KP ist von den Problemen des Landes überfordert. Das Ergebnis ihrer Einparteienherrschaft ist eine gravierende Ineffizienz. (...) Solange die Wirtschaft boomt und die Auslandsreserven wachsen, kann sich China diese Ineffizienz und Korruption leisten, doch spätestens wenn eines Tages der Boom abkühlt, werden die Mängel im System offenkundig werden. Soziale und gesellschaftliche Spannungen werden aufbrechen, möglicherweise wird es Unruhen geben. Wären Chinas KP-Führer weitsichtig, würden sie schon heute das System öffnen.

Stuttgarter Zeitung vom 6. März 2007 (Harald Maass)

ARBEITSAUFTRÄGE ZU D 1–D 8

- ▶ Benenne die Gründe, weshalb der chinesische Volkskongress nach westlichem Verständnis als Parlament in Anführungszeichen zu bezeichnen ist (D 1 und D 8).
- ▶ Welche Auffassung hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten herrscht nach Auffassung des Karikaturisten bei der chinesischen Führung vor (D 2)?
- ▶ Fasse die wichtigsten Institutionen der politischen Kontrolle durch die KP-Führung zusammen (D 3 und D 4).
- ▶ Beschreibe die Problematik der KP-Führung, welche die Beibehaltung von Maos Gedanken als Staatsdoktrin in sich birgt (D 5).

- ▶ Ist das politische System in China noch als kommunistisch zu bezeichnen? Begründe Deine Auffassung (D 6 und D 7).
- ▶ Lege dar, weshalb Harald Maass die jährliche Durchführung des Volkskongresses als Zeichen des politischen Stillstands in China bezeichnet (D 8).
- ▶ Was ist unter einer »ideologiefreien Entwicklungsdiktatur« zu verstehen?
- ▶ Nimm zu den Auffassungen des Autors Stellung.

D 9 Chinesische Interessenpolitik

Chinas Interessen können unter drei Oberbegriffen zusammengefasst werden:

- ▶ geopolitische Interessen
- ▶ Wirtschaftsinteressen
- ▶ Durchsetzung des Ein-China-Prinzips.

Die Außenpolitik der VR China hat im Verlauf der vergangenen 10 bis 15 Jahre einen bemerkenswerten Wandel vollzogen. Auch wenn nicht in allen Punkten Konsens über den Charakter und die Reichweite dieses Wandels besteht, herrscht doch Einigkeit darüber, dass China seit den 90er Jahren um eine deutlich aktivere Rolle im internationalen System bemüht ist. Das Land hat seine bilateralen Beziehungen ausgebaut und vertieft, ist regionalen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bündnissen beigetreten und hat seine Teilnahme an multilateralen Organisationen merklich intensiviert. Mit Blick auf diese Veränderungen wird Chinas Außenpolitik sowohl in Asien als auch auf internationaler Ebene insgesamt als konstruktiver, flexibler, selbstbewusster, verantwortungsvoller und weniger konfrontativ beurteilt, als dies früher der Fall war.

Die außenpolitische Neuorientierung der Volksrepublik hat vor allem zwei Ursachen: Chinas fortschreitende Verflechtung mit globalen Wirtschaftskreisläufen zum einen und die internationale Isolierung des Landes infolge des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens zum anderen. Chinas beispielloser wirtschaftlicher Aufschwung und die mit ihm verbundene tiefe Integration des Landes in weltwirtschaftliche Strukturen hat Peking beinahe zwangsläufig

dazu veranlasst, seine (inter-)nationalen Interessen auf einer breiteren Grundlage neu zu definieren. Als Zäsur und Schlüsselereignis, das diese außenpolitische Neuausrichtung beschleunigt hat, muss die Asien-Krise Ende der 90er Jahre angesehen werden. In Peking setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Vorteile, die China aus seinen zunehmenden globalen wirtschaftlichen Interdependenzen erwachsen, ihre Kehrseite in wirtschaftlicher Anfälligkeit für exogene Schocks hatten. Da der Außenhandel eine wesentliche Säule der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas bildet, sind sowohl die Stabilisierung und Ausweitung der Beziehungen zu den bilateralen Handelspartnern als auch regionale und internationale Stabilität strategisch wichtig geworden. Aus der veränderten Gewichtung seiner Interessen im internationalen Umfeld und auf der Grundlage einer nüchternen Interessensabwägung hat China daher eine Anpassung seiner außenpolitischen Orientierungen vorgenommen.

Im Kern betrachtet Peking eine aktive, global ausgerichtete Außenpolitik nunmehr als die Strategie, mit der es seine nationalen Interessen am besten verteidigen bzw. durchsetzen kann. In diesen Kontext gehören auch die Ausweitung und die Intensivierung seiner bilateralen Beziehungen zu Staaten außerhalb der asiatischen Region, einschließlich der Länder Afrikas südlich der Sahara.

Denis M. Tull: China und Afrika, in: Gudrun Wacker (Hrsg.): Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik?, SWP-Studie, Berlin 2006, S. 33 f.



Munzinger Archiv

D 10 Menschenrechtsverletzungen

ullstein bild – AP



picture-alliance/dpa



picture-alliance/dpa



picture-alliance/dpa

**D 11** Platz des Himmlischen Friedens, 1989

Die Auslandsmedien berichteten im großen Stil über die Ereignisse auf dem Platz. Sender in Hongkong und im Ausland verbreiteten die Berichte in China selbst. Die Wortführer der Protestierenden wussten bald, dass sie von der Weltöffentlichkeit beachtet wurden. Der Protest driftete immer stärker in Formen, die auf das Interesse der westlichen Öffentlichkeit berechnet waren. Die Organisatoren waren recht geschickt: Sie trafen das Regime an dem Punkt, um den sich die Reformpolitik drehte – das Ansehen der Partei- und Staatsführung im Westen, mit dessen Kapital und Know-how die chinesische Ökonomie erneuert werden sollte. Doch mit dem Blick auf das Ausland forderten sie die politische Führung nur umso stärker heraus. Weil die Proteste jetzt vor den TV-Kameras abliefen, sollte um jeden Preis der Eindruck vermieden werden, die Regierung ließe sich erpressen. Studenten aus der benachbarten Metropole Tianjin und sogar aus dem fernen Shanghai beteiligten sich inzwischen an der Demonstration. In Shanghai selbst gab es Kundgebungen größeren Ausmaßes, die im Westen allerdings kaum wahrgenommen wurden.

Die Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens selbstständigten sich. Hungerstreiks gegen die Verhandlungsweigerung der Regierung dramatisierten die Situation und weckten Sympathien in der Beijinger Bevölkerung.

Schließlich begannen auch Arbeiter aus Beijinger Betrieben die Proteste zu unterstützen. Sie sprachen zwar nicht die Sprache der Studenten. Aber sie nutzen die inzwischen international beachteten Proteste, um ihre eigenen Sorgen auszudrücken. Die Mobilisierung der Arbeiter gab womöglich den Ausschlag, die Proteste mit Gewalt zu unterdrücken. Die Ereignisse in Polen, wo zur gleichen Zeit Arbeiterproteste die Herrschaft einer Kommunistischen Partei aushebelten, standen den Herrschenden lebendig vor Augen. In Warschau war die Regierung erst im Vorjahr (1988) in Verhandlungen mit einer unabhängigen Gewerkschaft eingetreten. Anders konnte das Land nicht mehr regiert werden.

Jürgen Hartmann: Politik in China. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 58

D 12 Menschenrechtsverletzungen – Zahlen und Fakten

In China werden viele Menschenrechtsverteidiger ihrer grundlegenden Rechte beraubt, willkürlich festgenommen und gefoltert. Aufgrund der Erfahrungen mit Großveranstaltungen in China muss damit gerechnet werden, dass es im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen zu weiteren Repressionen gegen Menschenrechtsaktivisten kommt. Die Behörden werden versuchen, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die die erhöhte internationale Aufmerksamkeit und Medienpräsenz für ihre Anliegen nutzen wollen.

Insbesondere stellt amnesty international fest, dass immer mehr Menschenrechtsverteidiger ohne Anklage oder Prozess unter »Hausarrest« gestellt werden. Hausarrest kann von der Polizei gegen verdächtige Kriminelle angeordnet werden. Für Menschenrechtsaktivisten übersteigen diese Hausarrest-Strafen oft das im Gesetz festgehaltene Maximum von sechs Monaten.

Im Januar 2007 wurden neue Regelungen für ausländische Journalisten eingeführt, die den ausländischen Medienschaffenden mehr Freiheiten einräumen als bisher. Recherchen und Interviews können seit Januar 2007 ohne spezielle Bewilligung lokaler Behörden durchgeführt werden. Es ist jedoch unklar, ob diese Öffnung auch für die autonomen Gebiete »Tibet« und »Xinjiang« gelten. Berichte ausländischer Journalisten scheinen jedoch von der einheimischen Zensur nicht ausgeschlossen zu sein und werden in China selbst nicht veröffentlicht. Einheimische Journalisten haben klare Vorgaben, über was sie berichten dürfen und über was geschwiegen werden muss. Willkürliche Festnahmen und Gefängnisstrafen für Journalisten sind in China weit verbreitet.

Internetzensur

Hunderte von Internetseiten – darunter auch diejenige von ai – sind in China gesperrt. Wer sich gegen die Zensur wehrt, wird hart bestraft. Der chinesische Journalist Shi Tao wurde im April 2005 zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt, weil er einer US-amerikanischen NGO eine E-Mail über die chinesische Pressezensur im Zusammenhang mit dem Jahrestag des Tiananmen-Massakers geschrieben hatte. Internetprovider wie Yahoo, Google und Microsoft sind den chinesischen Behörden bei der Internetzensur behilflich.

Kein Land verfügt über ein so ausgeklügeltes System der Internetüberwachung wie China. Mehr als 30.000 Polizisten überwachen das Internet rund um die Uhr. Am stärksten davon betroffen sind Journalisten, Juristen und Menschenrechtsverteidiger. Gefährlich ist es jedoch auch für alle anderen, die es wagen, die Regierung zu kritisieren oder sich übers Internet gegen die Ungerechtigkeiten der Behörden zu wehren. (...) »Das Internet ist ein Instrument zur Kontrolle der Bevölkerung geworden«, sagt der chinesische Regimekritiker Cai Chongguo, der heute als Flüchtling in Paris lebt.

Die Technologien, die es der chinesischen Regierung erlauben, die Inhalte auf dem World Wide Web zu filtern

und gewisse Seiten zu blockieren, stammen fast alle von ausländischen Unternehmen. Yahoo, Google und Microsoft stellen den Behörden dazu ausgeklügelte Systeme zur unmittelbaren Zensur von Websites zur Verfügung. Wer in China Worte wie »Menschenrechte«, »Demokratie«, »Freiheit« oder »Amnesty International« in eine Suchmaschine eingibt, erhält keinen einzigen Treffer. Bei der Suche von Informationen, wie etwa über das Massaker auf dem Tiananmen-Platz, wo Polizisten bei Studentenprotesten im Jahr 1989 mehrere Tausend Menschen erschossen haben, werden bestimmte Seiten automatisch aus den Treffern ausgeschlossen. Auch Blogs, die von Microsoft gehostet werden, werden regelmäßig gelöscht, wenn sie heikle Themen wie Menschenrechtsverletzungen, Meinungsfreiheit oder Demokratie ansprechen.

Umerziehungslager

In China werden heute Hunderttausende von Personen in »Umerziehungslagern« festgehalten. Polizisten können diese bis zu drei Jahre dauernde Strafe ohne Anklage oder Prozess anordnen, dies öffnet der Willkür Tür und Tor. »Wir schließen nicht aus, dass wir vor den Olympischen Spielen alle Drogensüchtigen aus Peking wegschaffen«, sagte ein Vertreter vom Büro für öffentliche Sicherheit kürzlich in Peking. Seit Monaten ist die Regierung der Hauptstadt darum bemüht, die Stadt für die Olympischen Spiele »aufzuräumen«: Obdachlose, Bettler, illegale Taxifahrer oder Straßenhändler werden von der Polizei in sogenannte Umerziehungslager gesteckt, wo sie bis zu drei Jahre festgehalten werden können. Gefangene in solchen Lagern sind oft Opfer von Zwangsarbeit.

Todesstrafe

Weltweit haben 129 Staaten die Todesstrafe aus ihren Strafgesetzen gestrichen oder wenden sie in der Praxis nicht mehr an (Stand April 2007). Im Jahr 2006 fanden 91 Prozent aller Hinrichtungen, die ai bekannt sind, in sechs Ländern statt: China, Iran, Irak, Pakistan, Sudan, USA. China verhängt für 70 Delikte die Todesstrafe. Kaum einem oder einer der zum Tode Verurteilten wurde das Recht auf einen fairen Prozess gewährt. Gemäß Recherchen von ai wurden 2006 mindestens 1.010 Personen hingerichtet, die Dunkelziffer wird jedoch von verschiedenen glaubwürdigen Quellen auf 7.500 bis 8.000 geschätzt.

Die Todesstrafe lässt sich nicht rechtfertigen, denn sie ist unmenschlich, unwirksam und unwiderrufbar. Sie verletzt die Menschenwürde, deren Schutz auch die Olympische Charta zum Grundprinzip erklärt hat. Amnesty international fordert, dass Statistiken über die Anwendung der Todesstrafe in China veröffentlicht und nicht mehr als Staatsgeheimnis deklariert werden. Zudem fordert ai eine Reduktion der Anzahl von Verbrechen, für die die Todesstrafe verhängt wird – ein erster Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Todesstrafe.

amnesty international, 8. August 2007 (www2.amnesty.de)

D 13 Das Volk im Griff des Drachen

Gerhard Mester

**D 14** Der westliche Blick auf China

In einem Punkt sind sich die Kritiker Chinas im Westen einig: Menschenrechte haben höchste Priorität und Chinas Regierung sollte bedrängt werden, westliche Menschenrechtsvorstellungen umfassend und unverzüglich umzusetzen. Wer über China spricht, denkt häufig zuerst an »Falun Gong« und »Free Tibet«, an Todesstrafe, erzwungene Organentnahmen, Zwangsabtreibungen und Straflager. Die Menschenrechtsdebatte ist eines der meistdiskutierten Konfliktfelder mit China. Aber China folgt in der Verwirklichung seiner Ambitionen konsequent seinem eigenen Weg. Damit gerät der Westen immer dann in Konflikt, wenn es um die Umsetzung von Werten geht, die für uns hohe Bedeutung haben. Einvernehmlich verlangen die USA und Europa von China die Einhaltung der Menschenrechte und politische Reformen – Reformen wohlgerne, die wir gerne sehen würden, weil sie mit unseren Politikvorstellungen übereinstimmen. Das ist zwar legitim, aber weltfremd. Im Klartext möchten wir, dass China möglichst schnell zu einer Demokratie westlicher Prägung wird. (...) Eines der Hauptprobleme ist: Wer Menschenrechte glaubhaft verteidigen will, darf nicht

nur hinschauen, wenn es gerade bebilderte Aufregung zu vermehren gibt. Vor allem darf man nicht dem Eindruck Vorschub leisten, dass wir nirgendwo in unserer Politik mehr doppelte Standards haben als gerade in der Frage der Menschenrechtspolitik. Wenn es opportun ist, Länder wie China zu kritisieren, tun wir es. Wenn wirtschaftliche Interessen unsere Politik bestimmen, vergessen wir es. Und wenn andere Krisenherde der internationalen Politik unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen, dann verschweigen wir es. Auf diese Weise leistet man den Menschenrechten einen Bärendienst und gibt denen Vorschub, die ohnehin sehr viel kritischer mit unserem Verständnis von Menschenrechten umgehen. In Asien gibt es eine ganze Reihe von Politikern, die nur darauf warten, die erkennbaren Schwächen unserer Politik für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren.

Eberhard Sandschneider: Globale Rivalen. Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens, Hanser Verlag, München 2007, S. 141 f.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU D 9–D 14

- ▶ Lege die Ursachen für die außenpolitische Neuorientierung der Volksrepublik dar (D 9).
- ▶ Fasse die Ereignisse im Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens zusammen (D 11). Welcher Umstand veranlasste die KP-Führung vermutlich, die Proteste mit Gewalt zu unterdrücken?
- ▶ Ordne die Fotos Ereignissen zu und verfasse kurze Texte als Bildunterschriften (D 10–D 12).
- ▶ Benenne die Menschenrechtsverletzungen, die an den staatlichen Einrichtungen Chinas vorwirft (D 12).
- ▶ Deute die politische Aussage, die der Karikaturist zum Ausdruck bringen möchte (D 13).
- ▶ Erläutere, weshalb Eberhard Sandschneider die Forderungen westlicher Politiker nach Einhaltung der Menschenrechte und nach Durchführung von politischen Reformen in China für weltfremd hält (D 14).
- ▶ Was ist mit »doppelten Standards« in der Frage der Menschenrechtspolitik gemeint?
- ▶ Diskutiert den Umgang mit den Menschenrechten in China. Welche Haltung sollte der Westen vertreten?

D 15 Menschenrechtspolitik – das Beispiel Tibet



picture-alliance/dpa

Der Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeter, und Bundeskanzlerin Angela Merkel treffen sich im September 2007 im Berliner Kanzleramt.



picture-alliance/dpa

Ein junger Tibeter protestiert anlässlich des Besuchs des chinesischen Staatschefs Hu Jintao im indischen Bangalore gegen die Menschenrechtsverletzungen in Tibet.

Als die Bundestagsfraktion der Union kürzlich ihre »Asienstrategie« vorlegte, war das der Pekingener Parteizeitung »Global Times« eine entrüstete Titelgeschichte unter einem großen Merkel-Foto wert. Für gewöhnlich werden Neuigkeiten von ausländischen Parteien allenfalls mit einer kurzen Meldung bedacht. Offensichtlich sieht die chinesische Führung in dem Papier eine Bestätigung des Argwohns, den sie gegen die deutsche Kanzlerin hegt. (...) Für die Regierung in Peking ist die »Dalai-Clique« ein Instrument feindlicher Kräfte im Ausland, die wie früher die Kolonialmächte, China seine Souveränität bestreiten wollen – Tibet sei aber seit mehr als 700 Jahren ein »integraler Bestandteil« des Landes. Die Versicherung des Dalai Lama, er strebe für Tibet heute nur noch Autonomie an, sei unglaublich, da er zugleich an zwei Strategiepapieren aus den 80er Jahren festhalte, in denen die Unabhängigkeit als langfristiges Ziel erscheine.

Die Behauptung der fraglosen Souveränitätsausübung über Tibet fügt sich ein in die mythische Perspektive, aus der China seine Geschichte betrachtet. Man pflegt die Fiktion einer im Zweifel seit 5.000 Jahren bestehenden territorialen Einheit »Chinas« als eines schicksalhaft zusammengehörigen Raumes. Allerdings wird auch das Konzept einer kompletten »nationalen Unabhängigkeit«, das viele Tibeter vertreten, zum Teil von Behauptungen gestützt, die von den vielfältigen geschichtlichen Verflechtungen der Region abstrahieren. Seit dem 13. Jahrhundert bestand ein enges Priester-Patron-Verhältnis des obersten buddhistischen Würdenträgers mit dem mongolischen Khan, das erhalten blieb, als der Khan Kaiser von China wurde. Der Kaiser war auch militärischer Schutzherr Tibets. Die Mandschu-Kaiser der Qing-Dynastie stellten dieses Verhältnis im 18. Jahrhundert ausdrücklich wieder her, unter dem der Dalai Lama eine weitgehende Autonomie besaß.

Als die Volksbefreiungsarmee Tibet 1950 besetzte, interpretierte sie das als »Befreiung« eines China ohnehin zugehörigen Territoriums, während die Regierung des Dalai Lama

einen unabhängigen Staat zu repräsentieren beanspruchte. Die früheren Patronage-Verhältnisse lassen sich nicht umstandslos in die Kategorien eines Völkerrechts unter dem Paradigma nationaler Souveränität überführen. Die Tibeter hatten sich nie als Untertanen Chinas, sondern allenfalls der mongolischen und der mandschurischen Kaiser empfunden.

Nach deren Sturz hatte der Dalai Lama Tibet 1913 für unabhängig erklärt; 1914 sicherte Großbritannien als regionale Vormacht Tibet die Anerkennung von dessen Selbstverwaltung bei fortdauernder Oberhoheit Chinas zu. Die kommunistische Volksrepublik wurde später der alten Rolle als Schutzherr jedenfalls nicht gerecht: Nachdem sie der buddhistischen Hierarchie anfangs noch eine relative Autonomie zugestanden hatte, begann spätestens nach dem grausam niedergeschlagenen Aufstand von 1959 eine brutale Unterdrückung der Mönche und ihrer Kultur, die während der Kulturrevolution ihren Höhepunkt erreichte. Amerika machte sich den Konflikt zunutze; tibetische Rebellen wurden in Trainingscamps der CIA ausgebildet. Der Dalai Lama war unterdessen nach Indien geflohen.

Wegen der Verwickeltheit dieser Geschichte und des chinesischen Drucks fordern westliche Regierungschefs genauso wie der Dalai Lama selbst offiziell heute nicht mehr die Unabhängigkeit Tibets. Aber worum geht es dann? Tibetfreunde wie Roland Koch und Antje Vollmer stimmen darin überein, dass sie die Rückkehr des Dalai Lama in sein Land für vorrangig halten, um der tibetischen Kultur und Religion einen authentischen, nicht von außen aufgedrückten Selbstausdruck zu verschaffen. Die Trennung von Politik und Religion, die dabei sowohl der chinesischen wie der tibetischen Seite abverlangt würde, wäre für alle Beteiligten etwas Neues.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. November 2007
(Mark Siemons)*

D 16 Minderheitenpolitik – das Beispiel der Uiguren

picture-alliance/dpa

Islamische Uiguren in Kashgar während des Fastenmonats Ramadan: Die Uiguren sind das größte Turkvolk im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang.

Mao Zedong trotz dem eisigen Wind, der vom Pamir-Gebirge über Kashgar bläst. Hier an der historischen Seidenstraße, unweit von Tadschikistan und Kirgisien, ist Peking Welten entfernt. Daher braucht der »Große Vorsitzende« auch einen sehr hohen Sockel: Aus 24 Meter Höhe wacht seine Statue über den »Platz des Volkes« – nur vom Volk ist kaum etwas zu sehen. Denn das Volk betet. Ein paar Straßen weiter strömen die Menschen zur Id-Kah-Moschee, dem größten muslimischen Gebetshaus in Xinjiang, dem Autonomen Gebiet der Uiguren im Nordwesten Chinas. Ihre Pelzturbane haben die Gläubigen tief ins Gesicht gezogen – gegen den Frost, aber auch, weil einige lieber nicht erkannt werden möchten. Denn viele haben Angst. Zwar sind die Muslime in Kashgar in der Mehrheit. (...) Statt nach Peking-Ente duftet es nach Brathammel und Fladenbrot. Aber es liegt ein Schleier des Misstrauens über der Region. Anders als im übrigen Zentralasien darf der Muezzin nicht vom Minarett per Lautsprecher zum Gebet rufen. Seine Stimme hallt gedämpft aus dem Innenhof, Staatsdienern ist die Teilnahme an den Gebeten praktisch verboten.

Denn Chinas atheistische Obrigkeit fürchtet, der Islam könne zum Kern einer Unabhängigkeitsbewegung werden. Im Januar 2007 hoben Einheiten der chinesischen Polizei im westlichen Xinjiang einen Stützpunkt von Kämpfern

der Ostturkestanischen Islamischen Bewegung (Etim) aus – angeblich unterhält die Organisation Verbindungen zum Terrornetz al-Qaida. Es war das blutigste Gefecht zwischen Chinas Staatsschützern und uigurischen Widerständlern seit rund zehn Jahren. Ein chinesischer Polizist kam zu Tode – Peking feiert ihn seitdem als Märtyrer der Revolution. 18 der angeblichen Terroristen wurden von der Polizei erschossen, 17 Verdächtige wurden gefangen genommen. Auf dem Flughafen Kashgar landen seither Transportmaschinen und Hubschrauber – China stockt die Truppen an den bergigen Grenzen auf. Vor allem Kirgisien, Tadschikistan, Afghanistan und Pakistan gelten als Rückzugsgebiet für Islamisten. Seit der Schießerei ist in Kashgar jeder verdächtig, der keinen Ausweis vorweisen kann. An den Ausfallstraßen filzt die Polizei Fahrzeuge, in der Stadt lauern Sicherheitskräfte in Uniform oder Zivil. (...)

Chinas Strategie, dem Terror auch mit den Segnungen des Kapitalismus zu begegnen, wirkt sich auf die Uiguren eher negativ aus: Immer mehr Chinesen wandern nach Xinjiang ein, seit 1949 stieg ihre Zahl auf gut 40 Prozent der Bevölkerung. Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt dadurch zu, der soziale Absturz aber trifft zu allererst Uiguren wie Tuchhändler Mohammed. »Die Chinesen machen hier jetzt das Geschäft«, schimpft er, »sie rauben uns die Existenz.«

Die Präsenz des Militärs hält die mehrheitlich friedlichen Uiguren von Protesten ab. Xinjiang strotzt nur so vor Waffen: Allein in Shule, einer Garnisonsstadt dicht bei Kashgar, sind mehrere Zehntausend Soldaten stationiert. Die Einheiten sind nicht nur zum Kämpfen da: Häufig erschließen sie die Grenzregion mit eigenen Farmen und Fabriken. Brechen Unruhen aus, wechseln die Truppen einfach in die Uniformen der bewaffneten Volkspolizei, verrät ein Soldat. Doch nicht nur das: Die chinesische Obrigkeit bestimmt auch, wie die Uhren gehen in Xinjiang. Sie müssen nach Pekinger Zeit gestellt werden, dabei ist die Hauptstadt fast 3.000 Kilometer entfernt. In der Moschee von Kashgar ticken die Zeitmesser indes anders. Im leisen Protest gehen sie zwei Stunden nach – ganz so, wie es der natürliche Rhythmus in Xinjiang eigentlich verlangt.

Der SPIEGEL vom 17. Februar 2007 (Wieland Wagner)

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 15 UND D 16

- ▶ Lege die Auffassung der KP-Führung im Hinblick auf die staatliche Souveränität von Tibet dar (**D 15**).
- ▶ Fasse die Geschichte Tibets in einem kurzen Bericht zusammen.
- ▶ Beschreibe die Position des Dalai Lama bezüglich der staatlichen Souveränität Tibets.
- ▶ Benenne die Befürchtungen der chinesischen Führung

hinsichtlich der politischen Entwicklungen im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (**D 16**).

- ▶ Wie reagiert die chinesische Staatsmacht auf die Spannungen in der Region?
- ▶ Recherchiere zu anderen Konflikten mit Minderheiten, zum Beispiel zum Umgang mit Katholiken in China.

D 17 Globale Rivalen



Chinas Staatspräsident Hu Jintao bei einer Afrikareise im Januar 2007.

Den ursprünglich sehr zurückhaltenden Formulierungen zu den Zielen seiner Außenpolitik lässt China mittlerweile klare diplomatische Offensiven folgen. Auf dem Afrikagipfel, der Anfang November 2006 in Peking stattfand, fand der chinesische Präsident Hu Jintao viel Anklang bei seinen afrikanischen Staatsgästen, als er seine »Politik für eine harmonische Welt« verkündigte. Harmonie und nicht mehr Klassenkampf ist nach innen und außen das neue Lieblingswort der chinesischen Führung. China mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, ist gern gesehener Investor in Entwicklungsländern und beschränkt sich auf seine Handels- und Ressourceninteressen. Autokratische Staatsführer, die vom Westen permanent wegen Menschenrechtsverletzungen unter Druck gesetzt werden, lieben diese Sprache. Entsprechend kooperationsbereit verhalten sie sich gegenüber China.

D 18 Energiepolitik und geopolitische Konsequenzen

In einem Foreign-Affairs-Artikel heißt es: »China [has] little room for morality«. China bemüht sich um Öl aus Russland, Saudi-Arabien und anderen großen Anbieterstaaten, aber die von ihnen gebotenen Kapazitäten reichen nicht aus. Insofern ist nicht verwunderlich, dass sich China in Staaten mit schlechter (oder noch schlechterer) Reputation in Fragen wie Menschenrechte, Korruption und Rechtsstaatlichkeit umsieht. Dies betrifft Sudan, Nigeria und andere afrikanische Staaten ebenso wie Iran oder Usbekistan. Im Falle Sudan ist offenkundig, dass die Ölinteressen für China wichtiger sind als ein Konsens im UN-Sicherheitsrat über das Vorgehen gegenüber den Bürgerkriegsparteien.

Besonders kritisch kann diese Prioritätensetzung im Iran werden. Zwar gibt es hier noch keine Indizien für eine grundsätzliche Blockade des UN-Instrumentariums, doch zeichnet sich ab, dass Iran für China größere Bedeutung gewinnen kann als jeder andere Produzentenstaat. Von Iran aus könnte eine Öl- und Erdgas-Pipeline über Zentralasien nach China

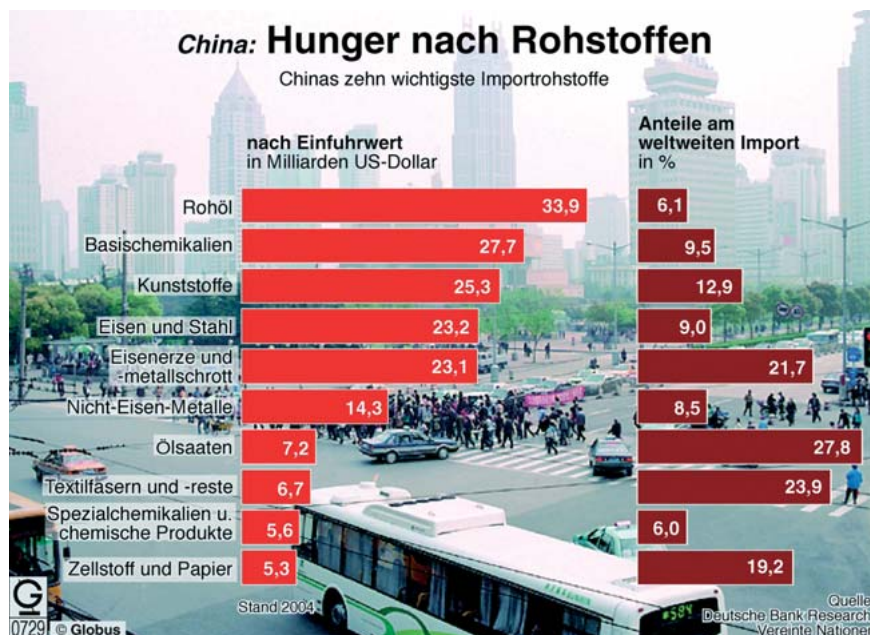
Gerade wegen solcher Reaktionen wächst Chinas Selbstbewusstsein schneller als sein Brutto sozialprodukt. Wir haben es nur noch nicht gemerkt! China ist also bestenfalls eine Regionalmacht mit beschränktem internationalem Einfluss? Wer das glaubt, irrt sich gewaltig! Das Land hat längst das Image einer Regionalmacht hinter sich gelassen und tritt nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika und Lateinamerika offensiv als Wettbewerber des Westens auf. Alles Tagträumereien, mag man einwenden, wie wir auch schon in den 50er Jahren gehört haben, als Mao davon schwadronierte, den Westen bis 1970 einholen und überholen zu wollen? Mitnichten!

Im Herbst 2006 hat der Chicago Council on Global Affairs eine Studie vorgelegt, die erstmals in China erhobene Befragungsergebnisse zugänglich macht. Die Botschaft ist einfach: Eine Mehrheit der chinesischen Bevölkerung ist ganz offensichtlich heute schon fest davon überzeugt, dass das internationale Gewicht des einstigen »Reiches der Mitte« in zehn Jahren dem der USA entsprechen wird. Solche Überzeugungen sollten wir tunlichst ernst nehmen. Aus Reden chinesischer Politiker lässt sich schon heute zwischen den Zeilen erkennen, dass China mittel- und langfristig eine Gleichberechtigung mit den USA in der internationalen Politik anstrebt.

Eberhard Sandschneider: Globale Rivalen. Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens, Hanser Verlag, München 2007, S. 114 f.

gelegt werden. Aufgrund der geographischen Lage ist dies bei den vier anderen großen Reserveländern am Persischen Golf nicht möglich. Auch wenn eine solche Pipeline nicht prinzipiell unverwundbar wäre, könnte China sich mit ihr von dem Wohlwollen der USA bezüglich der Transportrouten aus dem Golf unabhängig machen. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass China für eine enge strategische Partnerschaft mit Iran einen hohen Preis zu zahlen bereit ist.

Friedemann Müller: Chinas Energiepolitik – geopolitische Konsequenzen, in: Gudrun Wacker (Hrsg.): Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik?, SWP-Studie, Berlin 2006, S. 14

D 19 Unersättlicher Hunger nach Rohstoffen

War China bis 1993 noch Rohöl-Exporteur, avancierte es 2004 mit einem Anteil von sechs Prozent zur drittgrößten Öl-Importation. Sein Öl bezieht China vor allem aus Angola, Saudi-Arabien und Oman. Ganz oben auf der Importliste stehen auch Metalle und Erze, eine Folge der schnell wachsenden Stahlproduktion. So ist China zum Beispiel weltgrößter Importeur von Chrom, Mangan, Eisenerz, Blei und Kupfer.

D 20 Demokratie und freien Handel fordern die Chinesen nicht

Viele Afrikaner verfolgen den Ansturm der Chinesen mit ungunstigen Gefühlen. Man hat mit fremden Mächten nicht die besten Erfahrungen gemacht. In Leserbriefen und Internetforen wird vor einer neuen Invasion gewarnt. Man spricht sogar von »yellow masters«, von gelben Kolonialherren. »Ach was, das ist doch alles Unsinn!«, meint Joseph Müller, der Sportreporter, der gerade voller Stolz seine künftige Wirkungsstätte präsentiert: Das nagelneue Nationalstadion in der togoischen Hauptstadt Lomé. Er führt seine Besucher zu den leerstehenden Baracken, in denen vor kurzem noch chinesische Kontraktarbeiter hausten. »Das Stadion ist ein Geschenk der Chinesen. Sie sind unsere wahren Freunde«, schwärmt Müller. »Sie beuten uns nicht aus wie die Franzosen, sondern helfen uns.«

In der Tat lesen sich die Sätze in den sino-afrikanischen Strategiepapieren so nett und großmütig wie die Absichtserklärungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen. Zwischen den Zeilen aber verströmen sie jenen Geist, der einst die europäischen Eroberer beflügelte. Von einer neuen Ära ist da zu lesen und von unbegrenzten Möglichkeiten auf einem vernachlässigten Kontinent. Die Chinesen bewerten Afrika als einen Kontinent der Zukunft. Das Handelsministerium in Peking nennt es eine der wichtigsten Wachstumsregionen. Riesige Landmasse, unermessliche Ressourcen, ein potenzieller Markt mit 800 Millionen Konsumenten und einer Reservearmee von billigen Arbeitskräften – dies ist ein idealer Expansionsraum für China auf dem beschleunigten Marsch zur Weltmacht.

Es gibt allerdings einen erheblichen Unterschied zum Stil der einstigen Kolonialmächte aus Europa. Die Chinesen treten nicht großmächtig auf, nicht als imperiale Herrenmenschen,

sondern geben sich als Partner in einer Süd-Süd-Kooperation. Devise: Genossen, als größtes Entwicklungsland der Welt kennen wir eure Sorgen und Nöte, wir ziehen am gleichen Strang! Präsident Hu Jintao beschwört bei seinen Visiten die Tradition des maoistischen Internationalismus: »Wir haben zusammen für die Freiheit gekämpft und werden das auch künftig tun.« Der mächtigste Chinese war in den vergangenen zwei Jahren drei Mal in Afrika – häufiger als die meisten Staatschefs des Westens während ihrer gesamten Amtszeit. Man kennt zwischen Khartum und Kapstadt den Namen von Premierminister Wen Jiabao, der unlängst durch sieben afrikanische Staaten tourte. Aber wer ist Angela Merkel? (...)

»Das schöne Gerede von der Süd-Süd-Solidarität ist nur ein ideologischer Deckmantel, den sich Autokraten gerne anziehen«, sagt Denis Tull, Afrika-Experte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. »Sie gewinnen durch ihre Look-east-Politik wieder Manövrierraum.« In den traditionellen Geberländern verfolgt man das mit wachsendem Unbehagen. Manche große Staaten würden Afrika unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachten und Aspekte wie gute Regierungsführung oder Korruptionsbekämpfung vernachlässigen, mahnte Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Sie nannte in einer Bundestagsdebatte China beim Namen. Aber was tun? Man müsse mit China und Afrika in einen Dialog treten, sagt ein BMZ-Experte, »auch die Afrikaner haben ein Interesse daran, sich das Entwicklungsgeschäft nicht zu verderben.«

Die ZEIT vom 14. September 2006 (Bartholomäus Grill)

D 21 Übungsfeld Afrika



Zwei Arbeiter vor einer Erdölraffinerie in Khartoum (Sudan), dem größten Joint-Venture-Projekt zwischen dem afrikanischen Staat und China.

picture-alliance/dpa

In seinem Buch »Le dragon et l'autruche« (Der Drache und der Strauß) analysiert der senegalesische Journalist Adama Gaye den chinesischen Einfluss in Afrika.

Herr Gaye, der ökonomische Aufstieg Chinas und sein Energiehunger treiben Firmen aus dem »Reich der Mitte« auf Suche nach Rohstoffquellen auch nach Afrika. Wie stellt sich das chinesische Engagement in Afrika aktuell dar?

Es ist äußerst vielschichtig. Chinesische Unternehmen fördern in Nigeria, Sudan und Angola Erdöl. China importiert Kupfer aus dem Kongo, Gold aus Guinea und Erze aus Simbabwe. Gleichzeitig hat sich Afrika zu einem Investitions- und Produktionsstandort, insbesondere für chinesische Textilien, und als willkommenen Absatzmarkt für konkurrenzlos preiswerte chinesische Waren entwickelt. China ist aktuell dabei, Afrika ökonomisch zu erobern.

Wie wird diese chinesische »Eroberung« in Afrika selbst wahrgenommen?

Erstaunlicherweise werden die ökonomischen Aktivitäten Chinas auf dem Kontinent überhaupt nicht öffentlich debattiert. (...) Die chinesische Migration nach Afrika – meistens sind es Straßenhändler – hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verstärkt und ist unübersehbar. In den Straßen von Dakar, der Hauptstadt meiner Heimat Senegal, wird der Straßenverkauf inzwischen von chinesischen Familien dominiert und kontrolliert. Eine ähnliche Tendenz zeichnet sich beim Verkauf von Lebensmitteln ab. Mehr als eine halbe Millionen Chinesen sind in den vergangenen Jahren nach Afrika gekommen. Millionen von Chinesen warten inzwischen auf die Gelegenheit, ihren afrikanischen Traum in die Tat umzusetzen. Die politische Klasse Afrikas empfängt die Chinesen mit offenen Armen. (...) Anders als die Kredite westlicher Geberländer, sind die chinesischen Finanzspritzen und Investitionen nicht an politische Konditionen geknüpft, wie beispielsweise Demokratie, Transparenz und die Einhaltung von Menschenrechten. Für Politiker vom Schlage Mugabes in Simbabwe besitzt das chinesische Modell viel mehr

Anziehungskraft als das des Westens. Das gilt nicht nur für die Politiker. Auch die einfachen Menschen haben kein Vertrauen in die Demokratie und betrachten den Aufstieg Chinas als ein Vorbild. Sie hoffen, ein ähnliches Wirtschaftswunder zu erleben. Die chinesische Entwicklungshilfe und Investitionen sowie die wachsenden Süd-Süd-Handelsbeziehungen bieten eine Alternative zum bisher dominanten Westen und vergrößern die Handlungsspielräume afrikanischer Länder.

Gibt es auf chinesischer Seite so etwas wie eine spezielle Afrikapolitik?

Ja. Die chinesische Regierung hat erstmals ihre Afrikapolitik explizit dargelegt, die offiziell auf den Prinzipien der Nicht-einmischung in innere Angelegenheiten, Gleichheit und beiderseitigem Gewinn beruht. Jahrzehntlang waren die chinesisch-afrikanischen Beziehungen nicht erwähnenswert. Erst mit dem Amtsantritt Deng Xiaos und den ökonomischen Reformen in China haben sich diese Beziehungen zur heute erkennbaren Dynamik entwickelt. Vielen Regimen, etwa im Sudan, kommt das zunehmende Engagement Chinas in Afrika sehr gelegen. Es festigt deren Strukturen und vermeidet unbequeme Kritik an der jeweiligen Menschenrechtspolitik, um die es in China selbst ja auch nicht allzu gut bestellt ist. Afrika steht auf der aktuellen chinesischen außenpolitischen Agenda ganz oben. Man merkt es beispielsweise an der gestiegenen Reisediplomatie und den Besuchen von führenden Politikern auf dem afrikanischen Kontinent. Afrika dient China nicht nur als Rohstofflager, Investitionsstandort und Absatzmarkt, sondern mittelfristig als außenpolitisches Übungsfeld auf dem Weg zur Supermacht.

Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Ich bin besorgt. Zum Teil betrachte ich den wachsenden Einfluss Chinas als eine Art von Re-Kolonisierung. Afrika ist dabei, seine erst mühsam errungene Souveränität zu verlieren. Gleichzeitig schwindet der positive Einfluss des Westens auf dem Kontinent wie demokratische Prinzipien und Erhalt oder Etablierung von grundlegenden Menschenrechten. Diktatorische Regime werden gestützt und künstlich am Leben erhalten. Kurzfristig profitieren viele Afrikaner von dem chinesischen Engagement, z. B. durch die Entsendung von medizinischem Pflegepersonal. Ich befürchte allerdings, dass viele Afrikaner dem chinesischen Einfluss mit großer Naivität begegnen und eine weitere historische Enttäuschung erleben werden. Letztendlich ist diese Entwicklung auch auf das Versagen des Westens – seine Scheinheiligkeit und Ignoranz gegenüber Afrika – zurückzuführen. Es ist einfach nicht glaubwürdig, weltweit Globalisierung zu propagieren und gleichzeitig afrikanische Produkte von westlichen Märkten fernzuhalten. Von den historischen Schattenseiten des europäischen Einflusses in Afrika ganz zu schweigen.

Das Parlament vom 13. November 2006 (Ramon Schack)

D 22 Erdöl gegen Verzicht auf Kritik

Darfur-Flüchtlinge im Mai 2007: Mehr als 200.000 Menschen sind aus der Region Khartum in das ebenfalls chronisch instabile Nachbarland Tschad geflüchtet.

Erdöl gegen Verzicht auf Kritik: In Darfur, im Westen des Sudan, findet nach einhelliger Einschätzung internationaler Beobachter Völkermord in Zeitlupe statt. Vier Millionen Menschen kämpfen ums Überleben, werden immer wieder von Reitermilizen angegriffen oder sterben aus Mangel am Nötigsten irgendwo in Lagern oder auf der Flucht. Die Truppen der Afrikanischen Union, die Sicherheit und Frieden bringen sollen, sind hoffnungslos überfordert. 7.000 Soldaten sollen ein Gebiet schützen, das eineinhalbmal so groß ist wie die Bundesrepublik. Das Töten geht weiter. Die internationale Gemeinschaft, so hat es den Anschein, schaut nur so genau hin, dass sie rechtzeitig wieder wegschauen kann, ohne mit teuren, aber vielleicht glaubhaften effizienten Maßnahmen aktiv werden zu müssen.

Ganz anders China. Als die USA im Jahre 1997 weitere Geschäfte mit der Regierung des Sudan verboten, ist China bereitwillig eingesprungen. Heute ist der Sudan für China eines der wichtigsten Erdöllieferanten. Entsprechend bereitwillig setzt Peking die Kooperation fort. Die staatliche chinesische Ölgesellschaft CNPC (China National Petroleum

Cooperation) hat im Sudan die gesamte Produktion des Landes in Höhe von 400.000 Barrel pro Tag übernommen. Zur Absicherung seiner Interessen im Sudan hat China 4.000 Soldaten stationiert, um eine Pipeline zu bewachen, die die Chinesen gemeinsam mit der malaysischen Ölgesellschaft Petronas gebaut haben. (...)

Die Konsequenz aus solchen Beobachtungen ist ganz einfach: Die Kooperation mit »Schurkenstaaten«, wie wir sie gerne nennen, ist für China kein Tabu in seiner Außen- und Energiepolitik. Um die Kritik aus dem Westen kümmert man sich nicht. Der Westen mag beklagen, dass aus seiner Sicht China die geopolitische Balance im Energiesektor durch steigende und oft undurchsichtige Nachfragekooperationen unterminiert. Er mag auch seinen Befürchtungen Ausdruck verleihen, dass die zunehmende Kooperationsstrategie Chinas mit energiereichen Ländern zwangsläufig zu einer immer größer werdenden Rivalität mit Japan, Indien, aber vor allem den USA führen könnte. Und er mag sogar befürchten, dass die strategische Rivalität etwa zwischen China und Indien, die trotz der jüngsten Kooperationsbekundungen weiterhin besteht, bereits für die nahe Zukunft ein ernst zu nehmendes sicherheitspolitisches Risiko bergen könnte und dass sich im Zusammenhang mit Energiesicherung das Potenzial für militärische Auseinandersetzungen erhöhen könnte.

China stört das nicht. Der sprichwörtliche Pragmatismus der chinesischen Politik obsiegt auch hier. Alles, was das Land an politischen, diplomatischen und ökonomischen Kapazitäten verfügbar hat, wird eingesetzt, um das überragende Ziel der Energiesicherheit zu erreichen. Damit lässt es Peking aber nicht bewenden.

Eberhard Sandschneider: Globale Rivalen. Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens, Hanser Verlag, München 2007, S. 211 f.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU D 17–D 22

- ▶ Erläutere die politischen Entwicklungen, die China zum globalen Rivalen werden lassen (D 17).
- ▶ Führe aus, auf welche Weise China seine energiepolitischen Interessen durchzusetzen sucht (D 18 und D 19).
- ▶ Fasse die Interessen Chinas auf dem afrikanischen Kontinent zusammen. Kann China hier als neue Kolonialmacht bezeichnet werden (D 20)?
- ▶ Beschreibe, wie nach Ansicht des senegalesischen Journalisten Adama Gaye die chinesischen Aktivitäten in Afrika von den Afrikanern selbst wahrgenommen werden (D 21).
- ▶ Wie schätzt Gaye diese Entwicklung ein?
- ▶ Lege die chinesische Politik im Hinblick auf den Sudan dar (D 22).
- ▶ Welchem übergeordneten Ziel werden die gesamten Aktivitäten Chinas auf dem afrikanischen Kontinent untergeordnet? Beurteile das chinesische Engagement in Afrika.

Reinhold Weber und Iris Häuser (Red.):

Baden-Württemberg. Eine kleine politische Landeskunde

6. vollständig überarbeitete Auflage 2008, 128 Seiten mit zahlreichen Abbildungen



Die „Kleine politische Landeskunde“ steht für knappe und verständliche, sachliche und ausgewogene Grundinformationen über das Land Baden-Württemberg.

Thematisch wird ein weiter Bogen gespannt: Er reicht von Geographie und Geschichte über Verfassung, Parteien und Wahlen, Parlament, Regierung und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zu Bildung, Religionen, Medien, Kunst und Kultur.

Die „Kleine politische Landeskunde“ richtet sich an ein breites Publikum: an Schülerinnen und Schüler, an

Auszubildende und Studierende, an Berufstätige, an in Gesellschaft und Politik Engagierte – rundum an alle, die sich für Baden-Württemberg interessieren und kurz gefasste, verlässliche Informationen über den deutschen Südwesten suchen.

2.- EUR (zzgl. Versandkosten)

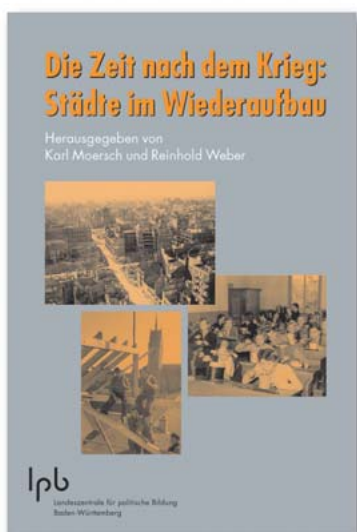
Erhältlich per Fax 0711.16409977 über marketing@lpb.bwl.de oder Webshop: www.lpb-bw.de/shop

Ipb

Karl Moersch/Reinhold Weber (Hrsg.):

Die Zeit nach dem Krieg: Städte im Wiederaufbau.

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 37, Stuttgart 2008



Die militärische Besetzung im Frühjahr 1945 stellte einen bedeutsamen Einschnitt dar. Nach dem Ende der NS-Herrschaft prägten die Siegermächte die politischen Strukturen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den Kommunen wie auch das Alltagsleben der Bevölkerung.

Solange die Länderverwaltungen nicht wieder funktionierten, waren die Kommunen die zentrale Handlungsebene, nicht zuletzt dank einer Reihe herausragender Bürgermeister, die tatkräftig anpackten und die Bevölkerung motivieren konnten. Das Buch porträtiert auf 420 Seiten mit 80 Abbildungen 15 ausgewählte

Städte in Baden-Württemberg. Es geht der Frage nach, wie die Probleme des Wiederaufbaus, die Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse, der politische Neuanfang und das gesellschaftliche und kulturelle Leben gemeistert wurden.

6.50 EUR (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711.16409977, über marketing@lpb.bwl.de oder Webshop: www.lpb-bw.de/shop

Ipb
BW

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
 Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
 lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
 Referentin des Direktors: Sabina Wilhelm -62
 Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Templ -40

Stabsstelle Marketing
 Leiter: Werner Fichter -63
 Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
 Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
 Personal: Ulrike Hess -13
 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
 Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug* -30
 Politische Landeskunde: Dr. Iris Häuser -20
 Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement:
 Dr. Jeannette Behringer -23
 Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner* -25
 Stefan Paller* -26
 Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/-32
 Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel* -35
 Anke Schütze*/Charlotte Becher* -36/-34
 Stefan Palller* -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Templ -40
 Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
 Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
 Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
 Siegfried Frech -44
 Politische Bildung online/E-Learning: Susanne Meir -46
 Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungsstätte Haus auf der Alb,
 Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
 Telefon 07125/152-0, Fax -100
 www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter: Dr. Markus Hug -146
 Schule und Bildung: Robert Feil -139
 Internationale Politik und Friedenssicherung:
 Wolfgang Hesse -140
 Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
 Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
 Hausmanagement: Erika Höhne -109

Außenstellen

Regionale Arbeit, Jugend und Politik
 Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
 Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
 Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
 Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
 Leiter: Dr. Michael Wehner -77
 Jennifer Lutz -33

Außenstelle Heidelberg
 Plöck 22, 69117 Heidelberg
 Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
 Leiter: Wolfgang Berger -14
 Angelika Barth -13
 Peter I. Trummer -17

Außenstelle Tübingen
 Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
 72574 Bad Urach
 Telefon: 07125/152-133, -148; Fax -145
 Leiter: Rolf Müller -135
 Klaus Deyle -134

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
 Montag bis Freitag
 8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-10
 Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-11
 Dienstag, 9.00–15.00 Uhr
 Mittwoch 13.00–17.00 Uhr und
 Donnerstag 13.00–19.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
 Telefon 0711/164099-66
 Montag und Donnerstag 14.00–17.00 Uhr

Newsletter »einblick«
 anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter

* Bürositz: Paulinenstraße 44–46, 70178 Stuttgart
 Telefon: 0711/164099-0, Fax -55

POLITIK & UNTERRICHT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum Downloaden: www.politikundunterricht.de

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden bei:

Landeszentrale für politische Bildung, Marketing,
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77
marketing@lpb.bwl.de oder direkt im Webshop www.lpb-bw.de/shop
Bitte beachten Sie die Lieferbedingungen: Bei Bestellungen kostenfreier Produkte gehen ab 1 kg die Versandkosten zu Ihren Lasten.

KOSTENPFLICHTIGE EINZELHEFTE UND ABONNEMENTS FÜR INTERESSENTEN AUSSERHALB BADEN-WÜRTTEMBERGS

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen
Tel. 07721/8987-49, www.neckar-verlag.de

www.lpb-bw.de